



Wahlspruch:  
Was wir begehren von der Zukunft fern:  
Dass Brot und Arbeit uns gesichert seien,  
Dass unsere Kinder in der Schule lernen,  
Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen.  
O. Hermann.

Telephon Nr. 2325.

Der

Scheidtonto 38.415.

# Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

## Sprechstunden

Sind jeden Tag mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/2 1 Uhr nachmittags.

## Insertionspreis:

Die zweimal gesaltene Monoreilezeile oder deren Raum 40 Heller.  
Bei Jahresauftrag Rabatt.

## Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich . . . . . Kr. 2-88  
Ganzjährlich . . . . . 5-76  
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das  
übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 11.

Wien, den 10. April 1911.

19. Jahrg.

## An die Arbeiterklasse aller Nationen in Oesterreich!

### Arbeiter! Wähler!

Die parlamentarische Arbeit ist unterbrochen. Das Abgeordnetenhaus ist aufgelöst. Die Wähler werden zur Urne berufen.

Mit dem schimpflichsten Verfassungsverbruch endet die Tagung des ersten Parlaments des gleichen Wahlrechtes. Die Regierung Wienert h stößt das Haus, auf das Millionen ihre Hoffnung gesetzt hatten, hochmütig zur Seite und bewilligt sich selbst auf Grund des § 14 das Recht zur Eintreibung der Steuern und zur Aushebung der Rekruten, das sie von der Volksvertretung nicht erlangen konnte. Und die Vertrauensmänner der bürgerlichen Parteien in der Regierung — Weiskirchner, Hochenburger, Stürgkh, Marek und Glominski — besiegeln mit ihrer Unterschrift den Bruch der Verfassung!

In dieser Stunde legen wir, die Vertreter der Arbeiterklasse aller Nationen im österreichischen Abgeordnetenhaus, unser Amt in die Hände unserer Wähler zurück. Eure Sache, Wähler, wird es nun sein, zu erwägen und zu richten!

Unsere erste Aufgabe im Parlament war

### der Kampf gegen die Regierung.

Wir standen einer Regierung gegenüber, die nichts als ein geistiges Verfallzeug des Militarismus ist. Für die Annexion Bosniens hat sie 256 Millionen Kronen vergeblich. Für neue Kriegsschiffe haben ihr ihre Regierungsknechte — die Christlichsozialen, die Deutschnationalen und der Polenklub — 312 Millionen bewilligt. Für neue Rüstungen des Landheeres wurden 52 Millionen verschwendet. Die Staatsschulden sind unter dieser Regierung um 764 Millionen Kronen gestiegen. Für die Verzinsung dieser furchtbaren Schuld müssen die Völker Oesterreichs jährlich 30 Millionen Kronen aufbringen. Und diese Mittel fordert die Regierung von den Ärmsten der Armen. Sie will die Branntweinsteuer erhöhen, sie will auf jede Schachtel Zündhölzer eine Steuer von zwei Heller legen, sie will die Zigarren, die Zigaretten und den Rauchtabak schon vom 1. Juli an verteuern. Die Ärmsten der Armen sollen die Kosten der Rüstungen bezahlen, während das Großkapital, die Banken, die Börse, das Eisenkartell, die Wuchergewinne aus Staatsanleihen und Geerestlieferungen ziehen. Und weil das Parlament der Regierung die neuen Steuern nicht nach ihrem Wunsch bewilligt hat, hat sie es zur Seite gestoßen, ein neues § 14-Regime etabliert und läßt nun ein neues Parlament wählen, in der Hoffnung, es werde ihr die Dreadnoughtsteuern gehorsam liefern.

Die Regierung des Militarismus ist auch die Regierung der Forderung. Sie hat, ohne das Parlament zu fragen, einen Geheimvertrag mit Ungarn abgeschlossen, der uns verbietet, Fleisch in genügenden Mengen aus dem Ausland einzuführen. Wir dürfen uns nicht satt essen, weil Ungarn es uns nicht erlaubt. Sie hat den Agrariern zuliebe die Handelsverträge mit Serbien und mit Rumänien so verdorben, daß sie den österreichischen Konsumenten nichts nützen, der österreichischen Industrie schweren Schaden zufügen. Sie hat Hunderte Millionen dem Militarismus geopfert; aber die Vorlage über die Ermäßigung der Hauszinssteuer hat sie zurückgezogen, für die Verringerung des Wohnungszinses und der Wohnungssteuerung hat sie kein Geld.

Der Merkantilismus hat in dieser Regierung seinen Beschäfer. Der deutschfreihändlerische Unterrichtsminister Stürgkh verpfachtet unsere Volksschulen. Unter der Regierung, die die deutschfreihändlerischen Parteien stützen, herrscht der schwärzeste Merkantilismus wieder in Oesterreich.

Im Kampfe gegen diese volksfeindliche Regierung und ihre Mehrheit mußten wir aber auch die bürgerlichen Gegner dieser Regierung bekämpfen. Unsere Opposition ist wesentlich verschieden von der Opposition der Slavischen Union. Wir sind grundsätzliche Gegner der Regierung des kapitalistischen Militarismus; die Parteien der Slavischen Union haben kein anderes Ziel, als Stützen und Mitschuldige dieser Regierung zu werden, und sie stellen nur die eine Bedingung, daß zwei oder drei von ihnen mit dem Ministerfrack geschmückt werden. Wir wollen die Macht des Parlaments gegen die Regierung der Kamarilla und des Generalstabes stärken; die Slavische Union hat das Parlament durch ihre Obstruktion zerstört und dadurch der Kamarilla und dem Generalstab alle Macht ausgeliefert. Im Kampfe gegen die Regierung haben wir zugleich den Kampf gegen die Obstruktion, den

### Kampf für die Arbeitsfähigkeit des Parlaments

geführt. So erbittert die bürgerlichen Deutschen und Tschechen, Polen und Ruthenen, Südslaven und Italiener gegeneinander gekämpft haben um den Anteil an der Macht, um Ministerwürden und Beamtenstellen, so einzig waren sie, wenn es galt, die Forderungen der Arbeiter niederzukommen. Im Kampfe gegen die Arbeiter bilden alle bürgerlichen Parteien

### eine einige reaktionäre Masse.

Dreimal haben wir vom Parlament wirksame Maßregeln gegen die Lebensmittelsteuerung gefordert — Maßregeln, deren Durchführung das Elend der Volksmassen lindern, die Ergiebigkeit unserer Landwirtschaft im Interesse des armen Landvolkes steigern sollte. Aber alle unsere Anträge wurden von den bürgerlichen Parteien niedergestimmt. Sie haben niedergestimmt die Anträge Schrammel-Menner am 28. November 1907, niedergestimmt den Antrag Janusch am 29. Oktober 1909, niedergestimmt die Anträge Neumann-David am 1. Dezember 1910.

Eine Reihe wichtiger sozialpolitischer Forderungen haben wir dem Abgeordnetenhaus vorgelegt. Aber auch sie wurden von der bürgerlichen Mehrheit niedergestimmt.

Wir haben die Herabsetzung des gesetzlichen Maximums der arbeitsfreien Stunden zunächst auf zehn, dann schrittweise auf neun und acht Stunden, gefordert — die bürgerlichen Parteien haben diesen Antrag am 19. April 1910 abgelehnt. Wir haben den Achtstundentag für die ununterbrochenen Betriebe verlangt — die bürgerlichen Parteien haben unseren Antrag am 31. Jänner 1911 abgelehnt. Wir haben ein Schutzgesetz für die Bäcker eingebracht — die bürgerlichen Parteien haben es am 1. März 1910 niedergestimmt. Wir haben die Abschaffung des Arbeitsbuchs beantragt — die bürgerlichen Parteien haben unseren Antrag am 2. Juni 1910 abgelehnt. Wir haben die Erhöhung der Bezüge der Eisenbahner, der Postbediensteten, der Staatsdiener gefordert — die bürgerlichen Parteien haben unsere Anträge am 26. Juni 1908 und am 21. Juni 1910 niedergestimmt. Zwanzig Millionen für die Eisenbahner — dazu hat der Staat kein Geld; dreihundertzwölf Millionen für Kriegsschiffe — dazu ist Geld genug in den Staatskassen!

Für die wichtigsten Kulturaufgaben hat der Staat keine Mittel. Die Schulen verkommen, die notwendigsten Eisenbahnbauten werden verschleppt, die Wasserstraßen werden nicht gebaut. Alles verschlingt der Militarismus!

Einer feindlichen Regierung, einer feindlichen Mehrheit gegenüber mußten wir in dem immer wieder von der Obstruktion bedrohten Hause

### unsere Arbeit

verrichten. Dem bürgerlichen Parlament für die Arbeiterklasse abzurufen, was es sich abringen läßt, war unsere Aufgabe. Ganz erfolglos sind unsere Bemühungen trotz aller Hindernisse nicht geblieben.

Eine Reihe nützlicher Gesetze, die wir angeregt und an denen wir mitgearbeitet haben, hat der Reichsrat bereits geschaffen. So vor allem das Gesetz über die Errichtung eines Wohnungsfürsorgefonds, der Gemeinden und Vaugenossenschaften billigen Kredit zur Erbauung von Volkswohnungen gewährt; das Gesetz über das Verbot der Nachtarbeit der Frauen; das Phosphorgesetz, durch das die Arbeiter der Zündwarenindustrie gegen die furchtbaren aller Gewerbekrankheiten geschützt werden; das Handlungsgehilfengesetz, das die Rechtsverhältnisse einer zahlreichen Arbeiterschicht wesentlich verbessert hat; das Baden-schlusgesetz, das vielen Tausenden schwer arbeitender Menschen eine Stunde mehr Ruhe verschafft hat; das Staatsdienergesetz, durch das die Bezüge einiger Kategorien von Staatsdienern und Unterbeamten erhöht wurden; das Gesetz über die Erhöhung der Bezüge der Altpensionisten; das Gesetz über die Unterhaltsbeiträge für die Reservisten und Ersatzreservisten, durch das die Familien der zu Waffendienstleistungen einberufenen Staatsbürger wenigstens gegen das furchtbare Elend geschützt werden; die Strafgesetznovelle, die die Härten des veralteten Strafgesetzes gemildert hat. Erwähnen wir noch die Ausgestaltung der Gewerbeinspektion, die Verordnungen über den Schutz der Arbeiter gegen Bleivergiftungen, die Abschaffung der Waffenaubungen im elften und zwölften Dienstjahr, so dürfen wir wohl sagen, daß unsere Arbeit trotz aller Hemmnisse nicht ganz erfolglos geblieben ist.

Das Abgeordnetenhaus hat über unseren Antrag noch eine Reihe weiterer Gesetze beschlossen, die aber an dem

### Widerstand des Herrenhauses

gescheitert sind. Die wichtigsten unter diesen Gesetzen waren: das Kontraktbruchgesetz, das Gesetz über die Unfallversicherung der Bauarbeiter und die Herabsetzung der Zundersteuer um acht Heller für das Kilogramm. Um diese Erfolge unserer Arbeit hat uns das Herrenhaus gebracht, in dem sich der Widerstand des Großkapitals und des Grobkartellwesens gegen uns vereinigt. Auch die von uns beantragte Vereins-



gesetz novelle, die den Frauen das politische Vereinsrecht geben sollte, war vom Abgeordnetenhaus bereits beschlossen; das Herrenhaus hatte sie noch nicht beraten, als die Auflösung des Reichsrates aller Arbeit ein Ende machte.

Viele andere Gesetze, an denen wir mitgearbeitet haben, waren bereits

#### in den Ausschüssen

fertiggestellt, als das Haus aufgelöst wurde. So vor allem die große Vorlage über die Sozialversicherung, die nach zweijähriger mühevoller Arbeit vollständig durchberaten war und binnen wenigen Wochen vom Abgeordnetenhaus hätte beschlossen, binnen wenigen Monaten hätte in Kraft gesetzt werden können, wenn die Regierung das Haus nicht aufgelöst hätte; dann das Gesetz über das Verbot der Nachtarbeit der Frauen und der Beschäftigung von Kindern im Bergbau; das Gesetz über die Lohnzahlungsfristen für die Bergarbeiter; das Gesetz über die Dienstpragmatik der Staatsbeamten und Staatsdiener; das Pressgesetz, das die Kolportage freigebe und die Konfiskationen abschaffe. Weitere Gesetze wurden in den Ausschüssen vorbereitet: so die Vergesetz novelle, die dem Kohlenwucher Schranken setzen sollte; das Gesetz über die Kranken- und Unfallversicherung der Seeleute; das Gesetz über die Regelung der Heimarbeit; das Lokalbahngesetz, das vielen erwerbslosen Teilen des Reiches die längstsehnte Bahnverbindung bringen sollte. Das Ergebnis dieser Arbeiten wurde durch die Auflösung vernichtet. Das neue Haus wird alle diese Arbeiten von neuem anfangen müssen. Ein Werk der Zerstörung hat die Regierung durch die Auflösung des Reichsrates vollbracht.

Es ist kein Zufall, daß die Regierung das Haus gerade in dem Augenblick aufgelöst hat, in dem der Unterausschuß die Vorberatung der

#### Sozialversicherung

beendet hatte. Seit dem November 1908 haben wir an der Vorberatung dieses Gesetzes gearbeitet und jetzt — da es endlich vollendet ist und geborgen werden

sollte — löst die Regierung das Parlament auf! Die Regierung hat kein Geld für unsere Greise und unsere Krüppel, unsere Witwen und unsere Waisen — Geld hat sie nur für Dreadnoughts und Steuern braucht sie nur für Kasernen, für Kanonen, für Kriegsschiffe.

#### Wähler!

Im Bewußtsein, unsere Pflicht getan zu haben, legen wir unser Amt in eure Hände zurück. Wenn das Ergebnis unserer Arbeit geringer war, als es hätte sein sollen, trägt die Schuld daran die Regierung, der das Parlament nichts anderes als eine Bewilligungsmaschine für den Militarismus ist; Schuld tragen die bürgerlichen Parteien, die unsere Anträge niedergestimmt, die die volksfeindliche Regierung unterstützt, die durch die Bewilligung der Militärausgaben der schöpferischen sozialpolitischen Arbeit alle Mittel entzogen haben; Schuld trägt der Nationalismus von links und rechts, der Nationalismus aller Nationen, der das Parlament zerstört, der es zu einer Stätte volksfremder Tücken und Ränke erniedrigt hat, der es nie hat zu ernstlicher sozialer Arbeit kommen lassen.

Eure Sache ist es nun, zu richten — sorgt dafür, daß das zweite Parlament des gleichen Wahlrechtes besser werde, als das erste gewesen ist!

**Gegen die Regierung Bienerth!**

**Gegen die Verfassungsbrecher!**

**Gegen Dreadnoughts und Dreadnoughtsteuern!**

**Gegen Regierungsknechte und Ministerstreber!**

**Gegen die Lebensmittelerhöhung und den Wohnungswucher!**

**Es lebe die Sozialdemokratie!**

## Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat.

### Parlamentsauflösung.

Der Nationalismus hat das erste Volksparlament, das in den Maitagen 1907 gewählt wurde, umgebracht. Die neue Form des Parlamentarismus war in Österreich in den vier Jahren ihres Bestandes den höchsten Belastungsproben ausgesetzt. Aber erst dem Komplott des Nationalismus mit der Regierungsfähigkeit ist es gelungen, dem Hause den Todesstoß zu versetzen. Am 30. März wurde das Volkshaus aufgelöst. Wir stehen also bereits mitten in einem neuen Wahlkampf.

Dieses Ereignis kann am allerwenigsten den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gleichgültig sein. War doch das erste Haus, ist doch der neue Parlamentarismus mit ihr Werk. Sie haben ja ihre Freiheit, ihre Kräfte dem Kampfe um Erringung eines demokratischen Wahlrechtes geopfert; sie wurden durch die Auflösung, durch die ebenso vorzeitige wie überflüssige Auflösung in ihren Erwartungen und berechtigten Hoffnungen betrogen und getäuscht. Dieses Empfinden soll und darf im bevorstehenden Kampfe von keinem unserer Brüder und Klassengenossen übersehen werden. Ihm gebührt im Kampfe gegen die verräterischen bürgerlichen Parteien das erste Wort.

Sozialpolitische Dinge haben wir vom Parlament gefordert; mit Ungestüm und wachsender Ungebuld hat die Arbeiterschaft die Verwirklichung der Sozialversicherung herbeigesehnt; eine ungeheure Zahl sozialpolitischer Anträge haben in Uebereinstimmung mit den Wünschen, mit den jahrzettelang zurückgehaltenen Wünschen die sozialdemokratischen Abgeordneten eingebracht. Millionenbewilligungen für den Moloch, das war das Echo, das ihnen aus dem bürgerlichen und Regierungslager entgegenschallte.

Teuerung und Arbeitslosigkeit mit ihren Folgeerscheinungen riefen nach Abhilfe; sie fanden in den sozialdemokratischen Abgeordneten dienstfertige und beredte Anwälte. Aber in der finanzministeriellen Erscheinungen blüht blieb der berückelte Finanzplan mit seinen neuen indirekten Steuern der einzige bleibende Punkt. Und die bürgerliche Mehrheit hat auch da pflichtgemäß die Staatsnotwendigkeit herausgeholt und ihr den Vorzug vor den Wünschen des Volkes gegeben.

Mit dem immer näher rückenden Ablauf der Mandatsdauer — das zweite Drittel der Zeit wäre jetzt im Mai voll geworden — wuchsen auch die Bedenken in den mandatsfreundigen Herren. Zwei Seelen, ach, wohnten auch da in einer Brust. Die erste gebot ihnen alles für den Staat, die zweite alles für die Wähler zu tun. Sie hätten gerne dem Staate Millionen bewilligt; sie wissen ja, daß sie es nicht ohne Nutzen für ihr Klasseninteresse täten. Aber die bösen Wähler, die auf die erste beste Gelegenheit lauerten, um den Abgeordneten zu sagen, wie sehr verschiedene Dinge Staats- und Volksinteresse sind, hindern sie daran, das arbeitende Volk ist dank der sozialdemokratischen Erziehung, dank dem eigenen Klassenbewußtsein schon längst dahinter gekommen, daß der jetzige Staat der Staat der bürgerlichen Klassen, der Staat für die bürgerlichen Klassen ist. Aber die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien nehmen dies erst dann wahr, wenn sie in die höchst unangenehme Lage kommen, zwischen Staat und Volk zu wählen. Dann entsteht in ihren Reihen große Unsicherheit, sie fangen an zu zögern, sie verlieren den Mut für Finanzplan, Anleihen und neue Steuern zu stimmen. Und da beginnt die Tragödie des ersten Volkshauses.

Vier Jahre lang hat man sich immer nur mit Staatsnotwendigkeiten beschäftigt — so nennt man nämlich die Regierungswünsche — und lehnte alles ab, was der Arbeiterschaft dienen sollte. Sogar in Kleinlichkeiten hat sich der arbeitserfindliche Zug gezeigt: wir erinnern an die Angelegenheit mit dem Arbeitsbuch und andere ähnliche. Das Volkshaus wurde durch die Taten einer bürgerlichen Mehrheit zum Hass gegen das Volk.

Nun ist dies Haus aufgelöst worden. Es war trotz allem besser als der Ruf, den es in den höheren Klassen genoss. Man darf nicht übersehen, daß die Herrschaften alles darangesetzt haben, um zu beweisen, daß man mit einem demokratisch gewählten Hause nicht arbeiten kann. Aber es waren nicht Eigenheiten der Demokratie, es waren nicht Eigenheiten des Volkshauses allein, die ihm die Arbeiten unmöglich machten. Hier Obstruktionen hat das Haus über sich ergehen lassen müssen, vier Obstruktionen insgesamt vom Nationalismus hervorgerufen und getragen. Gerade die Obstruktionen haben bewiesen, daß auch im Volkshaus ungemein viel Missetat steckt. Die Entwicklung macht keine Sprünge. Aufgabe der Wähler ist aber nun, in diesem Wahlkampf die Reste des früheren Parlamentarismus zu beseitigen.

Die gewerkschaftlich organisierte, Klassenbewußte Arbeiterschaft wird sich an dieser Meinung des Parlamentes mit dem größten Fleiß beteiligen. Denn diese nationalen Herren sind es auch, welche allen den sozialpolitischen Bestrebungen der Arbeiterschaft entgegenstehen. Diese Herren, welche die Herrüberrettung des bürgerlichen Nationalismus darstellen, welche in ihrer ewigen Ministerportfeuille-Lüsterheit, in ihrer kindischen Eifersucht, daß ja kein nationaler „Gegner“ Minister werde, das Haus bedroht haben, haben sich auch immer als Feinde der Arbeiterschaft erwiesen.

Sozialversicherung, Koalitionsrecht, Arbeitsbuch, Kontraktbruch und unzählige weitere, durchaus dringliche sozialpolitische Forderungen der Arbeiterschaft wie sie auch der letzte Gewerkschaftskongreß aufzählte, sind unerledigt geblieben. Das Klasseninteresse gebietet uns, daß wir uns nimmehr mit allem Eifer und Feuer in den Wahlkampf stürzen, daß wir, eingedenk des Beschlusses unseres Gewerkschaftskongresses — das Interesse der Arbeiterschaft mit Entschiedenheit zur Geltung bringen. Jetzt gilt es, die Säumnisse in unseren Reihen zu wecken und zum großen Kampfe bereitzuhalten.

Gewerkschaftsbewegung und Politik werden ihre enge Zusammengehörigkeit in diesen Wochen der Wahl-agitation vor aller Welt darlegen. Die Gewerkschaften müssen Wert darauf legen, daß ihnen ein starkes, wirkliches Volksparlament zur Seite stehe. Denn in einem Lande mit so gewaltigen unorganisierten Gebieten wie wir sie in Österreich haben, hat die Gesetzgebung für die Ausgleiche der Arbeitsbedingungen eine weit größere Bedeutung, als in Ländern mit mächtigen Organisationen.

Die Arbeiterschaft sieht schweren Kämpfen entgegen. Man hat im ersten Volksparlament zu sehr ihre Macht kennen gelernt, deswegen bereitet man allseits ein gemeinsames Vorgehen gegen sie vor. Die bürgerlichen Parteien „wollen“ wahrscheinlich die letzte Zeit der Mandatsdauer zu volksfreundlicher Arbeit gebrauchen. Da wäre erst die ganze Demagogie zur Geltung gekommen, die Klassengegensätze hätte man zu verhüllen versucht. Die Auflösung kam zu bald.

So wird denn der Klassengegensatz enthüllt und verschärft durch Verabredungen im Wahlkampf gegen die Arbeiterschaft. Der diesmalige Wahlkampf wird ein ganz scharf ausgeprägter Klassenkampf sein.

Um so berechtigter ist die Hoffnung, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ihren Platz in diesem Kampfe einnehmen wird. In den vordersten Reihen!

Sie wird agitatorisch tätig sein. Und wenn sie ihren organisierten Brüdern nur aus der Geschichte der Enttäuschungen und Uebelthaten, die ihr die bürgerlichen Parteien zufügten, erzählen wird, muß das eine wertvolle Agitation werden. Trachten wir aber alle Klassengenossen für die weiteren Kämpfe, die uns bevorstehen, zu gewinnen, dann muß helle Begeisterung auf allen Linien, von Werkstätte zu Werkstätte hinüberleuchten und der Arbeiterschaft das Lösungswort zeigen:

Gegen die bürgerlichen Parteien! Für die Sozialdemokratie!

### Koalitionsrecht und Erpressungsparagraph.

Den österreichischen Scharfmachern ist dieser Tage durch ein richterliches Urteil Genußtuung geworden. Seit den Tagen, da die Arbeiter in ihren gewerkschaftlichen Organisationen den Kampf um die Verbesserung ihrer Lebenslage führen, sind die Klagen über den Terrorismus immer lebhafter geworden, und die Beschüsse auf den Versammlungen der Industriellen- und Meistervereine haben wiederholt gezeigt, daß den Herren jede Koalitionsfreiheit und jede daraus folgende Handlung, die sich nicht strafgesetzmäßig fassen läßt, ein Grauel ist. Bei dieser Gelegenheit muß vielleicht auch daran erinnert werden, daß es noch gar nicht lange her ist, daß eine der bekanntesten Arbeitervereinigungen den von vielen Seiten geäußerten Wünschen nach einer Verschärfung der strafrechtlichen Bestimmungen über Streikvergehen in einem Rundschreiben darauf hinwies, daß es besser und einfacher sei, „wenn im Wege der Verwaltung und der Rechtsprechung den Interessen der Unternehmerschaft entsprechend Rechnung getragen werde“.

Zur Erfüllung solcher Wünsche, die in allen ihren Konsequenzen nicht mißzudeuten sind, wäre nun in den jüngsten Tagen ein Anfang gemacht worden. In Wien ist nämlich der Arbeiter Franz Chocholka zu sechs Wochen schweren Kerkers verurteilt worden, weil er als Vertrauensmann in einer Werkstätte, in der ausnahmslos nur organisierte Kollegen beschäftigt waren, einen neuereitenden, der Organisation nicht angehörenden Arbeiter zum Beitritt bewegen wollte, welche Zumutung dieser beharrlich zurückwies. Es geschah also auf Grund dieses Voralles das, was in Betrieben, wo man es mit organisierten Arbeitern zu tun hat, in der Regel zu geschehen pflegt: die Arbeiter erklärten, mit einem Menschen, der von vorn herein jedes solidarische Prinzip negiert, nicht zusammenarbeiten zu wollen, was natürlich den Unternehmer bewog, den Störenfried aus seiner Werkstätte wieder zu entlassen. In diesem harmlosen Vorfall, der sich, wie man zugeben wird, in einer Zeit der Interessenkämpfe immer wieder wiederholen wird — fand nun das Gericht den Tatbestand der Erpressung und verurteilte den Vertrauensmann, der weiter nichts getan hatte, als seine gewerkschaftliche Pflicht erfüllt, zu der schon erwähnten Strafe. So wird also der Mann, der aus rein idealen Beweggründen eine soziale Pflicht und eine Ehrenpflicht vom Standpunkt seiner Klasse erfüllte, zu einem „gemeinen Verbrecher“. Von Rechts wegen!



Es unterliegt hier keinem Zweifel, daß das Urteil, von seinen rein sozialen Seiten abgesehen, sich nicht einmal rein formal vom Standpunkt des Gesetzes rechtfertigen läßt. Es fehlt vor allem das unerläßliche Merkmal, das der Expressionsparagraf unseres Strafgesetzes für den strafbaren Tatbestand voraussetzt: die Drohung — wenn in dem vorliegenden Falle überhaupt von einer solchen geredet werden konnte — mußte gegen das Eigentum des „Bedrohten“ gerichtet sein. Das Eigentum, die Arbeitskraft, aber sollte gerade geschützt werden, indem man dem Nichtorganisierten nahelegte, daß der Bruch der Solidarität, den zu begegnen er sich anschickte, eine Gefahr für jene Arbeitsbedingungen in sich schließt, die durch die Organisierten mühsam erobert wurden. Und ganz abgesehen, daß eine „Drohung“ überhaupt nicht vorliegt, wenn jemand erklärt, mit einem andern nicht zusammen arbeiten zu wollen, sieht es auch gar zu sonderbar aus, daß gerade in diesem Falle die Arbeitskraft als „Eigentum“ geschützt werden sollte, die doch sonst in unserer ganzen Gesetzgebung nirgends diesen rechtlichen Schutz genießt. Sie ist begriffliche Substanz, nicht aber Eigentum, wie es unter dem Schutz des gemeinen Strafrechtes steht.

Der Fall selbst geht aber weit über die rein juristische Betrachtungsweise hinaus. Es ist unseres Wissens in Oesterreich das erstmal, daß man das Nichtzusammenarbeiten mit Unorganisierten oder Streikbrechern als strafrechtlich zu ahnende Expression qualifiziert, wenn dadurch die Entlassung des Betroffenen herbeigeführt wurde. Daß ein solcher Versuch, wenn er als allgemein gültige Spruchpraxis durchgreifen würde, den ganzen Bestand unserer bestehenden Koalitionsfreiheit gefährden müßte, unterliegt, wenn man ein wenig näher zusieht, keinem Zweifel. Jede Koalition und jede gemeinschaftliche Aktion, die zur Durchsetzung bestimmter gesetzlich erlaubter Ziele unternommen wird, beruht wenigstens dort, wo den Koalitierten nicht bestimmte wirtschaftliche Machtmittel zu Gebote stehen, auf dem rein solidarischen Empfinden, auf dem Gemeinschaftsgeist, der das einzige Mittel ist, die Koalition zusammenzuhalten. Standesehre und Standesbewußtsein, was bei den höheren Klassen zumeist sich in überlieferten und durch keine sozialen Notwendigkeiten längst nicht mehr bedingten Anschauungen fundiert, ist bei der Arbeiterklasse jener Korpsgeist, der aus dem klassenmäßig ausgeprägten Gefühl herauswächst, daß der Schutz bestimmter wirtschaftlicher und beruflicher Interessen nur in der Gemeinschaft, als die sich eben die Organisation darstellt, möglich ist. Und auf dieser durch die wirtschaftliche Notwendigkeit diktierten Erkenntnis gründet sich für den Arbeiter seine Standesehre, die Pflicht, unter allen Umständen sich der Organisation anzuschließen und diese nirgends zu verlassen. Eine Verletzung dieser idealen Solidaritätsgrundsätze aber ist es, wenn jemand mit seinen Klassengenossen zusammen arbeiten und sich in den Genuß der von diesen gemeinschaftlich erlangten Vorteile setzen will, sich aber sonst von deren Gemeinschaft ausschließt und deren Gefühle gröblich verletzt. Und gegen den Bruch solcher elementarer Gemeinschaftspflichten steht der Arbeiterschaft nur das Mittel der sozialen Achtung zu Gebote, das ebenso erlaubt sein muß, wie es im gesellschaftlichen Leben

anstandslos gestattet ist, sich mit jemand nicht an einen Tisch zu setzen, den man aus irgendeinem Grunde verabscheut.

Wer aber auch ein wenig Kenntnis von den Erscheinungen hat, die unsere sich stets verschärfenden sozialen Interessenkämpfe hervorbringen, der weiß auch zu gut, daß die Mittel im sozialen Kampfe, die heute längst von den Unternehmern gehandhabt werden, weit schärfer und materiell einschneidender sind als das, wofür ein Vertrauensmann der Arbeiter für sechs Wochen in den Kerker wandert. Jedermann, der auf sozialpolitischem Gebiet bewandert ist, hat wohl schon wiederholt von der Materialsperrre gehört, wie sie von den Unternehmerverbänden angewendet wird, um Leute aus ihren Kreisen, die sich solidarischer Aktionen entziehen, zu zwingen, die Koalition und deren Bedingungen anzuerkennen. So wissen wir gerade aus den letzten Kämpfen der Bauarbeiter, daß Bauherren — die sich nicht bedingungslos für die in letzter Zeit so beliebten Aussperrungspläne hergeben wollten, einfach keine Baumaterialien erhielten und so bei der Strafe des wirtschaftlichen Ruins gezwungen wurden, auch dort Solidarität zu üben, wo sie ihrer besseren sozialen Einsicht widersprach. Ganz offen schrieb vor einigen Jahren die deutsche „Baugewerkszeitung“, es sei nötig, daß dort, wo einzelne Bauherren sich den Verbandsbedingungen nicht fügen, „mit den schärfsten Mitteln, wie Materialsperrren u. s. w. vorgegangen werde“.

Und überall dort, wo die wirtschaftliche Entwicklung dazu führt, daß die Kartelle sich gegenseitig in die Hände arbeiten, gehört der Abbruch aller geschäftlichen Verbindungen zu den selbstverständlichen Waffen, die man gegen die außerhalb der Organisation stehenden Unternehmer mit brutaler Schärfe verwendet.

So sehr sich nun die Anwendung solcher Mittel grundsätzlich von jenen unterscheidet, die die Arbeiterschaft in ihren Kämpfen zur Verfügung hat, so haben gerade wir niemals den Vorwurf des „Terrors“ zuerst gegen die Arbeitgeber erhoben. Und gerade deshalb muß gegen den Versuch, die Rechtsprechung nur gegen die Arbeiter zu mobilisieren, aufs schärfste protestiert werden, wo es den Unternehmern straflos erlaubt ist, das Kampfmittel des wirtschaftlichen Ruins ungescheut anzuwenden zu dürfen. Die Gleichheit vor dem Gesetz sieht gar zu schleichig aus, wo den wirtschaftlich Starken erlaubt ist, was beim wirtschaftlich Schwachen zum strafwürdigen Verbrechen wird. Was wir verlangen, ist, daß die Jurisprudenz nicht als weltferne Wissenschaft die sozialen Notwendigkeiten ignoriert und an den Tatsachen des Lebens mit verschlossenen Augen vorübergeht. Das Koalitionsrecht der Arbeiter mit dem Expressionsparagrafen erdrosseln zu wollen, aber wäre mehr als das. Es hieße ein Ausnahmsrecht schaffen, das die Klassenkämpfe zu ungeahnten Formen verschärfen müßte.

Gefessene Nummer des „Eisenbahner“ wirft man nicht weg, sondern gibt sie an Gegner und Indifferente weiter.

## Zur Frage der Einfamilienhäuser<sup>\*)</sup>.

Der Vorstand der Genossenschaft für Einfamilienhäuser hat auf Grund der zwei erschienenen Artikel, die überaus sachlich gehalten waren, sich nicht verjagen können, eine Versammlung einzuberufen, in welcher gegen die Anschauungen des Artikelschreibers, denen sich übrigens auch der Zentralausschuß zuneigte, protestiert worden ist. Das Ergebnis dieser Versammlung dürfte den Herrn Obmann v. Vonzak wohl nicht sehr befriedigt haben, weshalb er noch die Nummer 3 vom 20. März l. J. der Mitteilungen der E. V. G. von der ersten bis zur letzten Seite überflüssigerweise damit füllt. Mit der Art, wie dies geschehen ist, wollen wir gar nicht richten. Aber immerhin kann man aus dieser Sprache und Gegenargumenten Schlüsse ziehen, die hinreichen dürften, jenen Genossenschaftlern, die bei uns organisiert sind, die Augen zu öffnen, wohin der Kurs geht.

In dem ersten Leitartikel, in dem sich der Herr Obmann v. Vonzak ausschließlich mit den Einwendungen des Genossen Müller beschäftigt, wird noch die Sprache der Gebildeten gewählt. Man ging offenbar von dem Grundsatz aus: Wenn man im Anfang lobt, kann man zum Schluß desto mehr tadeln, um dadurch der Polemik den Anstrich geben, als wäre diese Art das Resultat der neutralen Entrüstung. Die Beweisführung — das müssen wir schon sagen — hat sich Herr v. Vonzak ungemein leicht gemacht, denn er blieb sie in ihrer Gänge schuldig. Diese leichte und leichte Auffassung in eigener Sache scheint überhaupt eine Art Prinzip in dieser Genossenschaft zu sein, denn sonst könnte man es unmöglich zuwege bringen, die unfertigsten Thesen und ungelöste Probleme den Mitgliedern als eine fertige und unbestrittene Tatsache vorzutragen.

Was aber den zweiten Aufsatz anbelangt, der mit der Ueberschrift: „Der erste Erfolg“ versehen ist, so ist er ein Gebartikel, wie wir alltäglich Gelegenheit haben, ihn in der „Ostdeutschen Rundschau“ zu lesen. Wie sie mit Dr. Bach, dem Verfasser des Artikels, im Verbandsorgan der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, der gleichfalls warnend entgegnet hat, umspringen, wollen wir keine Notiz nehmen, das werden sich die Herren schon untereinander ausmachen. Dagegen müssen wir schon gegen die Art, mit welcher sie die Ausführungen des Genossen Bukovits aus Gloggnitz behandeln, Einspruch erheben.

Wir haben die Frage der Einfamilienhäuser von dem Standpunkt eines Problems aus behandelt und sind dabei von der Anschauung ausgegangen, daß die Frage der Erhebung von solchen Häusern mit Rücksicht auf das Fehlen einer Reihe von gesetzgeberischen Voraussetzungen, kaum möglich ist, und wenn dieselbe sich im geringen Umfang teilweise ausführen ließe, die Genossenschaft keine billigeren Wohnungen bekämen, sondern bedeutend teurer wohnen würden, als wie dies in Privatwohnungen trotz der Teuerung der Fall ist. Diese unsere Ansicht wurde durch viele Zuschriften unserer Genossen als auch von Leuten, die auf diesem Gebiet Fachmänner sind, vollkommen geteilt und als richtig anerkannt. Wir hatten durchaus nicht die Absicht, aus irgendeinem Anlaß gegen diese Genossenschaft vorzugehen und unsere Anschauungen, die wir jedesmal mit Beispielen belegten, haben wir nur zu dem Zweck niedergelegt, um unsere Meinung über dieses ungelöste Problem darzutun. Von „maßlosen Angriffen“, wie der Vorstand der Genossenschaft in der Versammlung, in der dazu gehörigen Einladungen und in Artikeln spricht und schreibt, konnte keine Rede sein, und wenn die Herren nicht aus Parteigegeßigkeit blind wären, hätten sie doch von selbst daraufkommen müssen, daß unsere Absicht lediglich

\*) Siehe die Artikel in den Nummern 7, 8 und 9 des „Eisenbahner“.

## Feuilleton.

### Der eiserne Tod.

Eine wahr Geschichte für tausend andere von Otto Kvenig.  
Schiffser, Pfeife und Wielander gehörten zusammen wie die heilige Dreieinigkeit und das ganze hieß: „Nachtwächter.“ Das war ein altbewährtes Stationsfaktum, dieser alte Wielander mit seinem Schiffser und seiner Pfeife. Er war es, der den verschlafenen Verkehrsbeamten in der Nacht weckte und ihm meldete, daß der Laßzug 1046 schon lange vor dem Semaphor pfeife; er war es, der den Nachtkaffier durch kräftiges Poltern an der Kangleitür zum ersten Morgenzug weckte; er war es, der gutmütig und kinderfreundlich die Bahnpostjugend verstopfen in die geheimnisvollsten Winkel des dunklen Heizhauses einführte; er ließ der jungen Schar wohl einmal seine Laterne und ließ sie auf einem Stodgleise mit ausrangierten Bahnwägelchen „Verkehr“ spielen, ja er schnitzte „feinen“ Bahnhofsindern sogar Holzäbel, wenn sie gerade, gewöhnlich nach einem größeren Truppentransport, der Militärkoller gepackt hatte, und so war der alte Wielander der ganzen Station ein außerordentlich notwendiger und lieber Freund.

Wielander hatte einen Sohn. Der war Verschieber. War der greise Vater vernarrt und grau wie eine alte Wettereiche, so war sein Sohn jung, frisch und schlant wie eine Tanne. Der war der „schneidigste“ von den Verschiebern der ersten Partie. Wie eine Eidechse huschte er von Garnitur zu Garnitur, von Kuppelung zu Kuppelung. Kostten auch die Wagen mit der Haß des verbotenen „feinlichen Schubs“ — der junge Wielander sprang dazwischen, kuppelte und trennte und war wie der Blitz heraus aus — dem rollenden Tod. Das ist ja natürlich alles verboten, aber wehe dem Bediensteten, der sich streng an die Instruktion halten wollte! Damals wie heute: Deffentliche Unmoral gestattet es unseren Schnellschüßern, ihre Fahrzeiten zu halten, öffentliche Unmoral allein macht es unseren Güterzügen möglich, halbwegs rechtzeitig die Städte zu approvisionieren, denn ginge es nach der „Vorschrift“, so könnten sie nicht so rasch abgefertigt werden. Aber der alte Wielander und sein Sohn dachten darüber noch nicht nach. Sie glaubten, das müsse so sein, und dienten, dienten, dienten... „3 arme Leut“ is allemal in aner Zwismühl“, sagte der Alte oft, und das war seine Weltanschauung. Und der stramme Junge war vollends ein Kind. Nicht aus Ambition

war er so hurtig im Dienst. Er wußte wohl, daß es für ihn nichts zu erreichen gab, gar nichts. Wie die Verhältnisse damals lagen, kaum eine definitive Bestallung. Aus „Luzus-übermut“ war er so dienstfertig, aus jugendlichem Kräfteüberschwang. Ein Genuß schien dem kraftstrotzenden Jüngling der anstrengende „Verkehr“ zu sein, er spielte seinen Dienst herunter mit der Unbesorgtheit eines tändelnden Knaben, dem die „Fügigkeit“ Selbstzweck geworden ist. So ein Mensch war er. Und von den Beamten war keiner, der den Uebermütigen gewarnt hätte. Was hat auch der Dienst mit der Menschlichkeit zu tun? Die „Haglöse Abwidlung des Verkehrs“ ist am Ende für so einen jungen Verkehrsbeamten doch die Hauptsache und der liebe Egoismus hat auch mitzureden. So hüteten sie sich wohl, den jungen Wielander zu zügeln, der ihnen so schön die „verfluchten Hundertkasser“ „zur Zeit“ aus der Station brachte. Wie? — das ist seine Sache. Und dann: „Es wird ja schon nichts passieren!“

Und es passierte doch einmal!

Frühherbst war's, abends... Ein langweiliger Stationsabend... Frei waren alle Geleise und gar nichts Besonderes los. Eben war der alte Nachtwächter mit Pfeife und Hund erschienen, um nach der Abfahrt des letzten Lokalzuges seinen Dienst anzutreten. Zwar nicht so ganz plötzlich, denn vor diesem Dienstantritt fanden sich Vater und Sohn immer noch zu einem Plauderviertelstündchen in der kleinen Stationskantine zusammen. So auch heute wie alle Tage.

Jetzt trat der Verkehrsbeamte aus seinem Dienstraum und sagte lässig-fameradisch, aber natürlich immer doch mit dem leisen Oberton von Oberherabigkeit, den so ein junger Stationsbeamter ja natürlich nie und nimmer unterdrücken darf, zum Verschieber Wielander: „Schau'n m'r, daß wir den „Bierziger“ z'samm'stellen. Nehmen S' die drei „Dritten“ von der „Sechsten“ und die zwei „A-B-Klassen“ von der „Fünften!“

Das war nun etwas ganz Gewöhnliches, etwas durchaus Angehörliches, so einen lumpigen Lokalzug zu rangieren, und der junge Verschieber hatte das wohl schon einige tausendmal getan. Und doch geschah gerade dabei das Gräßliche!

Schon schob die „Kaffeemühle“ 400 die zwei „A-B“ auf die übrige Garnitur los, Wielander stand auf dem Laufbrett des ersten Wagens und jetzt gab er mit Signalfefe und roter Fahne dem Maschinisten das Zeichen zum langsamen Anfahren.

Der Vater sah auf der Perronbank, sah, wie der Sohn absprang, die rote Signalfahne schwingend zur Seite des Puffers einherschritt; jetzt mußte er „nach Vorschrift“ abwarten, bis sich die Puffer der zu kuppelnden Wagen berührt hatten, dann sich bücken, zwischen die Wagen eintreten und mit wirbelndem Schwunge die Kuppelschrauben binden.

Aber es kam anders. Wie hätte er auch im Dröhnen und Rollen der Räder, im Pfeifen und Pusten der Verschiebomotoren, im Donnern und Schmettern der einanderprallenden Wagen das „Abwarten“ lernen sollen? Wie hätte er „bis zum völligen Stillstand der zu kuppelnden Wagen“ warten lernen sollen im Hasten des Rangierdienstes, wobei jedoch alles immer noch viel zu langsam ging. Niemand hatte ihm das gesagt, das stand ja nur in dem gedruckten Buche, das da drüben verstaubt und vergilbt irgendwo in der Kanglei lag. So sprang er zwischen die sich langsam nähernden Puffer genau so, wie er es schon vieltausendmal getan hatte, vieltausendmal bei viel hastigerer Arbeit, bei viel schnellerer Wagenbewegung, in viel gefährlicherer Lage. Und gerade diesmal war er zu langsam eingetreten, zu spät gesprungen. Um ein Zehntel einer Sekunde, oder weniger nur zu spät, aber an so einer Zehntelsekunde hängen Leben und Sterben für die kleinen Leute vom Flügelrad, und auch der junge Wielander mußte daran glauben.

Statt des leisen Mirrens der aneinander gebrängten Puffer gellte ein entsetzlicher Schrei über den einsamen Stationsplatz: zwischen den Puffern krümmte sich ein Menschenleib. Ein Blutsstrom nach dem andern schoß aus dem Munde des jungen Mannes, der da zwischen fühlloses Eisen gepreßt brüllend zwischen den Wagen hing.

Der graue Alte stürzte hinzu. Mit zitternden Händen gerrie er an den krampfhaft zuckenden Armen, aber das Erz ließ nicht los; mit seinen schwachen, gebeugten Schultern stemmte er sich gegen die Wagen, aber die schweren Massen standen steif und starr. Der junge Beamte stürzte aus der Kanglei, bleich bis über die Lippen, rang die Hände und schrie: „Maschine vorziehen!“ Maschine vorziehen!“ Da stand dies alte, schlechte Wehikel auf dem „toten Punkt“ und rührte und regte sich nicht. „Erstiecht mich!“ freischte der Gemarkerte. Seine Kameraden traten wortlos, wie auf Kommando, alle auf einmal an die Wagen. „So — Rud! Soo — Rud! Sooo Rud!“ Eine fast wilde Entschlossenheit lag in ihren Blicken. Mit äußerster



Dahingehet, ohne Rücksicht, wer dieser Genossenschaft angehört, in der sachlichsten Weise unsere publizistische Pflicht zu erfüllen.

Wir machen sowohl in dieser sogenannten Protestversammlung, als auch in der Nummer 3 der „Mitteilungen“ die Wahrnehmung, daß die Herren die Gabe besitzen, unsere Artikel anders zu lesen und anders ausulegen, als wie sie gemeint sind. Aber all die falschen und gehässigen Ausführungen hätten uns keine Zeile mehr aus der Feder gelockt, denn wir meinen, daß über den angeblichen Nutzen der Einfamilienhäuser die Akten geschlossen sind; was uns aber nochmals die Feder in die Hand drückt, ist, daß wir noch einige aufklärende Details unseren Mitgliefern schuldig geblieben sind.

Vor allem aber möchten wir jenen Genossen, die sich mit dem Baugenossenschaftswesen beschäftigen, die Debatten des internationalen Wohnungskongresses, deren Protokoll anfangs Mai laufenden Jahres erscheinen wird, zum Studium anempfehlen. Aus diesem geht hervor, daß während der ganzen Dauer dieses Kongresses vom ersten bis zum letzten Verhandlungstag es sich darum gehandelt hat: Soll man für die Arbeiter Wohnhäuser mit Kleinwohnungen oder Einfamilienhäusern erbauen? Die tüchtigsten Fachmänner des In- und Auslandes nahmen an den Debatten teil und leisteten im Pro und Kontra wohl das Beste, was bisher auf diesem Gebiet geleistet wurde. Am Schluß des Kongresses mußte der Vorsitzende einuzunieren, daß eine Klarheit über diese Frage, ob man Einfamilienhäuser oder Wohnhäuser mit Kleinwohnungen bauen soll, nicht erzielt werden konnte und bis auf weiteres diese Frage zu den ungelösten Problemen gehöre \*). In Österreich, so führte Erzelenz Klein, der Vorsitzende des Kongresses war, aus, wird, nachdem alle Vorbedingungen zur Erbauung von Einfamilienhäusern fehlen, das anzustrebende Ziel vorläufig darin bestehen, Wohnhäuser mit Kleinwohnungen, wie sie im Gesetz vom 20. Juli 1902 und der Verordnung vom 7. Jänner 1903 vorgesehen sind, zu erbauen. Das, was Fachleute und Gelehrte der alten und der neuen Welt nicht lösen konnten, das war für den Vorstand der E. V. G. eine Schulaufgabe. Nach wie vor steht der Vorstand auf dem Standpunkt, daß im anreichenden Maße gebaut wird und daß die Genossenschaft billiger zu einem Wohnhause kommen werden, als wenn sie sich daselbe privat verschaffen, und vor allem billiger wohnen würden als wie sie gegenwärtig wohnen.

Jede Genossenschaft wird, ob sie Einfamilienhäuser oder Wohnhäuser mit Kleinwohnungen baut, da sie nur sehr schwer und nur mit hoher Verzinsung Kredit erreichen kann, teurer bauen, als die privaten Bauperspektanten, die mit diesen Kalamitäten weniger oder gar nicht zu rechnen haben. Daß man in Einfamilienhäusern die Wohnungen nicht billiger bekommt, wie in privaten Wohnhäusern, wird von jedem Fachmann unwiderprochen bleiben. Nehmen wir an: Ein Bediensteter, der in der niedrigsten Quartiergeldstufe mit 850 Kr. steht, erwirbt ein Wohnhaus, das ihm die Genossenschaft mit 8000 Kr. anrechnet. Da die Genossenschaft nur auf die Kredithilfe der Banken angewiesen ist, so muß sie Zinsekredit zwischen 6 und 7 Prozent aufnehmen. Belehnt sie nach Fertigstellung diese Häuser wieder durch den privaten Kapitalmarkt, so muß sie die erste Hypothek, das ist 50 Prozent des Bauwertes, zu 4½ bis 5 Prozent, die zweite Hypothek, das ist die nächsten 30 Prozent (von 50 auf 80) des Bauwertes, zu 6 bis 8 Prozent, und die dritte und vierte Hypothek jedoch schon zu wucherischen Zinsen bezahlen. Nehmen wir nur durchschnittlich 5 Prozent Verzinsung des Kapitalwertes an, so beträgt das rund 400 Kr., die Steuern und Reparaturen betragen zusammen mindestens 80 Kr. per Jahr, so ergibt das zusammen 480 Kr. Wo ist jetzt die Beleuchtung, der Wassergas, der Rauch-

\*) Das Wohnungsfürsorgegesetz war damals noch nicht geschaffen.

Kraftanstrengung proßen sie ihre an schwere Anstrengung gewöhnten Schultern an die Wagenwände, hochrot wurden ihre ruhigen Gesichter und die Andern schwoilen mächtig an. Und wieder: „So — Rud! So — Rud! So — Rud!“ — aber die drei „Dritten“ regten sich nicht. Sie waren eingebremst und in der Verwirrung hatte man's vergessen. Es dauerte eine Ewigkeit! „Ich bist' euch, bringt's mich um!“ flehte ächzend und gurgelnd der Todwunde und der Vater stand daneben, raufte wütend seine grauen Haare und schrie: „Sepp, Sepp!“ und immer wieder „Sepp!“ Ratlos, verzweifelt.

Endlich gelang es, die eheernen Angeheuer zu zwingen, ihre Beute freizugeben. Wieder geschah es fahrig, unüberlegt, übersürzt. Plötzlich wichen die Wagen auseinander und der blutüberströmte Leib stürzte auf den festgestampften Boden des Perrohs, auf die harte glänzende Schiene des Unglücksgeleises. Da wälzte er sich röhelnd, Blutströme speiend, im Blute.

Auf die Herronbank, wo vor etlichen Minuten so geruhig der alte Vater gesessen war, haben sie ihn gebettet und der Alte kniete schluchzend vor dem letzten Lager seines lieben Sepp.

Gottlob! Nach zwei Minuten hatte die grausam zerquetschte junge Brust ausgeatmet, gerade als es einem Magazinsarbeiter befiel, nach dem Bahnarzt zu rennen, der irgendwo in der Stadt vielleicht oder auch über Land... Wer konnte das wissen?

Der junge Wielander röhelte nicht mehr. Nur der Alte, der seinen grauen Kopf an das blutbesprennende, von unsäglichem Schmerz wie wahnsinnig verzerrte Gesicht seines Sohnes gepreßt hatte, wimmerte.

Das Stationspersonal, vom Vorstand bis zum letzten Tagelöhner, stand herum, verstört und bleich. Alle waren sie stumm. Was gab es auch da noch zu reden? Nur der Vorstand, der sich mit dem Sackuch die Stirn abwischte — er war so fürchterlich rasch gelaufen, als man ihn aus seiner Stammschneise holte, daß ihm noch die Beine gitterten — versicherte fortgesetzt, daß ihm diese „Vorfällenheit“ fürchterlich peinlich und äußerst unangenehm sei.

Er trippelte hin und her, rieb aufgeregt seine Nase, zog die Uhr, machte „Sm, hm“; dann näherte er sich dem unglücklichen Vater, tippte ihm auf die Schulter und sprach sehr wohlwollend und gütig: „Wielander, Sie müssen Dienst antreten. Es ist wirklich die höchste Zeit!“

fanglehrer, die Feuerversicherung, die hohen grundbücherlichen Uebertragungs- und Lösungskosten, und vieles, vieles andere, was ein Haus erfordert? Der Bedienstete zahlt also auf sein normiertes Quartiergeld für den Besitz eines Zimmers und einer Küche, vielleicht noch mit einem kleinen Vorraum exklusive der sonstigen Auslagen 120 Kr. per Jahr darauf. Für diese 120 Kr. Mehrbezahlung ist er zum Trotz glücklicher Besitzer einer ebenbürtigen Wohnung, die auf dem Lande nicht immer zu den gesündesten gehört — allerdings aber im eigenen Hause. Will er aber dieses Wohnhaus innerhalb 30 Jahren in sein Eigentum übernehmen, so müßte er außerdem noch per Jahr zirka 266 Kr. mit abzahlen. Es kostet ihm also die Wohnung 746 Kr. Allerdings wird die Verzinsung im Laufe der Jahre niedriger, aber keinesfalls derart, daß man sagen könnte, er hätte daraus einen wesentlichen Nutzen ziehen können.

Daß Einfamilienhäuser besonders strapaziert und abgenutzt werden, daß sie weiter den Witterungseinflüssen stark ausgesetzt sind, ist bekannt, und wenn der Besitzer noch das Malheur hat, daß ihm der Wind das Dach abträgt oder die Elemente ihm anderen Schaden zufügen — was ja innerhalb einer gewissen Zeit immer einmal eintritt — sind die Erhaltungskosten natürlich höhere. Wer ein Häuschen halbwegs im Stande halten will, der muß beständig in die Tasche greifen.

Nachdem der Besitzer, wenn er dem Arbeiterstande angehört, sein Mittagmahl nicht bei seiner Familie einnehmen kann, da er am Arbeitsort bleibt, so nehmen wir per Tag — gering berechnet — 60 G. für auswärtige Verköstigung an. 300 Arbeitstage per Jahr ergibt eine weitere Belastung von 180 Kr. Arbeiter, die kein regelmäßiges Mittagmahl erhalten, erkennt man, wenn sie in der Schar stehen, auf den ersten Blick und sie dürften bei einem solch unregelmäßigen Leben kaum das Glück haben, 30 Jahre abzahlen zu können. Ein Unglück in der Familie, Krankheit oder Tod, werden schon sehr schwere Komplikationen ergeben und der betreffende Genossenschaftler wird trotz seines „hohen Glückes“, ein eigenes Heim zu besitzen, das ihm dem Schein nach gehört, von Kummer und Sorge erdrückt werden. Schon aus diesem lektangeführten Grund müssen Proletarier sich derartige Spekulationen hundertmal überlegen, bevor sie dieselben zu verwirklichen suchen.

Ein Proletarier ist kein Bourgeois, er unterliegt ganz anderen Wechseln. Daß aber auch seine Familie — dies gilt ganz besonders für Wien und die übrigen Großstädte — teurer lebt, ist ja allgemein bekannt. Die Approvisionierung in den Großstädten ist eine ganz andere wie außerhalb derselben. Großstädte besitzen ihre Markthallen, ihre großen Gemüse- und Obstmärkte, Fischhallen und vieles andere, wo die Arbeiterfrau ihre Bedürfnisse leichter und billiger decken kann als die, die vor den Toren von Wien wohnt. Bis zu 80 und 100 Kilometer Entfernung von Wien sind die teuren Sommerfrischen, wo ein Ei das doppelte des Preises kostet wie in Wien, da ja bekanntlich alle Produkte von Wien in die Sommerfrischen verfrachtet und dort mittelfst Handwagen von Haus zu Haus im verstaubten und verdorbenen, oft ungenießbaren Zustande verkauft werden. Man kann in Wien unter Umständen schon im März Salat und frische Kartoffel haben, während man dieses Gemüse auf dem Lande zu wucherischen Preisen erst in zwei bis drei Monaten zu Gesicht bekommt. Allgemein wird angenommen, daß man in der Nähe von Wien — ob an der Süd- oder Westbahn — um 20 Prozent die notwendigen Lebensmittel teurer kaufen muß, als in der Stadt. Es möge jeder noch diese 20 Prozent zu den Wohnungsausgaben daanschlagen und er wird über das Ergebnis förmlich erschrecken. Daß unter Umständen auch seine Kinder, die er in die Stadt zur Schule schickt (Würgerische etc.) eine weitere Verteuerung des Haushaltsbudgets verursachen, liegt auf der Hand. Dazu kommen noch die Unannehmlichkeiten des Winters, daß der Besitzer oder seine Frau in der ganzen Länge bis zur Erreichung einer Straße Schnee schaufeln müssen und andere Arbeiten zu besorgen haben, die die Freuden am eigenen Heim sehr reduzieren.

Es ist nun jetzt noch die Frage zu beantworten, ob dieses Häuschen, das er in 30 Jahren erwerben will, auch den Wert von 8000 Kr. hat. Daß die Genossenschaft mindestens 10 bis 15 Prozent Verwaltungskosten auf den Hauswert übertragen wird, womit sie ja auch den Reservefonds zu dotieren hat, ist eine unbestrittene Tatsache. Ob die Bauart eine so überaus solide sein wird, hängt von der Kreditfähigkeit und dem Renommee der Bauunternehmer ab. Es wird zu unterzuchen sein, aus welcher Beschaffenheit das Dach und die sonstigen verwendeten Baumaterialien gewesen sind. Daß ein solches Häuschen nicht untermauert sein kann und keinen Keller besitzt, ist selbstverständlich. Da die Finanzbehörden seit neuerer Zeit der Baugenossenschaft auch Erwerbssteuer für Zinsrückzahlung vorschreiben, wird das Bauen zur Unmöglichkeit. Die Prämie für das Eingehen einer Lebensversicherung, die die Genossenschaft zu ihrer Deckung braucht, wird gleichfalls 12 bis 15 Kr. per Monat betragen.

Da aber im Prospekt immer auch auf den Nutzgarten hingewiesen wird, so müßte neben dem Haus doch mindestens dieselbe Grundfläche angekauft werden oder schon reserviert sein in der Größe des Hauses. Nehmen wir das Mittel einer verbaute Fläche von 85 Quadratmetern auch als Größe des Gartens an und ein Quadratmeter würde zu dem äußerst billigen Preis von 7 Kr. zu stehen sein, so wäre das eine weitere Verteuerung von 595 Kr., was eine neuerliche Verzinsung mit 5 Prozent per Jahr berechnet von zirka 30 Kr. ohne Grundsteuer ausmacht. Wie hoch unter diesen Umständen jede Salatstaude oder jedes Krauthäuptel oder Radischen zu stehen kommt, ist kaum auszudenken und dürften sich die armen Eisenbahner einen solchen Luxus schwerlich gönnen können. Die Wirklichkeit schaut, genauer betrachtet, etwas anders aus als die Anpreisungen in dem bekannten Märchenbuch der E. V. G.

Wir haben hier zumeist Wiener Verhältnisse im Auge gehabt, und es könnte der Einwurf geltend gemacht werden, daß in der Provinz diese Einwände nicht in dem Maße vorhanden sind, vor allem aber billiger wie in den Großstädten gebaut werden kann. Diese Ansicht wird gegenwärtig vielfach in ae-

nossenschaftlichen Kreisen verbreitet, sie ist aber ebenso unrichtig wie die anderen Behauptungen, die da aufgestellt werden; wenn solche Phantastereien zu Agitationszwecken angewendet werden, muß jede Genossenschaft über kurz oder lang, und selbst wenn sie auf Kosten gebettet wäre, dem Konkurs, wenn nicht dem Bankrott anheimfallen. Bisher besteht von den vielen Gründungen der Baugenossenschaften auch nicht eine, die nicht zur Liquidation getrieben worden oder in Konkurs geraten wäre. Kann man uns auch nur eine solche Gründung, wie sie im Laufe der Jahre und namentlich in der letzten Zeit so vielfach entstanden sind, zeigen, wo unsere Darlegungen nicht zutreffen? Es gilt in den Fachkreisen als unbestritten, daß man in der Provinz um 30 Prozent teurer baut wie in den Großstädten. Die auf den ersten Augenblick fast unglaubliche Tatsache findet ihre Bestätigung darin, daß in der Provinz keine Auswahl von Bauunternehmern vorhanden ist, weil in der Regel in den kleineren Städten nur ein solcher Unternehmer placiert ist, der Preise diktieren kann. In den größeren Städten, wo mehrere Bauunternehmer vorhanden sind, haben dieselben ein Kartell geschlossen, und jeder, der im Bau etwas zu tun hatte, weiß, daß, wenn Bauberatungen ausgeschrieben werden, immer nur ein einziges Offert von den kartellierten Firmen erstellt wird. Sie haben es daher vollkommen in der Hand, die Preise nach ihrem Belieben zu diktieren. Als Beweis führen wir die Bauangebote der Villacher und Wiener Bauunternehmer an das k. k. Eisenbahnministerium an.

In den Offerten von Villach kam der Quadratmeter verbaute Fläche für ein zweistöckiges Haus auf 272 Kr. zu stehen, während in Wien für ein dreistöckiges Haus der Quadratmeter Baufläche auf nur 259 Kr. kam. Die Differenz von 272 Kr. und 259 Kr. ist per Quadratmeter 13 Kr. Die Differenz von zwei auf drei Stock beträgt ein Drittel von 272 Kr., das ist rund 90 Kr. In Villach kostet also der Quadratmeter verbaute Fläche 103 Kr. mehr als in Wien. Wenn man den Grund in Villach auch geschenkt erhielte, so kommt der Bau immer noch um ein Drittel höher als in Wien. Die gewaltige Differenz der Baukosten machten es auch dem k. k. Eisenbahnministerium unmöglich, von dem unentgeltlichen Angebot des Grundes durch die Gemeinde Gebrauch zu machen, weil die zu erbauenden Häuser kaum ein Bruttozinssertragnis von 2 Prozent ergaben.

Wenn also für Villach oder andere Provinzstädte die Einwendungen in Bezug auf Verzicht des gemeinsamen Mittagmahles mit der Familie auch entfallen, so überwiegt dieses Beispiel alle anderen Erleichterungen um ein bedeutendes. In Wien beträgt das Quartiergeld der Eisenbahner 100 Prozent, in der Provinz 80, 70, 60 Prozent etc., was ebenfalls mit in den Kalkül zu ziehen ist, und zu Ungunsten der Provinz gebucht werden muß.

In einer unlängst abgehaltenen Versammlung stellte ein Ausschichtsrat der E. V. G. die Behauptung auf, daß in der Provinz die Verbilligung des Baues durch die niedrigen Löhne der Bauarbeiter, hauptsächlich aber der Maurer, bedingt sei. Auch dieses Argument ist, wie alle anderen, vollkommen hinfällig und zeigt nur, daß selbst unsere eigenen Genossen alles, was vom Vorstand der E. V. G. kommt, gedankenlos weitergeben. Jeder Bauunternehmer verlangt in Wien von dem Maurer, dem er 6 bis 7 Kr. bei einer zehnstündigen Arbeitszeit täglich zahlt, eine Mindestleistung von 500 Ziegeln, während alle Fachmänner auf diesem Gebiet in voller Uebereinstimmung aussagen, daß in der Provinz, namentlich auf dem flachen Land, der Maurer 200 bis höchstens 250 Ziegel als Maximum zu vermauern imstande ist, wofür er 4 bis 6 Kr. Tagelohn erhält. Daher kommt es auch, daß unser Eisenbahnministerium die schönsten Baupläne, die ihm von den Gemeinden zum Zweck der Erbauung von Wohnhäusern unentgeltlich angeboten werden, nicht akzeptieren kann, weil die 30 bis 40prozentige Bauberateuerung in der Provinz jeden Vorteil wieder vollkommen zunichte macht. Zum Teil ist das Angeführte mit ein Grund der Erstellung höherer Offerte der Provinzbauunternehmer.

Wir meinen, daß eine Genossenschaft, die ihre Tätigkeit über ein ganzes Reich ausdehnt, sich selbst unmöglich macht. Wer vieles und alles tun will, ist zum Nichtstun von selbst verdammt. Man bedenke nur, wenn die Genossenschaft Wohnhäuser ihrer Mitglieder in Triest oder Bregenz erbauen will, welche wahnwitzigen Verwaltungskosten da auflaufen. Es müßte der Grund kommissioniert, der Bau überwacht werden, es müßte jemand bei der Einschätzung dabei sein; es kommen Anzeigen, daß der Bauunternehmer die eine oder andere Verpflichtung nicht einhält u. s. w. u. s. w., immer und überall würden vermehrte Verwaltungskosten sich ergeben, die die Genossenschaft selbstredend zu bezahlen hätten. Baugenossenschaften, deren Tätigkeit ja zumeist im Ueberwachen besteht, und deren Verwaltungsauslagen nicht die errungenen Vorteile auffressen sollen, können sich nur im engbegrenzten Territorium behaupten. Eine Genossenschaft, die nach einem einjährigen Bestand sich eine eigene Zeitung, einen selbständigen Rechtsfreund hält, dessen Auslagen im kommenden Jahr bei minimaler Tätigkeit bis zu 60.000 Kr. steigen werden, steuert mit mathematischer Sicherheit ihrem Grab entgegen und wird im Falle 2000 Mitglieder mit in die Tiefe reißen.

Im vergangenen Jahre, wo der Beitritt ein massenhafter war, betrugen die Einlagen rund 32.000 Kr. Diese Summe reicht bei gleicher Bezahlung in der Zukunft zur Deckung der Verwaltungskosten nicht im entferntesten aus. Was bleibt zum Bauen übrig? Man prüfe doch selber noch einmal — um mit einem Bitat Schillers zu beginnen — wer sich bindet, ob das, was die Baugenossenschaft bietet, wirklich ein Vorteil für den einzelnen ist. Bei jeder nüchternen Auslegung muß naturgemäß überall ein Nachteil herausgerechnet werden. Schon die reine Natürlichkeit ergibt, daß die Wohnungen bei Einfamilienhäusern bedeutend teurer zu stehen kommen als jene in Häusern mit Kleinwohnungen. Bekanntlich braucht jedes Haus nur einen Grund und nur einen Dachstuhl, wieviel Stockwerke sich auch sonst noch dazwischen befinden. In Wien wird eine Wohnung mit Zimmer und Küche mit 3500 bis 3600 Kr. Baukosten veranschlagt; bei Ein-



familienhäusern kostet derselbe Mann ohne Keller 8000 Kronen und noch mehr.

Zu all dem kommt noch, daß auch der Schlüssel der Anteile in der E. B. G. bei ungleicher Beteiligung ein gleiches ist, währenddem es sonst gebräuchlich ist, einen Prozentigen Anteil des Hauswertes als Einlage abzuverlangen. Man behauptet nämlich in der Nummer 3 der „Mitteilungen“, daß in der kürzesten Zeit im großen Umfang gebaut werden wird und daß bereits die nötigen Kredite beschafft wurden. Wir vernehmen wohl die Worte, allein es fehlt uns der Glaube. Nehmen wir aber an, es würden im allgünstigsten Fall jährlich 100 Häuser gebaut, so würde erst nach 20 Jahren das zweitausendste Mitglied sein Haus bekommen. Zweitausend Wohnhäuser durchschnittlich à 8000 Kr. würden ein Kapital von 16.000.000 Kr. erforderlich machen. Daß solche Summen keine private Genossenschaft aufzubringen und zweckmäßig zu verwalten in der Lage ist, wird jedem Eingeweihten einleuchten.

Daß durch den Erwerb eines verschuldeten Hauses, welches dem Besitzer weit mehr Kummer als Freude bereitet, eine gewisse Unlust an der Teilnahme zur Hebung seiner Klassenlage, seines Standesinteresses eintritt, ergibt sich ohne zu wollen von selbst. Es ist eine Tatsache, die durch die Erfahrung bestätigt wird, daß derjenige, welcher auch nur einige Kilometer vom Zentrum der Bewegung entfernt lebt, allmählich den Kontakt mit den Bestrebungen seiner Berufsorganisation verliert. Das Haus bricht jeden Widerstand, es fesselt und kettet ihn, nimmt ihm jede freie Stunde weg, indem es tugenderlei Berrichtungen fordert. Daß schließlich mit dem Verlassen des Domizilortes auch der Verlust seines Vertretungsrechtes in die Krankenkasse, in den Provisionsfonds, in das Lebens mittelmagazin zc. erlischt, darf nicht so ohne weiteres übergangen und unterschätzt werden.

Zum Schluß müssen wir noch eine Aktion, die der Vorstand in Bezug auf die Verschlechterung des Gesetzes, betreffend den erektionsfreien Betrag von Dienst- und Lohnbezügen, Ruhgegnüssen zc. im Parlament eingebracht hat, kurz beleuchten. Bekanntlich wurde im vergangenen Winter dieses Gesetz novelliert. Die Abgeordneten besaßen sich in voller Uebereinstimmung, daß die erektionsfreien Bezüge von 1600 Kr. mit Rücksicht auf die Teuerung, auf 2000 Kr., die Ruhgegnüsse von 1000 Kr. auf 1200 Kr. dem Schuldner als Existenzminimum zu erhöhen seien. Das Gesetz will denjenigen, der durch die gegebenen Verhältnisse in Schulden kommt, derart schützen, damit seine Lebenshaltung nicht zu seinem eigenen und zum Schaden seiner Angehörigen herabsinkt. Ein Schuldner ist stets ein bedauernswerter Mensch, den man vor weiterem Untergang schützen muß. Durch diese Novellierung wird nicht nur die Erhöhung des erektionsfreien Betrages erreicht, es wird auch die oft leichtsinnige Kreditgewährung, die Anlaß zum Schuldenmachen gibt, in vernünftiger Weise eingeschränkt.

Mit einem Wort, das Abgeordnetenhaus hat eine bestehende sozialpolitische Maßnahme erweitert, und sich hierin dem englischen Heimstättengesetz etwas genähert. Kaum war diese Novelle im Parlament verabschiedet, brachte der Vorstand der E. B. G. offenbar im Auftrag seiner Mitglieder am 4. Dezember v. J. im Abgeordnetenhaus eine Petition ein, in der er gerade das Gegenteil von dem Beabsichtigten verlangte. Die Deputation sprach bei allen bürgerlichen Parteien vor und bat um die Unterstützung ihrer Aktion. Derselbe begreift eine Aenderung der Gesetze über die Verpfändbarkeit der Bezüge öffentlicher oder privater Beamten und anderer Angestellten in der Richtung, daß sowohl die Quartiergelder als auch innerhalb des bisher pfandfreien Einkommens ein Betrag, welcher ein Fünftel des Gesamteinkommens nicht überschreiten darf, für Abstattungen an Baugenossenschaften, sowie andere ähnliche Körperschaften verpfändet werden können.

Diese Maßnahme der E. B. G. ist eine antisoziale im strengsten Sinne des Wortes. Die Gesetzgebung will den Schuldner nicht plündern und wirtschaftlich unmöglich gemacht sehen, sondern leiht ihm in gewissen Grenzen ihren Schutz. Der Schutz erstreckt sich auf jede Art von Gläubigern. Die E. B. G. will durch ihre eingeleitete Aktion den Genossenschaften das Privileg zu verschaffen suchen, dem Schuldner nicht bloß das Quartiergeld, sondern auch das bisherige pfandfreie Einkommen verpfänden zu können. Kurz, der Schuldner soll wohl von den Privatgläubigern geschützt, aber von den Genossenschaften bis aufs Hemd ausgeliefert werden. Wir wissen nicht, ob diese Aktion der Vorstand auf eigene Faust oder mit Zustimmung der Mitglieder unternommen hat, verwerflich ist das Vorhaben in jedem Fall. Es ist aber auch ein Hinweis, daß die Eisenbahner bei Erringung der Mitgliedschaft doppelt auf der Hut sein müssen. Die E. B. G. hat verstanden, ihre Mitglieder nach allen Seiten zu binden, keine Rücksicht auf etwaige Unglücksfälle zc. genommen, so daß es ein Entrinnen auf keinen Fall gibt.

Man denke nur ein Mitglied hat sich eines anderen besonnen und will aus der Genossenschaft austreten. Er muß zuerst alle Außenstände seiner Anteile bezahlen, das ungefähr 3½ Jahre dauert, dann muß er in der zweiten Hälfte des Rechnungsjahres kündigen und bekommt erst nach Ablauf des nächstfolgenden Jahres, das heißt, wenn nicht ein Defizit vorhanden ist, das selbe ohne Zinsen retourniert. Der Genossenschafter wird unfreiwillig fünf Jahre lang an einen Verein gekettet, dem er nicht mehr angehören will und für dessen Mißo er in derselben Höhe wie sein Anteil lautet, vollkommen haftbar bleibt.

Wir glauben aus diesen neuerlichen Details, einen weiteren Beweis erbracht zu haben, daß Einfamilienhäuserbau das unverantwortlichste und tölpelhafteste Unternehmen wäre, das sich ein armer Teufel nicht so ohne weiteres gestalten darf. Die Mitglieder mögen sich doch nicht durch das Schlagwort „Einsparung“ derart abschrecken lassen, daß sie auf das andere Schlagwort „Einfamilienhäuser“ hineinfallen und — wie die Fliegen sich zum Sonigtöpsel angezogen fühlen — nicht wissen, daß die Erreichung desselben, wenn schon nicht den wirklichen Tod, so doch den wirtschaftlichen bedeutet.

Der Wert der Einfamilienhäuser kann nur mit dem Bleistift, nicht aber mit Schlagworten ermittelt werden.

Rechne daher jeder sein Beispiel unter Zugrundelegung der angeführten Tatsachen von selbst aus; ziehe Eventualitäten mit ins Kalkül und wir sind überzeugt, daß unsere Bilanzierung mit der euren vollkommen übereinstimmt. Diese Erläuterung führten wir nicht etwa der E. B. G. allein wegen, sondern ist für alle Genossenschaften, die sich eine solche unausführbare Idee zum Ziel setzen, bestimmt. Die Tätigkeit der E. B. G. ist wenigstens kontrollierbar, daher zu regeln, und die Gefährlichkeit einzuschränken, bedenklich, ja sogar gefährdend sind jene „Reichen“, die nach dem Muster der aliaß Wohl Genossenschaften und o tutti quanti im verborgenen blühen. Diese ihre Tätigkeit ist ein Buch mit sieben Siegeln, das offenbar das Licht der Öffentlichkeit nicht verträgt.

Nicht daß, nicht Mißgunst treibt uns eine so umfangreiche Diskussion in der Frage zu führen, sondern unser sozialdemokratisches Gewissen zwingt uns dazu, unseren Genossen diese vielen, unendlich vielen Rekruten zu zeigen, damit sie nicht einmal, wenn sie ihren Schritt bitter bereuen, uns den Vorwurf machen, daß wir sie hätten besser unterrichten sollen.

Dieser Vorwurf, der gegen uns erhoben würde, wäre vollkommen berechtigt, wenn wir unsere publizistische Pflicht jetzt nicht erfüllten. Unsere Ausführungen können daher auch nicht als „Angriffe“ gegen diese Bewegung gedeutet werden, sondern muß als weise Mahnung aufgefaßt werden. Die übertriebene Begeisterung für diese Sache wird schwinden, wenn eine reifliche und nüchterne Beurteilung eingetreten ist.

Wenn sich's nicht um das Geld handelt, sondern bloß um die Idee, ein Haus zu bekommen, ist den wollen wir in seinem Streben nicht abhalten, der kann unersetzlich sein Ziel auf was immer für eine Art verwirklichen.

Wir glauben eine Pflicht erfüllt zu haben, welches im Interesse unserer Genossen gelegen war. Hiermit schließen wir die Diskussion über diese Frage.

## Wo find die Verräter?

Heute sind die Eisenbahner Österreichs viel umworbene Menschen. Von allen Parteien wird ihnen die kräftigste Unterstützung ihrer Wünsche zugesichert und eine ganze Menge von Vereinen und Vereinen spielen sich als die berufenen Vertreter von Eisenbahnerinteressen auf. Da ist es wohl notwendig, daß die Eisenbahner an jene Zeit erinnert werden, wo sie ohne jeden Schutz und jeder Hilfe der Ausbeutung der Verwaltung preisgegeben waren und wo jede Regung nach einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage mit den brutalsten Mitteln unterdrückt wurde.

Von dem Druck des größten Elends gezwungen, kam auch den Eisenbahnern die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation. Aber nur langsam konnte der Organisationsgedanke in die Masse der Eisenbahner Eingang finden. War doch nicht nur die Gleichgültigkeit der Masse zu besiegen, sondern auch den Verfolgungen der Verwaltung war die Stirne zu bieten. Harte Maßregelungen hatten damals jene Männer zu erwarten, die den Mut fanden, als Bahnbrecher der Organisation zu wirken. Das Gelingen der Organisation, wie das Beispiel vom Abgeordneten Kron beweist, war erst einer späteren Zeit vorbehalten.

Aber umsonst haben diese Mäcker die mühevolle Arbeit und die schweren Opfer nicht gebracht. Heute besitzen die Eisenbahner eine starke und schlagfertige Organisation, mit deren Hilfe die letzten Jahre eine ganze Reihe ansehnlicher Erfolge errungen wurde. Doch jedesmal, wenn nach schwerer Mühe ein Erfolg errungen war, erhob sich im Lager unserer zahlreichen Gegner ein Gefräch und Geschrei, gleich Raubbögeln, die auf die Leute lüffern sind.

Anlässlich jeden Erfolges wurde unsere Organisation und deren Vertrauensmänner beschuldigt, die Interessen der Eisenbahner verraten zu haben. So war es beim Lohnkampf im Jahre 1907, so war es 1908 bei der Aktion auf den E. L. Staatsbahnen, so war es bei den Einreichungen des Personals der E. L. Nordbahn sowie der böhmischen Nordbahn und so ist es jetzt der Fall, wo nach einer bereits zweijährigen mühevollen Arbeit die Einreichung des Personals der Staatsbahnen abgeschlossen ist und der O. E. B. B. und E. B. B. B. stattgefunden hat. Es dürfte sich deshalb lohnen, noch einmal auf die Geschichte der letztgenannten Einreichung zurückzukommen und darauf hinzuweisen, welche Rolle der Reichsbund deutscher Eisenbahner dabei gespielt hat.

Bei dieser Aktion handelte es sich nicht allein um eine formelle Einreichung des Personals, bei welcher im Rahmen des Verstaätlichungsgesetzes die Rechte der Bediensteten zu wahren waren, sondern mit der Einreichung war die E. L. Staatsbahnverwaltung auch verpflichtet, sämtliche Zugstände, die seit 1908 dem eigenen Personal gemacht wurden, auch auf das Personal der zwei verstaätlichten Bahnen auszudehnen. Dadurch erhielt die Einreichung eine um so höhere Bedeutung. Dadurch wird aber auch jedem klar, daß die Einreichung um so günstiger sich hätte gestalten müssen, je höher die Zugstände 1908 an die Staatsbahnen gewesen wären.

Im Auftrage der Organisation und der Sozialdemokratischen Fraktion wurde durch Genossen Ellenbogen im Jahre 1908 der bekannte 20 Millionen-Antrag eingebracht. Von dieser Summe sollte hauptsächlich die Regelung der Fahrgebühren für das Zug- und Maschinenpersonal, eine Verbesserung der Automaten, die Gewährung der Nachdienstzulage für das gesamte Personal und die Regelung der Tagelöhne sämtlicher Arbeiter durchgeführt werden.

Als der Antrag abgelehnt wurde, erklärte sich der Reichsbund mit diesem Verrat an den Eisenbahnern solidarisch und zu dessen Verteidigung wurde sogar ein Flugblatt herausgegeben, in welchem die Begründung enthalten war, der Antrag sei nur deshalb abgelehnt worden, weil der Betrag zu gering war.

So hieß es in dem Flugblatt:

„Schafft das Zufriedenheit, die wir endlich hergestellt sehen wollen?“

Die sozialdemokratischen Führer brauchen diese Zufriedenheit allerdings nicht. Gewiß! Denn die Zufriedenheit ist kein Agitationsmittel für die Sozialdemokraten.

Alle hätten auch mit den 20 Millionen nicht befriedigt werden können. Jedem ein Projektamen.“

Dann weiter:

„Dann nochmals: Wohin zuerst mit den 20 Millionen? Eine Summe aus bloßer Laune heraus nennen, ist, gelinde gesagt, Leichtsinn und eine taktische Dummheit.“

Nach Ablehnung des 20 Millionen-Antrages wurde von den Abgeordneten Dr. Sylvestor und Dobernig der Antrag betreffs Erhöhung der Bezüge sämtlicher Staatsbediensteten eingebracht, in welchem für die Staatsbahnbediensteten der Betrag von 88 Millionen Kronen enthalten war. Erst mit den größten Kraftanstrengungen der koalitierten Organisationen (nicht zu verwechseln mit der sogenannten neuen Koalition) und nachdem mit den schärfsten Mitteln gedroht wurde, ist dieser Betrag auf 14 Millionen Kronen erhöht worden.

Aber dieser Betrag erwies sich, wie vorauszu sehen, als zu niedrig, um vorgenannte Reformen durchzuführen. Infolgedessen ist die Reform der Fahrgebühren ungenügend ausgefallen, das Maschinenpersonal wurde vom Genuß der Nachdienstzulage ausgeschlossen, bei der Durchführung der Automaten konnten dringende Wünsche des Personals nicht berücksichtigt werden und die Regelung der Löhne war in Rücksicht auf die tristen Lohnverhältnisse gerade als ein Hohn zu bezeichnen. Trotz der ungeheuren Teuerung, welche die erkämpften Erfolge zum Teil wieder zunichte machte, ist es den Eisenbahner Österreichs bis heute noch nicht gelungen, Zugstände in dem Umfang zu erreichen, wie es bei der Annahme des Antrages Ellenbogen der Fall gewesen wäre. Nach der Einreichung spüren es nun auch die Bediensteten der zwei verstaätlichten Bahnen am eigenen Leibe, was damals an den Staatsbahnen und jetzt an ihnen selbst verbüßt wurde.

Wenn schon der Wortlaut des Flugblattes, mit dessen Herausgabe die Gelder der Mitglieder mißbraucht wurden, geeignet ist, den verübten Verrat nachzuweisen, so wird derselbe noch offensbarer, wenn wir die Folge 12 des „Deutschen Eisenbahner“ vom 20. April 1909 zur Hand nehmen. Gleich auf der ersten Seite dieser Nummer wird der Erfolg der Aktion unserer Organisation im Jahre 1908 als Verdienst des Reichsbundes gebüht. Doch lassen wir den Reichsbund selbst reden.

In vorgenannter Nummer führt Herr Eril unter anderem an:

„Bekanntlich erzielten die Abgeordneten Doktor Sylvestor und Dobernig durch ihren Antrag auf Verwendung von 15 Millionen aus dem Ueberfluß der Finanzgebarung die Zuficherung, daß 10 Millionen hiervon für die Eisenbahner aufgebracht werden. Die Koalition, welche schon seit dem Frühjahr der Staatsbahnverwaltung einen Kampf androhte, war nun bestrebt, dies durch eine leichte Erhöhung der vorhin genannten Ziffer zu vermeiden. Die Erhöhung auf 14 Millionen muß darum hauptsächlich ihr zugeschrieben werden, wenn auch der Reichsbund, beziehungsweise die deutschen Abgeordneten sich an der Zuficherung der 10 Millionen das Hauptverdienst zuschreiben dürfen.“

Offensbarer kann der Verrat des Reichsbundes an den Interessen der Eisenbahner nicht nachgewiesen werden, wie durch den Vergleich dieser zwei Stellen. Durch diesen Vergleich wird aber auch bewiesen, daß der Reichsbund stets bereit war, als williger Diener der bürgerlichen Parteien zu gelten und die Schlagworte des Herrn Eril von der „Massenbewußten deutschen Arbeiterpartei“ nicht mehr als Humbug zu betrachten. Die Summe von 20 Millionen ist ein Projektamen, eine taktische Dummheit. Aber 10 Millionen sollen die Eisenbahner vielleicht als eine Wohlthat betrachten, deren Erreichung als Hauptverdienst dem Reichsbund zugeschrieben ist. Eine derartige Probe auf die Urteilsfähigkeit ihrer Mitglieder sollte der Reichsbund doch nicht ausführen, das ist eine Beleidigung des gesunden Menschenverstandes.

Weiters werden anlässlich der letzten Einreichung die Personalkommissionen der verstaätlichten Bahnen beschuldigt, die Interessen des Personals nicht richtig vertreten zu haben. Selbst das Gericht wird verbreitet, daß seitens der Direktion der Antrag gestellt worden ist, jedem Bediensteten ein außerordentliches Avancement zu gewähren, was jedoch die Personalkommission abgelehnt habe.

Nun weiß man ja nicht, ob sich die Verleumder dieses Gerichts aus den Fingern gezogen haben oder ob seitens einzelner Personen der Direktion zur Verbreitung dieses Gerüchtes ein Anlaß gegeben wurde. Wenigstens ist das letztere von Deputationsmitgliedern des „Reichsbundes“ und der „Zemka jednota“ schon behauptet worden.

Notwendig ist es aber, einmal festzustellen, daß bei der Einreichung des Personals der zwei zuletzt verstaätlichten Bahnen seitens des Eisenbahnministeriums ein Vorgang geübt wurde, welcher geeignet war, die Personalkommissionen dieser Bahnen bezüglich Veratung der Einreichungsgrundsätze soviel wie möglich zu ignorieren.

Die Forderungen hinsichtlich der Einreichungsgrundsätze wurden bereits im Herbst 1909 überreicht, ohne daß man über das Schicksal derselben etwas besonderes erfahren konnte. Erst nach einem ziemlich erregten Auftritt in der Frühjahrsitzung der Personalkommission der O. E. B. B. teilte der Vorsitzende mit, daß seitens der Direktion die Einreichungsgrundsätze bereits fertiggestellt sind und noch denselben Monat, das war April, dem Eisenbahnministerium übergeben werden. Eine vollständig sorgfältige Beratung eines Kommissionsbeschlusses bezüglich des Punktes „eines außerordentlichen Avancement auf Grund des siebenjährigen Provisoriums“ wäre nur dann möglich gewesen, wenn schon zu dieser Zeit die Einreichungsgrundsätze der Personalkommission vorgelegt worden. Aber gerade das



Gegenteil wurde getan. Die Einreichungsgrundzüge bildeten erst zwischen dem Eisenbahn- und Finanzministerium einen Verhandlungsgegenstand, bei welcher Gelegenheit sich das Finanzministerium als der stärkere Teil erwies. Gegenüber der Personalkommission wurden die vom Eisenbahnministerium ausgearbeiteten Einreichungsgrundzüge vollständig geheim gehalten. Noch am 23. September 1910, also fünf Tage vor der amtlichen Veröffentlichung der ersten Einreichungsgrundzüge, wurde einer Deputation von Personalkommissionsmitgliedern sowohl beim Eisenbahnministerium als auch bei der Direktion eine Mitteilung über die Details der Einreichungsgrundzüge verweigert. Wenn deshalb beim Personal das Mißtrauen Platz griff, seitens der Verwaltung bestünde die Absicht, dem Personal Zugeständnisse vorzuenthalten, zu deren Gewährung die moralische Verpflichtung vorlag, so war dieses Mißtrauen vollkommen gerechtfertigt.

Tatsächlich wurden bei den Beratungen ganz bedeutende Verbesserungen erzielt. Es darf dabei nicht vergessen werden, daß unsere Organisation ihre ganze Kraft mit in die Waagschale werfen mußte, um dieses zu erreichen. Die Einreichung des Personals der St. E. G. und der De. N. B. W. ist auch in keiner Beziehung ungünstiger zu bezeichnen, als die Einreichung des Personals der früher verstaatlichten Bahnen. Nur ist noch der Unterschied in Betracht zu ziehen, daß bei den früheren Einreichungen die Situation bedeutend günstiger war wie bei der letzten Einreichung, weil die Finanzlage des Staates keine derartig zerrüttete war, wie dieses bei der Einreichung des Personals der St. E. G. und der De. N. B. W. der Fall gewesen ist.

Unter den ungünstigsten Verhältnissen ist somit durch die Arbeit der Organisation und der Personalkommission für das Personal dieser zwei Bahnen dasjenige erreicht worden, wie für das Personal der anderen Bahnen unter viel günstigeren Verhältnissen, was gewiß als ein nennenswerter Erfolg zu bezeichnen ist.

Nun lautet die Klage des Personals hauptsächlich dahin, daß bei der Einreichung die Gärten, welche sich bei der Reform im Jahre 1907 ergaben, nicht ausgeglichen wurden. Schon in der ersten Sitzung der Personalkommission der De. N. B. W. (das war im Frühjahr 1908) wurde ein Antrag eingebracht, in welchem die Ausgleichung dieser Gärten in jener Weise gefordert wurde, daß durch Abvancementfürzungen sukzessive eine Ausgleichung des Gehalts zwischen älteren und jüngeren Bediensteten herbeigeführt werde.

Dieser Antrag wurde auf das sachlichste und energischste vertreten und seit dieser Zeit in jeder Sitzung urgirt. Auch in der letzten Sesssion wurde dieser Antrag neuerlich eingebracht. Wenn deshalb seitens der Direktion gegenüber jenem Teil des Personals, welcher sich im Vergleich zu ihren jüngeren Kollegen im Nachteil fühlt, in letzter Zeit wiederholt das Wohlwollen berichtet wurde, so wäre die Erfüllung dieses Antrages gewiß geeignet, dieses Wohlwollen durch die Tat zu beweisen.

Was tat aber der Reichsbund? Nehmen wir wieder die Nummer des „Deutschen Eisenbahner“ vom 15. Mai 1908 und lassen wir ihn selbst reden. In einem Bericht über die Anträge der Personalkommission der De. N. B. W. heißt es auf der Seite 6 dieser Nummer:

„Sie hatten aber auch ihre (die Personalkommission) Anträge, die ihnen nicht gut genug schienen oder zu hoch gespannt waren, dem Rins zugeschoben, damit er sie vertrete; daß dieser nicht darauf hineinfie, den roten Herren einen Wurfel zu spielen, ist wohl begreiflich.“

Ein stärkeres Stück, wie sich mit diesem Vorgang der Reichsbund leistete, ist wohl noch nie ausgeführt worden. In der Personalkommission der De. N. B. W. (Sektion Diener) waren sämtliche Kandidaten der Sozialdemokraten gewählt worden. Herr Rins war ernanntes Mitglied und gehörte damals dem „Reichsbund“ an.

Durch das Mitglied Rins brachte er in der betreffenden Sitzung der „Reichsbund“ 15 Anträge ein, welche in der zuvorkommensten Weise, soweit es in Uebereinstimmung mit den eigenen Anträgen möglich war, von unseren Genossen unterstützt wurden. Herr Rins dankte nach der Sitzung für diese Unterstützung und erklärte auch später, daß er an die Zentrale des „Reichsbundes“ einen Bericht gefendet habe, in welchem ausdrücklich betont war, den sozialdemokratischen Personalkommissionsmitgliedern den Dank auszusprechen. Die Verleumdung, die in vorgenannter Notiz enthalten ist, wäre somit bewußt gefahren. Angeekelt von einer derartigen Kampfweise, trat Herr Rins aus dem Reichsbund aus und ist heute Mitglied unserer Organisation.

Aber nicht nur als gemeine Niedertracht ist diese Kampfweise zu betrachten. Indem die Anträge der Personalkommission als zu hoch gespannt bezeichnet wurden, ist mit einer Hinterhältigkeit, die ihresgleichen sucht, nicht nur der Personalkommission, sondern dem ganzen Personal in den Rücken gefallen worden. In der Beratung der Anträge war jener Antrag, mit welchem eine Ausgleichung der Gärten gefordert wurde, als der weitgehendste und wichtigste bezeichnet worden.

Da nun im „Deutschen Eisenbahner“ die Anträge als zu hoch gespannt genannt worden sind, ist an den Bediensteten der De. N. B. W. seitens des Reichsbundes ein zweiter Verrat verübt worden. Wenn deshalb von Verrat geschrien wird, so wird es für die Bediensteten der De. N. B. W. leicht sein, zu beurteilen, in welchem Lager sie die Verräter ihrer vitalsten Lebensinteressen zu suchen haben.

Ein Nordwestbahner.

## Die nationale Koalition.

Nach langem Suchen hatten sie sich gefunden, wie sie sich schöner nie zusammensuchen konnten, die elf Vereine, die sich zur so und so vielen neuen „nationalen“ Koalition zusammenschlossen. Je ein deutsch-, tschechisch-, polnisch- und slowenischnationaler Eisenbahnbeamtenverein, die nationalen Vereine der anderen Eisenbahnbediensteten und was sonst noch an Vereinen gelber und schwarzer Couleur und an partikularistischen bei den

österreichischen Eisenbahnern grassiert, stellten zusammen den Heerbann. Man wäre fast zu der Annahme verleitet worden, daß bei diesen Herrschaften ein Stück Vernunft seinen Einzug gehalten habe, daß sich da teilweise das internationale Gewerkschaftsprinzip, das Prinzip der Zentralisation, durchgesetzt habe, was die Reute einander nähergebracht hat. Es war aber nicht die dämmernde Vernunft, die fortschreitend, zu der Erkenntnis gelangen hätte müssen, daß eine einheitliche Organisation der österreichischen Eisenbahner eine unerfennbare Notwendigkeit ist. Es war die zwingende Not der isoliert, zur vollständigen Einflußlosigkeit verurteilten, aktionsunfähigen Vereine, der sozialdemokratischen Organisation ein Gegengewicht gegenüberzustellen, die sie zusammenbrachte zur „nationalen“ Koalition und die sie ihren alten nationalen Standpunkt aufgeben ließ; der Erhaltungstrieb, der die Argumente für die Notwendigkeit des Bestandes nationaler Eisenbahnerorganisationen außer Kurs setzte, daß bei dem verschiedenen Kulturstande der Eisenbahnbediensteten verschiedener Nationen die Bedürfnisse ungleich und die Interessen verschiedene seien, daß die Expansionsbestrebungen der einen Nation die nationale Abwehr der Gefährdung von Existenzen der der anderen Nation angehörenden Eisenbahnbediensteten erfordere u. s. w.

Nun sind sie beisammen die Brüder mit den verschiedenen Rappen, und wenngleich ihre numerische Größe noch lange nicht an die der sozialdemokratischen Organisation heranreicht, müßte, so bei den nichtsozialdemokratischen Parteien Österreichs die Verpflichtung redlich erfüllt würde, die Interessen ihrer Parteianhänger im Parlament zu vertreten, der Einfluß der neuen „nationalen“ Koalition ein ungeheurer sein. Es sind Polen und Südslaven, Tschechen, Deutschnationalen und Christlich-soziale, die sich in der Koalition zusammensanden. Ihre Parteigänger im Parlament bilden die Majorität, sie sitzen im Ministerrat, und der Eisenbahnminister ist ihr Mann. Die meisten bürgerlichen Parlamentarier sind von den Wahlen her den Leuten dieser Koalition durch ausdrückliche Verpflichtungen verpflichtet. Nichtsdestoweniger aber sind keine Aussichten vorhanden, daß durch die „nationale“ Koalition die Eisenbahner auch nur einen Schritt näher der Verbesserung ihrer Existenz gebracht würden, zumindest soweit es sich bei den Eisenbahnbediensteten um Unterbeamte, Diener und Arbeiter handelt.

Wenn wir schadenfroh wären, hätten wir Ursache, uns der Ereignisse der letzten Tage zu freuen. Der Gedanke, die Außenseiter, die der einheitlichen sozialdemokratischen Eisenbahnerorganisation gegenüberstehenden Vereine, zu sammeln, ohne Rücksicht auf deren prinzipielle Verschiedenheiten, um so vereint neben oder gegen die sozialdemokratische Organisation wirken zu können, dieser Gedanke hat kläglichen Schiffsbruch erlitten. Nicht als ob die „nationale“ Koalition nach der kurzen Lebensdauer von wenigen Monaten schon ihr Firmenschild eingezogen hätte, sie firmiert noch weiter. Aber die ungleichen Kompagnons beginnen sich zu überbieten und das ist unausweichlich der Ruin eines derartigen Kompagniegeschäftes.

Die „nationale“ Koalition zog vor einigen Monaten in den Kampf, um die Erringung der automatischen Vorrichtung für die Beamten und um die Erringung einer allgemeinen prozentualen Erhöhung des Quartiergeldes. Hier war schon das Verhältnis zwischen den verschiedenen Kampfobjekten einerseits und den dieser Bewegung dienstbar gemachten Bedienstetengruppen andererseits ein unrichtiges. Von den Arbeitern, Dienern und Unterbeamten, die das Gros der Anhänger der „nationalen“ Koalition bilden und so die numerische Größe und damit die Macht derselben herstellen, sind die ersten, die Arbeiter, an den in diesem Kampfe aufgestellten Forderungen überhaupt nicht interessiert und die Diener und Unterbeamten nur an der einen der beiden gestellten Forderungen. Es wäre aber unbillig, hierbei nicht anzuerkennen, daß die Beamtenforderung nach Einführung der automatischen Vorrichtung, die doch die Diener und Unterbeamten schon besitzen und die die Beamten der nunmehr verstaatlichten Bahnen vor der Verstaatlichung bereits besaßen, eine gerechtfertigte ist und daß sie nicht beabsichtige, einer Bedienstetengruppe außerordentliche Sonderprivilegien zu schaffen. Es wäre ferner unbillig, nicht die Verpflichtung für alle Teile einer derartigen Koalition anzuerkennen, auch an der Durchsetzung von Forderungen mitzuwirken, an denen nicht alle der einzelnen Teile der Koalition selbst interessiert sind. Verbesserungen treten bei den österreichischen Eisenbahnen nur stufenweise ein und das Vorsehwerden der Verhältnisse für eine Bedienstetenkategorie schafft den anderen Kategorien gleichfalls Anrechte auf Verbesserungen. Dennoch aber ist der eine Teil in dieser „nationalen“ Koalition der geprellte.

Die Beamten, die in der „nationalen“ Koalition stehen, und die in dieser bestimmen, wiewohl sie nicht die Majorität der Koalitionsgenossen bilden, lediglich infolge des in der „nationalen“ Koalition geltend gemachten und von den Vertretern der anderen Bediensteten nicht paralytisierten Übergewichtes ihrer sozialen und dienstlichen Stellung, nahmen den Kampf zunächst bitter ernst. Als ihnen aber die Automatik nicht aber auch die Quartiergelberhöhung, mit welcher letzteren Forderung sie die anderen Bediensteten, die Majorität in der „nationalen“ Koalition, an dem Kampfe mitinteressiert hatten, zugestanden war, trat an die Stelle der Kampfbereitschaft satte Resignation. Und da sie nun die Automatik, wohl noch nicht unter Dach und Fach, aber doch schon aus dem größten heraus haben, schieden sich die Koalitionsgenossen der „Reichsbündler“ und der „Jednota“, die nationalen Beamten an, in der Frage der Quartiergelberhöhung ihren eigenen Weg zu gehen, wohl durch die Erwägungen früherer Forderungen durchzuführen sind, als für die Allgemeinheit, zumal wenn es sich um Beamte handelt, die als Gegenleistung der Bahnverwaltung eine rationelle Ausnützung der anderen Bediensteten und des Materials zusehern können. So steht in der nationalen Koalition das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung, so wird hier das Solidaritätsprinzip befolgt und das entgegengebrachte Vertrauen gewürdigt.

Wir haben bereits knapp über die unlängst in der Volkshalle stattgefundene Versammlung des „Deutsch-österreichischen Eisenbahnbeamtenvereines“ berichtet. In dieser Versammlung vollzog sich die Forderung der Faktion des „Deutsch-österreichischen Eisenbahnbeamtenvereines“ in der Angelegenheit der Quartiergelberhöhung. Herr Wastendorf, der Sprecher des Vereines, propagierte die Forderung nach Gleichstellung der Quartiergelder der Eisenbahnbeamten jenen der Offiziere. Die allgemeine Forderung der „nationalen“ Koalition in dieser Angelegenheit war die Forderung nach prozentualer Erhöhung des Quartiergeldes für alle Bediensteten. In der Verschiedenartigkeit dieser Forderungen liegt schon ihre verschiedene Behandlung. Die Forderung nach der allgemeinen Erhöhung des Quartiergeldes für alle Bediensteten, die vom „Deutsch-österreichischen Eisenbahnbeamtenverein“ nummehr fallen gelassen wurde, macht geradezu eine allgemeine Vertretung derselben in der „nationalen“ Koalition notwendig. Bei der Sonderforderung nach der Gleichstellung der Quartiergelder der Beamten den Quartiergelbern der Offiziere, wird sich schwerlich eine Gemeinsamkeit in der Behandlung dieser Sonderforderung mit der allgemeinen Forderung der Erhöhung des Quartiergeldes für die anderen Bedienstetenkategorien ergeben. Und das scheint von den Vertretern der nationalen Beamtenvereine wohl erwogen zu sein. Die anderen Bedienstetengruppen halfen den Beamten die Automatik in Sicherheit zu bringen. Nun sind die nationalen Beamtenvereine ihrer Verbündeten überdrüssig, die sie als Hemmnis betrachten, allein Sonderbestrebungen nachgehen zu können.

Wenn dies in der „Deutsch-österreichischen Eisenbahnbeamten-Zeitung“ anders dargestellt wird, wenn diese berichtet, Herr Wastendorf habe in der Beamtenversammlung in der Volkshalle erklärt: „Unbedingt geboten wäre es, alle Unterbeamten und Diener aufzuklären, daß die Beamten die Quartiergelberhöhung auch für sie verlange, da sie wie die Beamten die das Wohngeld gleich hart treffe.“

Wir müssen auf Grund unserer eigenen Berichterstattung folgendes konstatieren. In den sehr ausführlichen Berichten des Herrn Richter in dieser Versammlung über die Aktionen betreffend der Erringung der Automatik und der Quartiergelberhöhung fiel kein Wort davon, daß man sich auch um die Quartiergelberhöhung für die anderen Bediensteten bemüht hätte. Wäre in der „nationalen“ Koalition das Verhältnis zwischen den einzelnen Bedienstetengruppen ein aufrichtiges, hätte diese Versammlung in der Volkshalle nicht vorbeigehen können, ohne daß ausdrücklich konstatiert worden wäre, daß das Erreichen des Zugeschnittes der Automatik dem Einfluß der gesamten „nationalen“ Koalition zu danken sei und daß nunmehr auch für die Beamten die Verpflichtung bestehe, an der Erringung der Forderungen der anderen Bediensteten mitzuwirken. Davon war kein Wort zu hören in dieser Versammlung. Die „Deutsch-österreichischen Eisenbahnbeamten-Zeitung“ scheut sich bekanntlich auch nicht, gegen Bedienstetenforderungen direkt eine gegenwärtige Stellung einzunehmen, wie in der Frage der Ernennung der Bahnmeister zu Beamten, und die zitierte Äußerung des Herrn Wastendorf hat in der Wirklichkeit keineswegs dahingeklungen, „die Beamten fordern auch für die Unterbeamten und Diener die Quartiergelberhöhung“. Herr Wastendorf sagte vielmehr, die Notwendigkeit einer Quartiergelberhöhung werde von den Unterbeamten und Dienern noch nicht recht empfunden. Es sei eine eindringliche Aufklärung durch die Beamten erforderlich, damit nicht gewisse Kreise die Bediensteten abhalten, diese Forderung nach der Quartiergelberhöhung zu erheben. Damit gab er seinen Kollegen einen Wink mit dem Zaumfahl, den eigenen Verrat an den Interessen der gesamten Bediensteten in dieser Frage der sozialdemokratischen Organisation unterzuschieben. Rechnet man hier noch hinzu, daß die sozialdemokratischen Personalvertreter doch schon seit langer Zeit in der Personalkommission die Erhöhung des Quartiergeldes nach einem gerechten Schlüssel (die Forderung der Gleichstellung der Beamtenquartiergelder den Quartiergelbern für Offiziere verlangt, nur für die höheren Quartiergeldklassen, hier aber allerdings wesentliche Erhöhungen. In den niedrigeren Quartiergeldklassen wären die Erhöhungen unbedeutende und in einzelnen Fällen würden sogar Verschlechterungen eintreten), fordern, durchsicht man ganz die Handlungsweise Wastendorfs, der nebenbei bemerkt, nicht gut daran tut, die Großmüt seiner Gegner auf Proben zu stellen.

Was sagen nun die Vereine der Unterbeamten, Diener und Arbeiter, die dieser „nationalen“ Koalition angehören, der „Reichsbund“, die „Jednota“ u. s. w., zur Haltung ihrer Koalitierten? Sie sehen mit dummem Gesicht den wohlgeputzten allein davonsegelnden, auf das neue Ziel, die Offiziersquartiergelder, lossteuernden, nationalen Beamtenvereinen nach, machen Betrachtungen über die Undankbarkeit der Menschen und über die Vergänglichkeit alles Irdischen. Die „Reichsbündler“ waren hierbei derart konsterniert, daß eine Nummer, wohl die erste, des „Deutschen Eisenbahner“ erschien, ohne einen einzigen Kampfsartikel gegen die sozialdemokratische Organisation zu enthalten. Es schien schon so, als wenn die „Reichsbündler“ Einkehr gehalten hätten und zur Einsicht gekommen wären, daß es nicht die Lebensaufgabe einer Eisenbahnerorganisation sein könne, der Tätigkeit der anderen Organisation Schwierigkeiten zu schaffen, ihre Absichten zu verächtlichen und deren Leistungen zu verkleinern. Eine Einsicht, die alle Beamtenvereine, hieben und drücken, längst, und nicht zum Schaden ihrer Bestrebungen aufnahmen, denn den Wastendorfs ist der Mist nur für die anderen Bediensteten gut genug. Auf den Rücken der Unterbeamten, Diener und Arbeiter sollen die nationalen und sonstigen Differenzen ausgegossen werden, den Beamten frommt gegenseitige Duldung, auf daß die Vertretung ihrer Interessen, von welcher Seite sie immer ausgehen möge, keinerlei Schmälerung erfahre.

Somit ist an dieser Sache noch bemerkenswert, daß die von der alten Koalition errungene Stegautomatik für Beamte, die von den Gegnern der alten



Koalition viel verlästert wurde, nimmere ein begehrtes Objekt für alle Beamte der k. k. Staatsbahnen geworden ist. Eine späte und unfreiwillige, aber nicht weglegbare Anerkennung der Tätigkeit unserer alten Koalition.

Die „nationale“ Koalition wird, trotzdem sie durch das Verhalten der nationalen Beamtenvereine in ihren Grundpfeilern erschüttert ist, voraussichtlich noch eine Zeitlang ihr Wesen treiben, um dann an ihren eigenen organischen Widersprüchen zugrunde zu gehen. Sie ist das komplizierteste Gebilde, das nur gegen die sozialdemokratische Organisation errichtet werden und von der Gegnerschaft und Feindseligkeit gegen diese zusammengetragen werden konnte. Hat sie, die nicht mehr leicht durch ein neues Gebilde überboten werden kann, sich dann auch endgültig als unfähig erwiesen, den Einfluß der sozialdemokratischen Organisation zu brechen, dann wird man denn doch endlich das Wohl und das Wehe aller Eisenbahner Oesterreichs allein und uneingeschränkt der sozialdemokratischen Organisation anvertrauen müssen.

## Die Affordarbeit in den Eisenbahnwerkstätten\*).

Vor uns liegen die Preisverzeichnisse der Staatseisenbahngesellschaftswerkstätten Prag-Dubna und Simmering. Läßt schon die Beschreibung der Arbeit an Klarheit zu wünschen übrig, so ergibt schon ein oberflächlicher Vergleich der Affordpreise in beiden Werkstätten ganz gewaltige Unterschiede. Es ist kaum anzunehmen, daß die Preise von Haus aus so unterschiedlich gestellt wurden, sondern es kann mit Bestimmtheit behauptet werden, daß man dort, wo einigermaßen gut verdient wurde, die Preise immer mehr und mehr zulegte. Dann ist aber auch das Argument, welches man im Eisenbahnministerium den Vertrauensmännern der Arbeiter so gern entgegenhält, nämlich „die fleißigen Arbeiter sollen sich durch den Afford mehr verdienen“, hinfällig. Um nun wieder Tatsachen sprechen zu lassen, wollen wir einige Affordpreise, welche in der Simmeringer Werkstätte Geltung haben, zitieren. Hier heißt es: Räder wechseln à 50 Heller. Jeder, der nur einigermaßen Verständnis von der Arbeit hat, muß, wenn er dies liest, annehmen, daß die zwei damit beschäftigten Arbeiter das alte Rad herausnehmen und das bereitstehende neue nur einheben brauchen. Dem ist aber nicht so, denn die Arbeiter müssen nicht nur das alte Rad aus dem Geleise schmeißen, sondern auch das neue Rad aus der Dreherei oder vom Lagerplatz holen. Daß dies oft eine stundenlange Manipulation ist, weil die Geleise nie frei sind, braucht nicht besonders hervorgehoben werden.

Weiter finden wir einen Preis von 15 Heller für die Anbringung eines Verschalungsbrettes an Güterwagen. Da der Partieführer die Arbeit mit dem Werkmeister aufnehmen muß, genügen diese 15 S. vielleicht für die Zeit, welche zur Aufnahme benötigt wird. Nun muß aber erst der Tischler sein Werkzeug hinräumen, ein Verschalungsbrett hertragen und anmachen. Wir gehen weiter und lesen: „Als Lager ausgießen 30 Heller.“ Ein trockener Text, aber um so nasser wird dem damit Beschäftigten die Stirn bei der Ausführung dieser Arbeit. Er muß das alte Lagermetall abschmelzen, das Lager im warmen Zustand mit Salzsäure und Salmiak behandeln und verginnen, dann erst kann er das neue Lagermetall eingießen. Außerdem muß das Lager noch auf zwei Seiten angegossen werden. Arbeitszeit anderthalb Stunden, Verdienst 30 S.! Ferner ein Gegenstand, auf dessen gewissenhafte Ausführung von den Vorgesetzten viel Gewicht gelegt wird, und zwar: „Anfertigung und Bearbeitung des Kolbenstangen-Feiles.“ Ganz mit Recht wird hier gesagt, daß durch eventuelle leichtfertige Ausführung Menschenleben zugrunde gehen könnten. Daher ist es selbstverständlich, daß die Partieführer diese Arbeit ausschließlich den fleißigen und geschickten Arbeitern geben, die sich ja nach Wunsch des Eisenbahnministeriums viel verdienen sollen. Und was hat nun so ein Arbeiter, wenn er nach fleißiger vierstündiger Arbeit diesen Kolbenstangen fertiggestellt hat, verdient? 1 Krone 95 Heller, sagt stolz das Preisverzeichnis. Dies sind natürlich nur einige wenige Beispiele. Es ließen sich bei genauer Durchsicht Hunderte solcher Beispiele anführen. Erwähnt muß werden, daß es eine ganze Reihe von Arbeiten gibt, für die überhaupt keine Entschädigung geleistet wird. Wir wollen nur das Ausfassen des Materials, die Transportierung der verschiedenen Gegenstände in die Schmiede, Dreherei und Kupferschmiede und wieder zurück zur Arbeitsstelle nennen.

Ferner die Arbeit des Partieführers, der die Arbeit aufnehmen, die Bestellungen einschreiben und besorgen muß, der überhaupt den ganzen Tag zu keiner Arbeit beim Schraubstock kommen kann, weil er von einer Abteilung in die andere, von einer Kanzlei in die andere galoppieren muß, damit die Gegenstände rechtzeitig bestellt werden. Sonst erleidet die Partie eine Störung in der Arbeit, was gleichbedeutend mit weniger Verdienst ist. Und dafür wird kein roter Heller bezahlt. Die Arbeitererschaft versuchte mehreremal für diese Arbeiten eine angemessene Entschädigung zu erhalten; doch war man jedesmal mit der Kustre bei der Hand, daß diese Einrichtungen alle in den bestehenden Affordpreisen inbegriffen sind, obwohl in dem Texte des Preisverzeichnisses nicht einmal darauf hingewiesen wird. Allerdings können die Vorgesetzten, wenn sie sehen, daß mit derart lächerlich geringen Preisen nicht gearbeitet werden kann, sogenannte Nullpreise machen; diese müssen dann laut Arbeitsordnung vereinbart werden. Wie schaut aber eine solche Vereinbarung zumeist aus?

Oft erachtet es der Vorgesetzte überhaupt nicht notwendig, die Arbeiter nach dem Verlangen zu fragen, sondern schreibt ihm einfach einen Preis hin und damit basta. Ist der Preis zu niedrig, so kann der betreffende Arbeiter von Pontius zu Pilatus rennen, er wird zumeist kein Recht finden. Ja, es ist oft den unmittelbaren Vorgesetzten ganz recht, wenn sich die Arbeiter über derartige

Dinge beschweren, glauben sie doch auf diese Weise am besten ihre Fähigkeit zum Vorgefekten bewiesen zu haben. Eine wunderbare Frucht zeitigt das Affordsystem in dem allmonatlichen Abschluß. Hier müssen sich die Leute ihr sauer verdientes Geld oft erstreiten. Die Leute haben den ganzen Monat fleißig gearbeitet und glauben, daß sie einen schönen Verdienst erzielt haben, denn der Afford soll ja dazu da sein, daß sich die fleißigen Leute viel verdienen. Nun kommen einer oder gleich zwei Vorgesetzte und schäben die Arbeit ab. Dabei stellt sich schließlich heraus, daß der Verdienst trotz vielem und fleißigem Arbeiten gesunken ist. Selbstverständlich wird gegen eine derartige Vorgangsweise lebhaft protestiert und es gab schon Abschlüsse, wo die Vertrauensmänner ihre ganze Autorität aufwenden mußten, um die aufgeregten Arbeiter vor voreiligen Schritten abzuhalten.

Doch noch eine andere schlechte Seite hat die Affordarbeit für den Arbeiter, und zwar die, daß sich jeder Vorgesetzte eine gewisse Gerichtsbarkeit anmaßt oder anmaßt kann. Es wurde schon in voriger Nummer gesagt, daß die Arbeitsteilung streng durchgeführt ist, und daß die Arbeiter in Parteien geteilt sind. Ferner stellt man den Arbeitern, wenn sie sich über die schlechten Preise beschweren, immer das Argument entgegen, daß es doch nicht lauter schlechte Preise geben kann, sondern daß es auch gute Preise gibt, die die schlechten Preise aufheben. Nun darf es einem Vorgesetzten einfallen, aus irgendwelchen Gründen eine weitere Arbeitsteilung durchzuführen. Er errichtet einfach eine neue Partie, gibt ihr die besser bezahlten Arbeiten und die anderen Parteien haben das Nachsehen. Oder der Vorgesetzte kann die Arbeit so verteilen, daß die eine Partie die schlechtere Arbeit bekommt, dann sind die Leute nicht imstande, einen angemessenen Lohn zu verdienen. Oder er weist einer Partie einfach längere Zeit keine Arbeit zu, die Leute sind zum Mühsiggang verurteilt, infolgedessen gibt's kleineren Verdienst. Wir könnten hier eine Menge Beispiele anführen, doch ist es nicht unsere Sache, persönlich zu werden, sondern an der Hand von Beispielen darzutun, daß die Argumente, welche in Bezug auf die Affordarbeit ins Treffen geführt werden, bei den Eisenbahnwerkstättenarbeitern nicht zutreffen. Die Werkstättenarbeiter der St. E. G. haben es an Versuchen, dieses Affordsystem auf eine ehrliche und gesunde Grundlage zu stellen, schon unter der alten Verwaltung nicht fehlen lassen; doch jedesmal lautete die Antwort: „Eine wirkliche Affordarbeit ist in einer Reparaturwerkstätte überhaupt nicht durchführbar; für euch ist doch Hauptsache, daß ihr euer Geld bekommt, ob die Verrechnung jetzt Afford genannt wird oder nicht, das hat doch nichts zu sagen.“

Nun scheint sich aber die Sache ändern zu wollen, weil die heutigen Vorgesetzten stets erklären, daß die Direktion der St. E. G. ein strengeres Vorgehen verlange; das bedeutet gleichzeitig die Herabdrückung der Verdienste in der Zeit der größten Lebensmittelerhöhung. Auf der einen Seite erklärt der Eisenbahnminister: „Ich wünsche, daß die Leute mehr verdienen sollen, wenn sie nur im Afford arbeiten wollten.“ Auf der anderen Seite zeigt sich das Bestreben, dort, wo die Leute im Afford arbeiten und tatsächlich etwas mehr verdienen, diesen Verdienst auf das Niveau der übrigen Werkstätten herabzudrücken.

Für die Arbeiter kann es daher nur eine Lösung geben und die muß sein: Weg mit diesem Intrigenspiel, weg mit jedem Schwindelafford; Umwandlung des Affordverdienstes in fixen Lohn und Stabilisierung nach den Grundsätzen des Wilinskischen Erlasses vom Jahre 1895.

In nächster Nummer soll untersucht werden, ob die Affordarbeit den Bahnverwaltungen wirklich Nutzen bringt.

## Reichskonferenz

### der Werkstättenarbeiter sämtlicher Bahnen Oesterreichs.

Die Arbeiter der Haupt- und Heizhauswerkstätten der österreichischen Eisenbahnen hielten Samstag den 25. und Sonntag den 26. März 1911 im Gartensaal des Favoritner Arbeiterheims in Wien eine Reichskonferenz ab, die den Zweck hatte, die Berichte der Personalkommissionsmitglieder und der Arbeiterschauschausmitglieder über die Verhandlungen in diesen Körperschaften entgegenzunehmen, die Arbeits-, Gehalts- und Lohnverhältnisse zu erörtern und die Taktik für die weitere Vertretung der Forderungen der Werkstättenarbeiter festzulegen. An den Beratungen der Reichskonferenz der Werkstättenarbeiter nahmen 126 Delegierte des Werkstättenpersonals, mehrere Mitglieder von Arbeiterschauschaus und Personalkommissionen, die Reichsratsabgeordneten Genosse Tomisch und Genosse Rudolf Müller und einige Gäste teil. Die Zentrale unserer Organisation war durch Genossen Somitsch und die Sekretariate derselben derselben durch die Genossen Brodecky, Raczanowsky und Kopas vertreten. Die Redaktion des „Eisenbahner“ hatte Genossen Krawany zur Konferenz entsendet.

Nachdem Genosse Somitsch im Namen der Zentrale unserer Organisation die Konferenz begrüßt hatte, wurde die Wahl des Vorsitzes vorgenommen, die einstimmig folgendes Resultat ergab:

Vorsitzender: Genosse Tantsin, Stellvertreter des Vorsitzenden: Genosse Glaser und Genosse Styrsky. Die Funktion des Schriftführers versah Genosse Krawany.

Gegen die vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Die Lage der Werkstättenarbeiter:
- a) Lohn,
- b) Stabilisierung,
2. Behandlung und Beschließung geeigneter Anträge,
3. Die zukünftige Vorgangsweise,
4. Eventuelles,

erhob sich kein Widerspruch.

Den Bericht über die Verhandlungen der Zentralpersonalkommission der k. k. Staatsbahnen erstattete das Zentralpersonalkommissionsmitglied Genosse Kurtag. Dieser

berichtete auf die detaillierten Berichte im „Eisenbahner“ und führte weiters folgendes aus:

Die Zentralpersonalkommission verfüge nicht über den nötigen Einfluß auf das Eisenbahnministerium. In ihr sitzen den Vertretern des Personals Vertreter der Staatsbahnverwaltung gegenüber, die mit keinerlei Vollmacht ausgerüstet sind. Den Vertretern der Bediensteten wird bei der Begründung ihrer Anträge recht gegeben, die Anträge gelangen zur Annahme, ohne daß Einwendungen gegen dieselben gemacht werden. Zur Durchführung gelangt aber von den angenommenen Anträgen nur ein geringer Teil und was an Verbesserungen eingetreten sei, sei nicht auf den Einfluß der Zentralpersonalkommission, sondern auf den Kampf der Organisation zurückzuführen, da durch die passive Resistenz des Eisenbahnministeriums gewonnen war, Versprechungen zu machen.

Auf die Besprechung der wichtigsten, in der Zentralpersonalkommission gestellten Anträge eingehend, führte Genosse Kurtag weiters aus: Betreffs der Schädigungen bei den Stabilisierungen seien in der Sitzung der Zentralpersonalkommission selbst 40 typische Fälle angeführt worden, und es wurde in Aussicht gestellt, daß diese Sache untersucht werden wird. Man hat dann später in der Zentralpersonalkommission mitgeteilt, daß die Untersuchung dieser Sache nur in den wenigsten Fällen eingetretene Schädigungen konstatiert hat, was mit den tatsächlichen Zuständen in Widerspruch steht. Hierauf besprach Genosse Kurtag die Fragen der Quartiergelderhöhung, der Entschädigung bei Egonierungen, der Stabilisierungsnormen, der Prüfungsvorschrift, den Stillstand in der Normierung der Oberwerkmännerposten, die Fragen der Ernennung der Oberwerkmänner zu Unterbeamten, der Einreichung der qualifizierten Hilfsarbeiter in die Gruppe B des Dienerschemas, der Leberstundenentlohnung, der anderthalbstündigen Mittagspause in den Heizhäusern und der anderthalbstündigen Anrechnung der Dienstzeit bei der Berechnung der Pension für Kesselschmiede. Er schloß seine Ausführungen mit einer eindringlichen Aufforderung, den Einfluß der Zentralpersonalkommission durch Stärkung der Organisation zu mehren.

Genosse Tantsin, der über die Tätigkeit des Zentralarbeiterschauschausses der k. k. Staatsbahnen berichtete, erklärte, er wolle nicht alle Anträge, die im Zentralarbeiterschausschuss verhandelt wurden, besprechen, da über deren Behandlung dem Personal im „Eisenbahner“ und in vielen Versammlungen ausführlich berichtet wurde. Bei Beginn der Sitzung des Zentralarbeiterschausses sei vom Vorsitzenden derselben darauf hingewiesen worden, daß diese Körperschaft lediglich ein beratendes Organ sei, und dies kennzeichne die Auffassung des Eisenbahnministeriums, die daselbst betreffs der Arbeiterschauschaus hat. In der Frage der Urlaube für die Arbeiter hätte früher das Eisenbahnministerium eine ganz ablehnende Haltung eingenommen. Die Arbeiter der Nordbahn haben einen Vorstoß versucht und die Forderung von Urlaube in den Vordergrund gestellt. Sie hatten insoweit hierbei einen Erfolg, als die Nordbahndirektion erklärte, den Arbeitern Urlaube nach Tunsicht in kürzester Zeit einzuräumen zu wollen. Nunmehr erklärt sich auch das Eisenbahnministerium bereit, dieser Frage näherzutreten zu wollen. Aus den mit der Stabilisierung zusammenhängenden Fragen wolle er eine herausgreifen, an der die Konferenz nicht vorübergehen dürfe. Man schiebt die Stabilisierung der Arbeiter der nunmehr verstaatlichten Bahnen hinaus, um wieder ein Afford- oder Prämienystem aufleben zu lassen. Da sei es Aufgabe der heutigen Konferenz, hierzu Stellung zu nehmen und präzis zu erklären, daß auf der Stabilisierung der Arbeiter der verstaatlichten Bahnen bestanden werde. Das Eisenbahnministerium wolle über die gegenwärtige Entlohnung der Leberstunden, die um ein Drittel höher ist als die Entlohnung für die normale Arbeitszeit, nicht hinausgehen und diese Frage wird bei der Aufstellung der Arbeitsordnung eine akute. Der Eisenbahnminister Glominski hätte der letzten zu ihm entsendeten Deputation der Arbeiter erklärt, die Arbeitsordnung sei in den Fachgruppen fertiggestellt und zur Begutachtung an die Direktionen und Departements ausgegeben. Die Erledigung dieser Angelegenheit ziehe sich ungemein in die Länge, während man den Arbeitervertretern nur 48 Stunden Zeit läßt, sich zu Vorlagen des Eisenbahnministeriums zu äußern. Betreffs des Feierns des 1. Mai hätte bereits der Eisenbahnminister Verschatta zugestanden, daß am 1. Mai ein Teil der Arbeit ruhen dürfe, und es sei angezeigt, in dieser Sache einen Schritt weiter zu machen. Für die Provisionsisten müsse der Fortbezug des Brennstoffes zu Regiepreisen erwirkt werden. Die ungünstigen Einwirkungen der Arbeit der Kesselschmiede auf den Gesundheitszustand dieser, mit denen sich auch der Brüsseler Kongress beschäftigte, namentlich die Einwirkung des Schalles und der Bodenbewegung seien im österreichischen Eisenbahnministerium nicht Gegenstand von Untersuchungen. Man gehe mit Gleichgültigkeit über die Gefährdung der Gesundheit der Kesselschmiede hinweg, und da sei es notwendig, das Eisenbahnministerium zu bewegen, in dieser Frage eine andere Haltung einzunehmen. Schließlich berichtete Genosse Tantsin über die am 4. März l. J. stattgefundene Vorprache der Arbeiterdeputation beim Eisenbahnminister. Der Eisenbahnminister hätte erklärt, er habe gegen die Lohnautomatik nichts einzuwenden, wenn die für diese notwendigen Mittel bewilligt werden. Zur Frage der Stabilisierung äußerte sich der Eisenbahnminister, die Arbeiter mögen mehr arbeiten und sich nicht so oft krank melden. (Stürmische Zwischenrufe der Konferenzteilnehmer.) Genosse Tantsin beendete seine Ausführungen mit der Erklärung, daß die Arbeiterschauschaus erst von den Arbeitern zu dem gemacht werden müssen, was sie im Interesse der Arbeiter sein sollen. Unterdessen aber könnten die Arbeiter auf die ihnen sonst zu Gebote stehenden Kampfmittel keineswegs verzichten.

Genosse Beck berichtete über die Sektion „Arbeiter“ der Zentralpersonalkommission der österreichischen Nordwestbahn: Auf der De. N. W. sind die Verhältnisse in ein Stadium getreten, in das zu geraten, wir befürchteten. Als die Sektion „Arbeiter“ der Zentralpersonalkommission auf der De. N. W. errichtet wurde, setzte die Arbeitererschaft auf diese Institution große Hoffnungen. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Die Zeit, die dieser Institution für ihre Arbeit zur Verfügung stand, war eine verhältnismäßig kurze, so daß es nicht möglich war, in dieser Zeit viel zu leisten. Der Verhandlung gegenüber, die das Eisenbahnministerium dem Arbeiterschausschuss angedeihen läßt, muß festgestellt werden, daß wenigstens in dieser Institution der De. N. W. auf die Anfragen der Arbeitervertreter Antworten erteilt wurden. Als wir im Jahre 1909 anfragten, wann die in der Sektion „Arbeiter“ der Zentralpersonalkommission gestellten Anträge zur Durchführung gelangen werden, sagte man uns, man habe im Jahre 1907 so viel für die Arbeiter aufgewendet, daß man nicht in der Lage sei, in diesem Zeitpunkt etwas für die Arbeiter zu tun, die Arbeiter mögen sich gedulden. Unterdessen kamen wir in den Zustand der Verstaatlichung. Bei der Verstaatlichung hat man die Fonds, die man vorband, genommen und mit jenen der k. k. Staatsbahnen verschmolzen, gegeben hat man aber den Arbeitern nichts und gegenwärtig stehen wir vor der Auflösung der Sektion „Arbeiter“ der Zentralpersonalkommission der De. N. W., so daß alle, in dieser eingebrachten Anträge, be-

\* Siehe „Eisenbahner“ Nr. 10.



graben sein werden. Man hat vier Arbeiterausschüsse auf der Oe. N. W. errichtet. Dadurch, das bei den f. l. Staatsbahnen der Zentralarbeitsausschuß lange Zeit nicht einberufen wird, wird dessen Wirksamkeit aufgehoben. Wir werden uns aber nicht dazu hergeben, nur zum Scheine eine Arbeitervertretung darzustellen. Entweder sind die Arbeiterausschüsse Institutionen, die Einfluß nehmen können, oder sie sind es nicht und haben so keine Berechtigung, zu bestehen. In der Frage der Stabilisierung weicht man bei der f. l. Oe. N. W. aus und sind die daraus resultierenden Zustände auf die Dauer unhaltbar.

Genosse Rehak berichtete für den Arbeiterausschuß der Staatsbahngesellschaft: Er führte aus: Wir haben vor der Verstaatlichung keinen Arbeiterausschuß gehabt. Es leisteten aber die beständigen Vertrauensmännerausschüsse dem Personal in vielen Fällen gute Dienste. Nach der Verstaatlichung wurden drei Arbeiterausschüsse gewählt, die nur wenige Anträge stellten, um auf diese die gesamte Kraft zu konzentrieren.

Die gestellten Anträge betrafen die Stabilisierung, die Verkürzung der Arbeitszeit in den Heizhäusern und Werkstätten und die Erhöhung des Lohnes und die Einführung einer Lohnautomatik. Zu der Zeit, als in Böhmen-Traubau die Konferenz der Arbeiter der St. E. G. stattfand, erklärte die Direktion der St. E. G., die Stabilisierung der Arbeiter durchzuführen zu wollen. Das ist aber nicht geschehen und man hat uns dann später erklärt, daß von einer Stabilisierung gar keine Rede sein könne, man werde überall, wo dies nur möglich sei, das Affordsystem einführen. Das Affordsystem in einer Reparaturwerkstätte ist ein reiner Schwindel und die Arbeiter bestehen daher auf einem anständigen Lohnsystem und haben sich mit dem Gedanken vertraut gemacht, das Schwerkrieg ihrer Tätigkeit nicht auf den Arbeiterausschuß, sondern auf die Organisation zu verlegen.

Genosse Heider berichtete von den Arbeiterausschüssen der f. l. Nordbahn nachstehendes: Es wird sich kein vernünftiger Arbeiter darin täuschen, was er von einem Arbeiterausschuß verlangen kann. Die Arbeiterausschüsse sind in Miskredit geraten, weil sie nichts Positives leisten konnten. Wir waren uns aber doch im voraus klar, daß diesen nur ein mehr informativer Charakter zukommt. Afford ist Betrug, sowohl an dem Arbeiter als auch an dem Betrieb. Entweder muß das Affordsystem ein reines Affordsystem sein, und dies ist unmöglich, oder man muß den Afford überhaupt ganz verwerfen. Der Afford ist das Hindernis für die Stabilisierung; letztere und die automatische Lohnvorrichtung ist ohne Regelung des Lohnwesens unmöglich. Bei der f. l. Nordbahn muß auch gegenwärtig die Gleichstellung im Afford solange derselbe besteht angestrebt werden. Die Arbeiterausschüsse der f. l. Nordbahn haben sich bemüht, immer einheitlich vorzugehen, doch widerstreben die Leistungen der einheitlichen Regelung der Zustände.

Genosse Zinkl berichtete für den Arbeiterausschuß der Böhmisches Nordbahn. Bei der Einführung des Arbeiterausschusses nach der Verstaatlichung mußten erst Erfahrungen gesammelt werden. Wir haben im Dezember 1909 Forderungen überreicht, die sich mit den bei den f. l. Staatsbahnen gestellten decken. Ueber das Schicksal derselben haben wir seit dem Jahre 1909 nicht ein Wort erfahren. Die Anträge werden angenommen und befürwortet, um dann über sie nie ein Wort vernehmen zu lassen. Als wir die Erledigung der Anträge urgierten, erklärte der Vorsteher, die Erledigung sei eingeleitet und er sei nicht berechtigt, bezüglich derselben irgendwelche Erklärungen abzugeben. Vor der Verstaatlichung hatten wir keinen Provisionsfonds. Wir verlangten die Aufnahme der Arbeiter der O. N. W. in den Provisionsfonds, und ist diese auch wirklich erfolgt. Die Beträge, die als Nachzahlungen hierbei den Arbeitern in Abzug gebracht wurden, sind groß und werden uns so mehr empfunden, als bei der O. N. W. die schlechtesten Löhne gezahlt werden. Auf unsere Vorprache im Eisenbahnministerium wurde den Arbeitern eine einmalige Zuwendung gewährt. Im Dezember des vorigen Jahres mußten wir abermals diesen Schritt unternehmen. Man erklärte, nach Möglichkeit abermals unseren Wunsch erfüllen zu wollen, woraus wir aber nicht das Anrecht ableiten dürften, auch weiterhin derartige einmalige Zuwendungen ansprechen zu dürfen. Die zugewiesenen Geldbeträge sind dann um 5 Kr. niedriger ausgefallen als im ersten Jahre. Die neue Direktion erklärte uns, es sei in absehbarer Zeit keine Aussicht auf Stabilisierung der Arbeiter.

Für den Arbeiterausschuß der Südbahn berichtete Genosse Glaser folgendes: Im Arbeiterausschuß der Südbahn wurden nicht viel Anträge gestellt, aber wir traktierten, die gestellten Anträge auch durchzubringen. Der freie Samstagnachmittag wurde erreicht. Ebenso Erholungsurlaube für Arbeiter und automatische Lohnvorrichtungen. Die Stabilisierung der Arbeiter wurde rundweg abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß wir durch dieselbe geschädigt wären. Bei der Befestigung früherer Dienstposten werden häufig absolvierte Gewerbeschüler, die die praktische Arbeit erst erlernen müssen, vorgezogen. Der 1. Mai kann dort, wo es die Dienstverhältnisse ermöglichen, gefeiert werden.

Genosse Stübli berichtete, daß auf der Buschtährader Bahn die Verhältnisse in manchen Beziehungen bessere seien als auf den f. l. Staatsbahnen. Auf der Buschtährader Bahn sei die Automatik bereits unter Dach und Fach. Es wurden zwei Lohnhörschüsse durchgeführt, die eine betrug 30 Kr., die andere 50 Kr. Erhöhung des Tagelohnes. Die heutige Konferenz möge ein besonderes Augenmerk auf die Frage der Arbeitszeit richten. Auf der Buschtährader Bahn ist der Samstagnachmittag zwar frei, er kann aber zu außergewöhnlichen Arbeiten verwendet werden. Und da werden immer mehr Arbeiter als außergewöhnliche angesehen. Der 1. Mai wurde bereits von den Arbeitern der Buschtährader Bahn gefeiert.

Genosse Sterlik berichtete für den Arbeiterausschuß der Russisch-Teplicher Eisenbahn. Er führte aus: Auch bei uns konnten nicht alle Anträge in Wirklichkeit umgesetzt werden. Der freie Samstagnachmittag wurde noch nicht erreicht, dagegen wurde der tägliche Arbeitslohn um 1/2 Kr. durchgesetzt. Die Lösung der Frage der Lohnautomatik steht auf große Schwierigkeiten. Die Vertretung der Interessen der Arbeiter werde durch das Vorgehen der „Reichsbändler“ geschädigt und haben die letzten Wahlen in die berufsständischen Unfallversicherungsanstalt bewiesen, wie sehr deren Anhang unter dem Personal abgenommen.

Zentralarbeitsausschußmitglied Genosse Riehn er führte Beschwerde über die Protokollführung bei den Sitzungen des Zentralarbeitsausschusses. Es werden die Verhandlungen über einzelne Gegenstände oft so dargestellt, wie sie nicht stattgefunden. In den Direktionsausschüssen wurden die Anträge betreffs der Lohnautomatik mit der Begründung zurückgewiesen, daß die Lohnautomatik vom Eisenbahnministerium durchzuführen sei. Das Eisenbahnministerium hat diese Anträge wieder an die Direktionen verwiesen. Mit neuen Ministern gießen bei der Staatsbahnerverwaltung neue Systeme ein. Die Arbeiter der verstaatlichten Bahnen verlangen die Abschaffung des Affordes und bei den alten Linien der f. l. Staatsbahnen will man diesen wieder einführen. Man will den Arbeitern weder einen ordentlichen Lohn noch die Stabilisierung geben.

Nach dieser Berichterstattung ergriff Genosse Somitsch zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Be-

## Handlung und Beschließung geeigneter Anträge“ das Wort. Er führte aus:

Da das Material, das die Konferenz zu behandeln hat, sehr umfangreich ist, werde ich mich auf die Besprechung der wichtigsten Angelegenheiten beschränken, so daß meine Ausführungen keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben werden. Bei den f. l. Staatsbahnen wurden seit der letzten Konferenz keine wesentlichen Verbesserungen durchgeführt, so daß sich die heutige Konferenz vornehmlich mit der Revision der auf der Konferenz im Jahre 1909 gefassten Anträge zu beschäftigen haben wird. Auf der Südbahn wurden wesentliche Verbesserungen für die Arbeiter durchgeführt. Der Schluß der Arbeitszeit Samstag mittags gilt bei der Südbahn nicht wie bei den f. l. Staatsbahnen nur für die Hauptwerkstätten, sondern auch für die Heizhauswerkstätten, mit Ausnahme der Arbeiter, die Reservendienst zu versehen haben. Bei den f. l. Staatsbahnen sind noch keine Erholungsurlaube für Arbeiter eingeführt, bei der Südbahn sind sie bereits eingeführt. Die Südbahn hat den Provisionsfonds eingeführt, und die jetzt schwer empfundenen Nachzahlungen werden überdauert werden.

Zum Verständnis der in einem Elaborat zusammengestellten Anträge sind folgende Ausführungen notwendig: Die wichtigste Frage, die gegenwärtig die Werkstättenarbeiter bewegt, ist die Stabilisierung, die gewiß von 95 Prozent der Werkstättenarbeiter angestrebt wird. Damit auch die Arbeiter der verstaatlichten Bahnen davon in Kenntnis gesetzt werden, wie früher bei den f. l. Staatsbahnen stabilisiert wurde, und um dieses auch vor der Öffentlichkeit festzustellen, haben wir im „Eisenbahner“ den diesbezüglichen Erlaß der ehemaligen Generaldirektion der f. l. Staatsbahnen zum Abdruck gebracht. Die Grundsätze, nach welchen früher stabilisiert wurde, müssen auch heute noch als gute angesehen werden, und zwar:

daß 80 Prozent der Arbeiter zu stabilisieren seien, daß durch die Stabilisierung niemand einen Schaden erleiden dürfe, daß Differenzbeträge nicht abgerundet, sondern immer aufgerundet werden müssen, daß die Uniform nicht angerechnet sei, daß die Hilfsarbeiter und Kesselschmiede als Werkstättenarbeiter zu stabilisieren seien und daß die damals vom Affordverdienst in ein Fixum umgewandelten unteren Löhne die Grundlöhne für die Zukunft bilden sollen.

Nicht ganz einwandfrei kann der Grundsatz bezeichnet werden,

daß der Lohn der zu Stabilisierenden bereits jene Höhe erreicht haben soll, dessen 300fachen dem Anfangsgehalt und dem diesbezüglichen Quartiergeld zusammengekommen gleich kommt.

Wir stellen uns gegenwärtig auf den Standpunkt, daß auch gegenwärtig nach den Grundsätzen stabilisiert werden soll, die der seinerzeitige Präsident der f. l. Staatsbahnen, Wilinski, für die Stabilisierung festgesetzt hat. Wir müssen hierbei auch den einen nachteiligen Punkt in unsere diesbezüglichen Forderungen aufnehmen und die Stabilisierung mit dem 300fachen des zuletzt bezogenen Lohnes fordern. Von den für die Stabilisierung festgesetzten 80 Prozent sind gegenwärtig nicht 50 Prozent der Arbeiter stabilisiert und in den Werks- und Heizhauswerkstätten sinkt die Zahl der Stabilisierten bis auf 20 Prozent herunter. Darin zeigt sich die Gegnerschaft des Ministeriums und der Direktionen gegen die Stabilisierung. Unter Witzel traten die ersten Verschlechterungen der Stabilisierung ein. Es wurde nicht mehr mit dem 300fachen zuletzt bezogenen, sondern mit dem 300fachen letztjährigen Durchschnittslohn stabilisiert und die Uniform in den Lohn eingerechnet. Ein eigener Erlaß rundete die Lohnsummen unter 50 Kr. bei der Stabilisierung nach unten ab und dies gab Anlaß zu ungehörigen Manipulationen. Man rief einzelne Leute und forderte deren Zustimmung zu einer ungünstigeren Stabilisierung als zu der vorgeschriebenen. Von den einzelnen Grundsätzen des Erlasses Wilinski ist gar nichts mehr übriggeblieben, und gegenwärtig wird die Stabilisierung von den Dienstvorständen ganz nach ihrem eigenen Ermessen vorgenommen. Bei den Lohnhörschüssen in den Jahren 1905 und 1909 wurden einzelne Leute stabilisiert, ohne daß man auf die Lohnhöhe Rücksicht nahm, so daß diese Leute der ihnen zustehenden Lohnhöhe verlustig wurden und obendrein bei der Stabilisierung noch einen Schaden erlitten, so daß der Gesamtverlust auch in mehreren Jahren nicht ausgeglichen sein wird. Die Unsicherheit dieser Zustände schafft eine Erbitterung im Personal, da die Schädigungen schwer gefühlt werden. Wie ungünstig das starke Arbeitsangebot bei den Werkstätten der österreichischen Eisenbahnen auf die Lohnverhältnisse wirkt, sieht man in Gmünd, das in der zweiten Quartierstufe steht, während dessen Löhne die der letzten Stufe sind. Wenn es also heißt, daß die Löhne den örtlichen Verhältnissen angepasst werden, ist dies nicht richtig. Wir müssen unsere Forderungen betreffs der Anfangslöhne nach dem Grundsatz erstellen, daß der Grundlohn die Stabilisierung erreichbar macht. Die Lohnverhältnisse sind sehr verschiedenartig. In einzelnen Fällen tragen sie den Ansprüchen der Arbeiter auf die Höhe der Entlohnung Rechnung, in anderen nicht. Es lassen sich aber zwei Entlohnungsarten nebeneinander auf die Dauer nicht aufrechterhalten und man kann sich der Frage der Umwandlung des Affordes in stabilen Lohn nicht entziehen. Wären noch die Grundsätze Wilinski für die Stabilisierung in Gültigkeit, hätten die Arbeiter hierbei keine Schädigung zu befürchten. So ist aber viel Vorsicht geboten. Das Eisenbahnministerium und die Direktionen sind Gegner der Stabilisierung, und es zeigen sich schon Anzeichen dafür, daß man das feste Lohnsystem durchbrechen will. Dabei hat der Afford für Reparaturwerkstätten keinerlei Berechtigung. Es ist auch die Frage zu stellen, ob der indifferente Teil der Arbeiter der Abschaffung des Affordes das notwendige Verständnis entgegenbringt. Aus diesen Gründen ist die Behandlung dieser Angelegenheit eine sehr schwierige.

Genosse Somitsch besprach sodann eingehend die im nachstehenden zusammengeordneten Forderungen, die wir in dem Wortlaut zum Ausdruck bringen, in dem sie nach den Änderungen oder Ergänzungen erscheinen, die die Konferenz an selben vornahm.

## Forderungen der Werkstätten- und Heizhausarbeiter der österreichischen Eisenbahnen.

1. Durchführung einer gründlichen, den Verhältnissen wie den sachlichen Verhältnissen entsprechenden Regelung der Löhne, das heißt der Anfangs(Mindest-)Löhne wie der Löhne der älteren Arbeiter in der Weise, daß im mindesten die Anfangslöhne der

| Professionisten                                   |  |          |
|---|--|----------|
| in Orten mit 100 Prozent Quartiergeld             |  | Nr. 4-10 |
| " " " 80 " "                                      |  | 3-90     |
| " " " 70 " "                                      |  | 3-80     |
| " " " 60 " "                                      |  | 3-60     |
| in allen anderen Orten                            |  | 3-50     |
| die Anfangslöhne der qualifizierten Hilfsarbeiter |  |          |
| in Orten mit 100 Prozent Quartiergeld             |  | Nr. 3-60 |
| " " " 80 " "                                      |  | 3-40     |
| " " " 70 " "                                      |  | 3-20     |
| " " " 60 " "                                      |  | 3-10     |
| " " " 50 " "                                      |  | 3-       |

| die Anfangslöhne der Hilfsarbeiter    |  |          |
|---------------------------------------|--|----------|
| in Orten mit 100 Prozent Quartiergeld |  | Nr. 3-40 |
| " " " 80 " "                          |  | 3-20     |
| " " " 70 " "                          |  | 3-       |
| " " " 60 " "                          |  | 2-90     |
| in allen anderen Orten                |  | 2-80     |

beitragen. Die Löhne der älteren Arbeiter sind um den Betrag der Differenz zwischen den alten und diesen Grundlöhnen zu erhöhen.

2. Festsetzung einer bestimmten, für alle Werkstättenarbeiter gültigen Lohnvorrichtung, und zwar für Professionisten

vom Grundlohn fünfmal in Terminen von einem Jahr um je 20 Kr., sodann in Terminen von zwei Jahren um 20 Kr.

Für qualifizierte Hilfsarbeiter vom Grundlohn dreimal in Terminen von einem Jahr um 20 Kr., dreimal in Terminen von zwei Jahren um 20 Kr. und sodann in Terminen von drei Jahren um 20 Kr.

Für Hilfsarbeiter vom Grundlohn viermal in Terminen von zwei Jahren um 20 Kr. und sodann in Terminen von drei Jahren um 20 Kr.

3. Bei Verletzungen in eine andere Werkstätte mit höherem Grundlohn hat sich der Lohn um die Differenz zwischen den Grundlöhnen bei den Werkstätten zu erhöhen.

Bei Verletzungen in eine andere Werkstätte mit niedrigerem Grundlohn wird der Lohn nicht reduziert, jedoch kann die Lohnvorrichtung um die Differenz der Zeit, die zur Erreichung der nächst höheren Lohnstufe in der einen gegen die andere Werkstätte nötig ist, ruhen.

Bei Ueberstellung in eine Kategorie mit höherem Grundlohn erhöht sich der Lohn sofort um die Differenz des Grundlohnes der früheren zur anderen Kategorie.

Bei nicht dauernder Verwendung in Kategorien mit geringerem Grundlohn wird der Lohn nicht reduziert.

4. Für die Stabilisierung der Werkstättenarbeiter gelten folgende Grundsätze:

Vom Stande der gesamten Arbeiterschaft in jeder Werkstätte sind immer 80 Prozent stabilisiert, und zwar immer 80 Prozent von den Professionisten, qualifizierten Hilfsarbeitern und Hilfsarbeitern.

Die Stabilisierung erfolgt in jedem Falle auf Grund des 300-, beziehungsweise 365fachen des zuletzt bezogenen Tagelohnes ohne Anrechnung der Dienstkleider.

Bei der Stabilisierung darf niemand einen Schaden gegenüber dem 300-, beziehungsweise 365fachen des zuletzt bezogenen Lohnes erleiden. Differenzen sind immer durch Auf- und Abzug der Dienstkleider in die nächst höhere Gehaltsstufe auszugleichen.

5. Alle Professionisten, welche als solche in Verwendung sind, sind als Diener der Gruppe A zu stabilisieren. Die Professionisten, welche als solche in Verwendung stehen und schon in der Dienergruppe B stabilisiert sind, sind in die Gruppe A der Diener einzureihen.

Alle stabilisierten Professionisten sind, sofern sie als solche in Verwendung sind, in der Gehaltsstufe von 1400 Kr. in die Kategorie der Unterbeamten einzureihen, und zwar nach Abgleich der erforderlichen Prüfung.

6. Unter Geltung der in Punkt 4 angeführten Grundsätze sind die qualifizierten Hilfsarbeiter als Diener der Gruppe B zu stabilisieren. Die in der Gruppe C stabilisierten qualifizierten Hilfsarbeiter sind in die Gruppe B einzureihen.

Die Hilfsarbeiter sind, unter Geltung der in Punkt 4 angeführten Grundsätze, als Diener der Gruppe C zu stabilisieren.

7. Jenen Stabilisierten, welche bei ihrer Stabilisierung gegenüber dem 300-, beziehungsweise 365fachen des zuletzt bezogenen Lohnes eine Einbuße erfahren haben, ist durch Separatabanements, außertourliche Abanements oder auch durch Kürzung der Vorruhezeiten die Einbuße gutzuführen. In gleicher Weise sind jene zu berücksichtigen, welche am 1. Jänner 1909 stabilisiert wurden und bei welchen nicht beachtet wurde, daß sie zu diesem Zeitpunkt eine Regulierung, beziehungsweise Aufbesserung ihres Lohnes auf der Lohnregulierung erfahren hätten; in gleicher Weise ferner auch die, welche in gleicher Art bei den vorhergehenden Lohnregulierungen unberücksichtigt blieben.

8. Die Arbeiter der Werkstätten bei den verstaatlichten und bei den Privatbahnen sind nach folgenden Grundsätzen zu stabilisieren:

Jene Werkstättenarbeiter, bei welchen der Gesamtjahresverdienst den Anfangsgehalt, beziehungsweise das Quartiergeld der Diensteskatoren, in der sie stabilisiert werden, übersteigt, sind in jene Gehalts- und Quartiergeldgruppe einzureihen, die, ohne eine Einbuße herbeizuführen, dem Gesamtjahresverdienst entspricht.

Wenn der Endgehalt, beziehungsweise das Quartiergeld nicht hinreicht, um den Gesamtjahresverdienst des zu Stabilisierenden zu decken, ist derselbe — weil aus seinem höheren Verdienst die dementsprechende Qualifikation hervorgeht — in die nächsthöhere Diensteskatoren im Sinne des vorhergehenden Absatzes einzureihen.

Jenen Arbeitern, bei welchen trotz der Erreichung in die höhere Diensteskatoren der Endgehalt, beziehungsweise das Quartiergeld nicht hinreicht, den Gesamtjahresverdienst zu decken, ist der Uebertrag in Form einer Zulage, die nach der Lohnvorrichtung zu steigen hätte, zu bezahlen.

Jenen Arbeitern, welche im Zeitpunkt der Einführung der Stabilisierung bereits im Dienst stehen und noch nicht oder nicht mehr stabilisiert werden können, ist der Gesamtjahresverdienst ungekürzt in definitiven Lohn umzuwandeln, von welchem sie sodann nach der unter Punkt 2 festgesetzten Lohnautomatik vorzurücken haben.

Der Prozentsatz des Standes der Stabilisierten hat auch in den Werkstätten der verstaatlichten, beziehungsweise Privatbahnen 80 Prozent des Gesamtarbeiterstandes in jeder Werkstätte zu betragen.

Vor der Durchführung der Stabilisierung, beziehungsweise der Umwandlung des Gesamtjahresverdienstes in definitiven Lohn, sind für alle Werkstätten die Grundlöhne (Mindestlöhne) und die Lohnvorrichtungen im Einvernehmen mit den betreffenden Arbeiterausschüssen nach Punkt 1 und 2 festzusetzen.

Die nach dem Zeitpunkt der Einführung der Stabilisierung in den Dienst der Staatsbahnen eintretenden Arbeiter sind nach den im Einvernehmen mit den Arbeiterausschüssen erstellten Grundlöhnen, Lohnvorrichtungen, den jeweils bestehenden Stabilisierungsnormen zu behandeln.

9. Die Vorruhezeiten betragen in allen Dienerkategorien je zwei Jahre, und zwar bis zur Erreichung des Endgehaltes.

Ein Ausschuß oder eine Zurücksetzung von diesen Vorruhezeiten kann nur auf Grund eines Disziplinarkommissionspruches erfolgen.

10. Die Arbeitszeit der als Werkstättenarbeiter zu rechnenden Arbeiter in den Heizhäusern, Betriebsleitungen und Heizhausdepotposturen ist an Samstagen — unter Belastung einer auf das notwendige beschränkten Reserve — wie bei der Südbahn, um 12 Uhr mittags zu beenden.

11. Die Bezeichnung „Handlager“ — wie im § 5 der Arbeitsordnungen — ist in „Hilfsarbeiter“ umzuwandeln. Die qualifizierten Hilfsarbeiter sind nach ihrer Beschäftigung „Schloßer, Hobler, Räberdreher, Schlosserhelfer“ zu benennen. Gelehrte Schmiede sind nicht mit „Schmiedehelfer“, sondern mit „Schmiede“ zu benennen, Kesselschmiedehelfer



welche sich bereits zur Arbeit qualifizieren, als „Kesselschmiede“. Die Beförderung von höheren Dienstposten hat stets nach dem Dienstaltersstatus zu erfolgen.

12. Die Bediensteten sollen in der Reihenfolge der Dienstaltersliste mit Verlautbarung im Amtsblatt ein halbes Jahr vor dem Stattfinden ihrer Prüfung in Kenntnis gesetzt werden.

Den Definitiven sind die Fahrzeiten bei Exponierungen als Arbeitszeit anzurechnen.

In die Disziplinarcommission soll die Hälfte der Mitglieder durch das Personal gewählt werden.

Das Werkstättenpersonal soll in den Personalkommissionen durch je zwei Mitglieder vertreten sein.

Die Personalkommissionen und die Arbeiterausschüsse sind jährlich zweimal und die Arbeiterausschüsse, nicht getrennt nach Gruppen, sondern stets zusammen, das ist zu gemeinsamen Sitzungen einzuberufen.

An Stelle der aufgelösten Lokalarbeiterausschüsse soll das Vertrauensmännersystem anerkannt werden.

Gewährung eines kurzen Pelzrockes aus schwarzem Tuch nebst Tuchpaleto.

13. Einführung von genau spezifizierten und ausführlichen Lohnstarifen und Lohnautomatiken sowie klarer Bestimmungen über die Behandlung der Professionisten im Fabrikdienst und beim Kalttransport.

Gleichstellung der Arbeiter in den Signalwerkstätten, Gasanstalten und Elektrizitätswerken mit den Arbeitern in den Hauptwerkstätten.

Bei Voraussetzung der fachlichen Befähigung hat immer der dienstälteste Arbeiter Parteiführer zu werden und gleichzeitig in die höhere Lohnstufe vorzurücken. Bei der Einstellung von Führerlehrlingen soll der Dienstaltersstatus der Betroffenen maßgebend sein.

Die Ueberstundenarbeit ist mit 50 Prozent, Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit mit 100 Prozent Lohnzuschlag zu entlohnen; in gleicher Weise ist diese Arbeit den Stabilisierten zu entlohnen.

Als Ueberstunden gelten jene in der Zeit von 6 Uhr früh bis 8 Uhr abends über die Normalarbeitszeit geleisteten Stunden, als Nachstunden die Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr früh.

Bei Arbeiten aufreibender, gefährlicher und gesundheitschädlicher Art, wie in heißen Kesseln, Feuerbögen und bei ähnlichen, ist die Entlohnung um 100 Prozent zu erhöhen.

Professionisten, welche zum Jahrbienst zugezogen werden, sollen ihren Professionistenlohn auch bei diesem Dienst weiter beziehen.

Die Materialmagazinsarbeiter sind den Werkstättenarbeitern gleichzustellen.

Bei der Prüfung von Beschwerden über ungerechte Qualifizierungen sollen die Vertrauensmänner der betreffenden Werkstätte, beziehungsweise des betreffenden Heizhauses zugezogen werden.

Gewährung von Erholungsurlauben an alle Arbeiter im Ausmaß wie beim definitiven Personal.

Teilung aller Arbeiter mit je zwei blauen Arbeitsmonturen jährlich.

Einführung von Fahrlegitimationen zur Fahrt zum Regiepreis an alle Arbeiter nach einjähriger Dienstzeit. (Ausdehnung der Regielegitimationen auf die im Haushalt lebenden Eltern und unehelichen Kinder.) Den provisionierten Arbeitern und deren Angehörigen sind die Fahrbegünstigungen so wie im Aktivstand zu belassen.

Erweiterung des Bezugsrechtes von Freikarten.

Die beim Militär zugebrachte Zeit (ausgenommen die freiwillige Dienstleistung) soll in die Dienstzeit gerechnet werden, nach der Rückkehr vom Militärdienst soll in jedem Falle die Wiederaufnahme zumindest in jene Kategorie und mit jenem Lohn, in welchen der Betreffende vor dem Einrücken gestanden ist, erfolgen.

Für die bei der Waffenübung zugebrachte Zeit soll der Fortbezug des vollen Tagverdienstes gewährt werden.

Bei den Arbeitern soll wie bei dem definitiven Personal die Beirufung in bestimmten Fällen erst nach stattgehabtem Disziplinarverfahren erfolgen.

Gänzliche Abschaffung der Lantimen.

Gewährung eines Schuhpaars für alle Werkstättenarbeiter, welche im Freien arbeiten, und an Arbeiter, welche mit ägenden Flüssigkeiten, beziehungsweise Stoffen beschäftigt sind.

Schaffung von Waschräumen, Kleiderkasten, respektive Badkäufen und auch Unterkunftsräumen zum Einnehmen der Mahlzeiten und Trocknen der Kleider etc.

Lohnzuschläge haben wöchentlich zu erfolgen, und zwar unter Ausgabe von Lohnzetteln.

Ausfolgung von Handtüchern und geeigneter Seife an alle Arbeiter.

Endgültige Feststellung, ob die Professionisten und die dazu gehörigen Hilfsarbeiter in den Heizhäusern zum Werkstätten- oder Exekutivdienst gehören.

14. Den Kesselschmieden ist die Dienstzeit bei der Provisionierung so anzurechnen, daß ihnen für jedes Dienstjahr anderthalb Jahre gerechnet wird.

Herabsetzung der Zeit zur Erreichung der vollen Provision von 35 auf 30 Jahre.

Erhöhung der Krankengelder auf 90 Prozent.

Alle Anfälle im Eisenbahndienst sind nach dem Ausdehnungsgesetz von 1894 zu behandeln.

15. Diese Anträge, zumindest die wichtigsten, sind von den hierzu bestimmten Wiener Vertrauensmännern im Einvernehmen mit der Zentrale der Organisation zu einem ausführlichen Memorandum an das Eisenbahnministerium zu verarbeiten, in welchem die Lage der Werkstättenarbeiter der alten wie der verstaatlichten Werkstätten genauest dargestellt wird und in welchem auf Grund dieser Anträge Abhilfe verlangt wird.

Dieses Memorandum ist von der gewählten Deputation dem Eisenbahnminister zu überreichen und auf das beste zu vertreten.

16. Der 1. Mai ist als Feiertag zu erklären.  
(Schluß folgt.)

## Eine unerhörte Protektionsgeschichte.

Der Oberbauarbeiter Johann Zimmermann, der seit März 1909 im Bahndienst steht, hat Mitte Juni 1910 ein Gesuch um einen Bahnrichterposten bei seiner vorgesetzten Dienststelle vorgelegt. Er ist der Sohn eines Lehrers, hat ein paar Jahre an der Lehrerbildungsanstalt in Innsbruck herumgehummelt, mußte dann zum Militär einrücken, wo er es bis zum Oberjäger brachte, um wieder, aus christlicher Nächstenliebe verschweigen wir die Ursache hierfür, degradiert zu werden, hat dann 2 1/2 Jahre als Motormagenführer bei den städtischen Straßenbahnen in Wien gedient, ist dann in seine Heimat Böhls bei Innsbruck zurückgekehrt, wo er Mesner und Organist wurde, bis er zur Bahn ging.

Diesen Mann will nun der Stellvertreter des Innsbrucker Staatsbahndirektors, Herr Dr. Hugo Vergmeister mit aller Gewalt dem Herrn Reichs- und Landtagsabgeordneten Graf zuliebe zum

Bahnrichter machen, obwohl die Bahnhalterungssektion auf das oberwähnte Gesuch antworten mußte, es sei kein Bahnrichterposten frei und für den Fall eines eintretenden Bedarfs seien ohnehin genug Bewerber vorgemerkt.

Der Regierungsrat Dr. Vergmeister, ein Jurist, der keinen blauen Dunst davon hat, was man auf der Strecke von einem Bahnrichter an Kenntnissen verlangt und verlangen muß, der aber als Stellvertreter des Staatsbahndirektors in Personalangelegenheiten maßgebend ist, verfügte trotz der vernünftigen Einwendungen der Bahnhalterungssektion, daß innerhalb eines Monats aus dem Oberbauarbeiter Johann Zimmermann ein Bahnrichter zu machen sei und entschließt sich, im Laufe der diesbezüglich amtlich gewechselten Auseinandersetzungen nur widerwillig, diese Frist auf drei Monate auszudehnen.

Die Staatsbahndirektion Innsbruck hat mindestens 150 Vorarbeiter, die alle auf einen endlich freiwerdenden Bahnrichterposten sehnsüchtig warten. Es sind dies fast durchwegs erfahrene, tüchtige, in dem schwierigen und gefährlichen Dienst einer eingleisigen Gebirgsbahn erprobte Leute, die schon viele Jahre lang Vorarbeiter sind und vorher viele Jahre lang Oberbauarbeiter sein mußten. Diese sollen nun durch einen Grünling im Eisenbahndienst überholt werden. Zur vollständigen Illustration des Falles lassen wir die zwischen Oberinspektor Vergmeister und dem Abgeordneten Graf gewechselte Korrespondenz wörtlich folgen.

Das Schreiben, das der Abgeordnete Graf an Regierungsrat Dr. Vergmeister richtete, um für sein Protektionskind einen besseren Posten zu erlangen, lautet wörtlich:

Deutsch-Matrei, am 7. September 1910.

Euer Hochwohlgeboren!

Anschließend an die Besprechung vom 3. d. M., betreffend den Oberbauarbeiter Johann Zimmermann aus Böls bei Innsbruck, bin ich so frei, folgendes mitzuteilen:

Ich habe den Genannten im besprochenen Sinne geschrieben, ich erhielt dann die Antwort, daß er sehr bereit wäre, die Stelle eines Bahnrichters zu übernehmen, auf die Stelle eines Bahnwärters könne er sich jedoch nicht einlassen.

Soweit mir bekannt ist, der Mann unbescholten, verläßlich und mit den Bahnverhältnissen wohl vertraut. Darum möchte ich Euer Hochwohlgeboren inständig bitten, dieser Familie gütigst zu einer besseren Stellung verhelfen zu wollen. Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung zeichnet sich ergebenst

Johann Graf m. p.

Reichs- und Landtagsabgeordneter.

Hierauf erging an die f. f. Bahnhalterungssektion Innsbruck am 10. September 1910 der dienstliche Auftrag, über den Oberbauarbeiter Zimmermann zu relationieren.

Die Bahnhalterungssektion Innsbruck meldet am 5. Oktober 1910, daß über Zimmermann nichts nachteiliges bekannt sei und bezüglich seiner Verwendbarkeit, daß er in jeder Beziehung anständig, fleißig, verwendbar sei, so daß er zu allen im niederen Eisenbahndienst vorkommenden Arbeiten herangezogen werden kann. Seine Eignung als Bahnrichter könne nicht beurteilt werden, da er noch nicht als Vorarbeiter gedient hat.

Die Bahnhalterungssektion Innsbruck bekam hierauf am 11. Oktober 1910 den dienstlichen Auftrag, Zimmermann als Vorarbeiter zu verwenden und nach einiger Zeit über diesen zu berichten.

Dies berichtete Dr. Vergmeister dem Abgeordneten Graf mittels folgenden Schreibens:

Euer Hochwohlgeboren!

In Beantwortung des geschätzten Schreibens vom 7. September l. J. beehre ich mich, Euer Hochwohlgeboren zur gefälligen Kenntnis zu bringen, daß der empfohlene Arbeiter Johann Zimmermann probeweise als Vorarbeiter eingeteilt wurde. Wenn er sich die erforderlichen Kenntnisse eines Vorarbeiters angeeignet hat, so wird dessen Aufnahme als Ausfühlsbahnrichter bei eintretendem Bedarfe erfolgen.

Mit dem Ausdrucke u. s. w.

Dr. Vergmeister m. p.

Nicht lange darauf wendete sich wieder Graf brieflich an Dr. Vergmeister. Das Schreiben lautete:

Wien, am 24. November 1910.

Euer Hochwohlgeboren!

Zurückkommend auf das sehr geschätzte Schreiben, mit welchem mir Euer Hochwohlgeboren vor einiger Zeit in gütiger Weise mitteilten, daß der bisherige Oberbauarbeiter Hans Zimmermann zum Vorarbeiter avancieren werde, möchte ich mir nun folgende Mitteilungen erlauben.

Als ich gelegentlich der Tagung des Landtages in Innsbruck zum Hans Zimmermann kam, sagte dieser auf meine Frage, wie es ihm gehe, folgendes: Seine unmittelbare Vorgesetzten haben ihm erklärt, es sei gar kein Bedarf an Vorarbeitern, und wenn ein solcher wäre, sind ältere Arbeiter für eine solche Stelle da. Wie es scheint, hat der gute Mann für den Fall, als er zum Vorarbeiter avanciert, auch seine Kleider.

Euer Hochwohlgeboren! Es fällt mir gewiß nicht im Traume ein, mich in Angelegenheiten einzumischen, über die andere ihr gutes Recht haben, darüber zu entscheiden.

Allein bei dem Umstände, als ich weiß, daß Hans Zimmermann ein armer Familienbater, im übrigen jedoch ein nüchtern, talentierter und mit den erforderlichen Kenntnissen ausgestatteter Mann ist, möchte ich bittweise zu Euer Hochwohlgeboren kommen und nochmals ersuchen, den genannten Mann zu einer besseren Stelle zu verhelfen.

In der Hoffnung, keine Fehlschritte getan zu haben, zeichne ich mich in aufrichtiger Hochachtung und Verehrung als Euer Hochwohlgeboren ergebenst

Johann Graf, Abgeordneter.

Schon am 29. November 1910 erhielt die f. f. Bahnhalterungssektion Innsbruck nochmals den Auftrag, über die dienstliche Verwendbarkeit Zimmermanns zu berichten.

Diese berichtete am 3. Dezember 1910, daß Zimmermann, soweit als es seine angegriffene Gesundheit zuließ, zu Oberbauarbeiten herangezogen wurde, jedoch nicht als Vorarbeiter, da ihm hierzu die Kenntnisse vollständig mangeln.

Darauf wurde der Bahnhalterungssektion in geharnischtem Ton nochmals der strikte Auftrag erteilt, Zimmermann als Vorarbeiter zu verwenden, beziehungsweise einzuschulen, da bei aufrichtiger Leistung

dessen Aufnahme als Ausfühlsbahnrichter beabsichtigt ist. Nach Ablauf eines Monats, das ist bis 15. Jänner 1911, sei über das Ergebnis der Verwendung eingehend anher zu berichten.

Die Bahnhalterungssektion berichtete, daß sie den Zimmermann in einem Monat nicht zum Vorarbeiter ausbilden kann, am allerwenigsten im Winter, wo alle Bauarbeiten stocken. Dazu seien im Sommer mindestens sechs Monate nötig.

Hierauf erging neuerlich der Auftrag an die Sektion, in welchem die probeweise Verwendung Zimmermanns auf weitere drei Monate ausgedehnt wird, da bei zufriedenstellender Leistung dessen Aufnahme als Ausfühlsbahnrichter beabsichtigt ist.

So sehr sich also die f. f. Bahnhalterungssektion Innsbruck sträubt, aus Zimmermann im Sandum-drehen einen Bahnrichter zu machen, um dann nicht auf dessen Lebensdauer mit ihm das Gfrett zu haben, Doktor Vergmeister läßt nicht locker, er will unter allen Umständen dem christlichsozialen Abgeordneten Graf gefällig sein.

Während man es den organisierten Bediensteten auf alle Art erschweren will, sich durch Vertrauensmänner in einwandfreien Angelegenheiten vertreten zu lassen, weist eine f. f. Staatsbahndirektion ein derartiges Ansuchen, einen Arbeiter in ganz unerhörter Weise zu begünstigen, nicht nur nicht zurück, sie beeilt sich sogar, diesem prompt nachzukommen. Die Sache wurde von der Staatsbahndirektion Innsbruck sogar in einem beschleunigten Tempo betrieben, während man ruhig andere Bedienstete und Parteien auf die Erledigung ihrer Eingaben warten läßt.

Man soll uns nicht etwa einwenden, daß es sich nur um einen Bahnrichterposten und darum handelt, einem fränklichen, intelligenten Mann einen leichteren und besseren Posten zu verschaffen. Die Bahnrichterposten sind dünn gesät, im Vergleich zur Zahl der Bediensteten, die sich auf Erlangung eines solchen Anspruch erworben.

Wenn man einen der wenigen Posten den Bediensteten, die sich gewiß zumeist an Intelligenz mit dem Mesner Zimmermann messen können, vorenthält, begeht man nicht nur ein schweres Unrecht, man schädigt, dies zeigt schon das berechtigte Sträuben der Bahnhalterungssektion Innsbruck, die dienstlichen Interessen. Ehe die Staatsbahndirektion nicht hinreichend jene Leute versorgt, die in ihren Diensten invalid wurden, darf sie ferner protektionsweise auch nicht kranke Leute in ihren Bedienstetenstand aufnehmen, die über kurz oder lang die Versorgungsfonds belasten.

Wenn schon ein über die Grenzen seines Wahlbezirks hinaus ganz unbekannter christlichsozialer Abgeordneter, der Bauer Graf aus Mühlbach in Tirol, einen derartigen Einfluß auf eine f. f. Staatsbahndirektion auszuüben vermag — Graf kann zwar nicht orthographisch richtig schreiben, sich als Protektor bei den f. f. Staatsbahnen aufzuspielen, dazu ist der Bauer aus Mühlbach geistig genug — wie groß muß erst die von einflussreicheren christlichsozialen Abgeordneten bei Beförderung höherer Posten, angewendete Protektion sein. In welche Tiefen läßt die Protektionsgeschichte Zimmermann-Graf blicken!

Wir werden sehen, ob man nach diesen Aufdeckungen noch weiter wagen wird, das Protektionskind des Graf zu begünstigen.

## Inland.

**Die Ausschreibung der Neuwahlen.** Die Reichsratswahlen sind auf den 13. Juni, die Stichwahlen auf den 20. Juni 1911 anberaumt. Für Galizien und Dalmatien werden mehrere Wahltag festgesetzt; als letzter Wahltermin erscheint der 6. Juli, an dem in einigen Wahlbezirken Galiziens die allensfalls dort noch erforderlichen engeren Wahlen stattfinden sollen.

**Die Lokalbahnvorlage — eine Frozelei.** Vor kurzem wurde bekanntlich eine Lokalbahnvorlage angehängt; sie sollte das Zuckel sein, welches den Stiefelwischpatrioten die Bewilligung der durch ihre Zustimmung zu den Molochforderungen notwendig gewordenen Anleihen und neuen Steuern etwas verleiht. Wie ernst es der Regierung mit dieser Vorlage war, geht aus folgendem hervor: Vor einigen Tagen begaben sich nämlich schlesische Abgeordnete zum Ministerpräsidenten und Finanzminister, um über die Zurückweisung ihres Landes in der Lokalbahnvorlage Beschwerde zu führen. Wienerth tat sehr erstaunt und erklärte kurzerhand, daß von den in den Blättern publizierten Bahnbauten keine Rede sei, vor allem besteht kein Zusammenhang zwischen den Anleihen und dem Lokalbahnprogramm. Der Finanzminister erklärte noch deutlicher, er wisse nicht, ob er einem Lokalbahnprogramm überhaupt seine Zustimmung geben könne. — Es ist ganz zweifellos, daß die Nachricht vom Einbringen der Lokalbahnvorlage die Regierung verbreiten ließ. Damals galt es eben, den Stiefelwischpatrioten die Bewilligung der Molochforderungen zu erleichtern. Heute hat der Moloch, was er forderte. Und daß die Regierung nun erklärt, von Bahnbauten könne keine Rede sein, ist eben ein neuer Beweis, mit welchen Mitteln die glorreiche Regierung Wienerth arbeitet und was sie den bürgerlichen Stiefelwischpatrioten alles zumuten durfte.

**Ein interessantes nationales Geständnis.** Am 27. v. fand eine Konferenz der sogenannten „arbeitswilligen“ Parteien mit dem Ministerpräsidenten statt. Bei derselben hatte der deutschradikale Abgeordnete Pacher unter anderem gesagt:

.... daß er sich mit der Auflösung des Hauses nur befremden könnte, wenn die Regierung inzwischen von den ihr für die Zwischenzeit zu Gebote stehenden gesetzlichen Maßnahmen Gebrauch machen würde, um den Streit zwischen Deutschen und Tschechen ex officio im Sinne der nationalen Autonomie zu schlichten. Dieser Hinweis auf ein Ostroi erregte allgemeines Aufsehen. Sodann verwies Pacher auch darauf, daß die Auflösung für die bürgerlichen Parteien äußerst ungünstig wäre, da sie die Erledigung keiner einzigen Volksnotwendigkeit mitbringen.

Herr Pacher hat recht: Die bürgerlichen Parteien können ihren Wählern keine einzige erledigte Volksnot-



wendigkeit als ihr Werk repräsentieren. Nicht daß das Parlament gar nichts für das Volk geleistet hätte; es sind eine Reihe wichtiger Gesetze erledigt. Daß sie aber erledigt wurden, liegt nicht an dem guten Willen der bürgerlichen Parteien, sondern diese mußten dazu von den Sozialdemokraten förmlich gezwungen werden. Herr Bacher aber und die anderen deutschnationalen Abgeordneten haben wirklich sonst nichts getan, als Staatsnotwendigkeiten bewilligt und dem Volke unangenehme Lasten auferlegt. Wir glauben es also, daß er und seinesgleichen sich fürchtet, vor die Wähler zu treten.

**Gewerkschaftsbeamter und Reserveoffizier.** Der Redakteur des polnischen Textilarbeiterfachblattes, Ludwig Szalaszny in Leiden ist von der Ernennung zum Reserveoffizier deshalb ausgeschlossen worden, weil seine Beschäftigung nicht standesgemäß sei. Ob, wenn er ein gelbes Blatt als Fabrikantenförmlich redigieren würde, die Entscheidung auch dieselbe wäre?

**„Lieb Vaterland, magst ruhig sein.“** Nach dem Verichte eines Wiener Regierungsblattes haben sich bei der jüngst vom Ministerpräsidenten v. Wienerth im Modenaball gezeigten Abendunterhaltung die Deutschradikalen mit den tschechischen „Erzfeinden“ ausgezeichnet unterhalten. In einem kleinen Salon, wo die deutschradikalen Abgeordneten, so die Herren Wolf, Bacher, Stranek, Mühlwerth, Kroy u. i. w. vereint hatten, lud Abgeordneter A. S. Wolf den tschechischen Abgeordneten Udrzal ein, an seiner Seite Platz zu nehmen, was dieser auch in guter Laune tat. Diese Gruppe lockte aus den anderen Sälen zahlreiche Gäste herbei und einige deutsche Abgeordnete holten den Abgeordneten Doktor Kramarich und bewogen ihn, zur rechten Wölfs Platz zu nehmen. „Nun ist der deutsch-tschechische Ausgleich fertig!“ rief man lachend. Die Minister wurden eingeladen, in dieses gelobte Land der Zukunft einen Blick zu tun; sie kamen alle: Graf Stürch, Dr. Weiskirchner, Dr. Gochenburger, A. v. Baleski und schließlich auch der Ministerpräsident Freiherr v. Wienerth, der die Herren freundlichst begrüßte, sich ein Glas Champagner holte und mit den Freunden und Verbündeten einer halben Stunde lächelnd anstieß. Und nun sage noch einer, daß das ganze nationale Gaukelspiel, zu dem die Arbeiter die Staffage machen sollen, nicht ein elender Schwindel ist!

**Der unersöhnliche Kapitalismus in Oesterreich.** Trotz aller Unternehmungsklagen über schlechte Zeiten und unerträgliche sozialpolitische Belastung haben sich die österreichischen Aktiengesellschaften 1910 vermehrt wie noch nie: um 64 Gesellschaften mit 141.86 Millionen Kapital. Darunter sind 9 neue Banken, wovon wieder 6 tschechische und polnische und 42 Industriegesellschaften. Allerdings sind viele der Gesellschaftsgründungen nur die Erfindung des sichtbaren, persönlichen Kapitalisten durch die anonyme Gesellschaft. Die Banken beteiligten sich an 25 Gründungen mit 86.6 Millionen Kronen. Sehr erheblich sind die Kapitalerhöhungen: bei 60 Gesellschaften insgesamt 248.5 Millionen Kronen. In all diesen Investitionen haben den Hauptanteil die chemische und Petroleumindustrie, die Bauindustrie (eine einzige Unternehmung in Fzersdorf bei Wien ist in eine Gesellschaft mit 3.25 Millionen Kapital umgewandelt worden); den Bergwerksunternehmungen, die sich zum Teil in Gesellschaften m. b. S. umgewandelt haben, sind 2 1/2 Millionen neues Kapital zugeflossen u. i. w. Die Gesellschaften m. b. S. haben ihre Stammkapitalien um 11 1/2 Millionen erhöht, ebenfalls das Doppelte wie im Vorjahre. Es bestehen insgesamt 1100 Gesellschaften m. b. S. mit etwa 280 Millionen Kapital, und im Jahre 1910 haben die Personen der Kapitalisten und ihre Vereinigungen insgesamt 461.67 Millionen in der angeblich von der Arbeiterbewegung so schwer bedrohten Industrie investiert — mehr als das Doppelte des Jahres 1909. Es muß sich also doch lohnen!

## Ausland.

**Tödliche Unfälle in der Industrie und im Verkehr in England, 1910.** Die Gesamtzahl der tödlichen Unfälle belief sich in 1910 auf 4523, daher um 240 mehr als der Durchschnitt der fünf Jahre 1906/1910 betrug und um 450 mehr als im Jahre 1909. Die größte Zunahme in der Zahl der tödlich Verunfallten entfällt, verglichen mit 1909, auf Bergwerksbetriebe, und zwar belief sich das Plus an Toten bei der Arbeit „unter Tag“ auf 303.

Die Gesamtzahl der getöteten Seeleute belief sich in 1910 auf 1102; es ist dies eine Abnahme um 50 gegenüber 1909 und eine solche um 118 gegenüber dem Durchschnitt der fünf Jahre 1906/1910. 998 tödliche Unfälle ereigneten sich in 1910 auf Handelschiffen und 104 auf Fischereischiffen. Die korrespondierenden Biffern des vorangegangenen Jahres waren 1019, beziehungsweise 133.

Von den 1812 Unfällen mit tödlichem Ausgang im Bergwerksbetrieb in 1910 ereigneten sich 155 an der Oberfläche, 656 durch Abstürze, 234 Personen wurden durch Förderwagen u. dgl. überfahren, 500\* verunglückten durch Explosionen u. i. w. Die Zahl der tödlichen Unfälle war im letzten Jahre höher als in jedem der vorangegangenen Jahre, und überschritt deren Durchschnitt um 391.

Die Zahl der tödlichen Unfälle bei den Eisenbahnen (ausschließlich der Kontrahentenbediensteten) betrug 419 oder um 55 mehr als in 1909, aber um 14 weniger als der Durchschnitt der Jahre 1906/1910. Von den tödlichen Unfällen des Berichtsjahres ereigneten sich 384 direkt beim Verkehr, und zwar hatte von allen Kategorien die größte Anzahl derselben (90) das Streckenpersonal zu verzeichnen.

Von den 822 Fabriks- und Werkstättenarbeitern, welche in 1910 tödliche Unfälle erlitten, waren 15 Frauen, 2 Kinder, 86 jugendliche Personen und 719 erwachsene männliche Personen; die Gesamtzahl war um 122 höher als in 1909 und um 33 höher als der Durchschnitt der fünf Jahre 1906/1910. In der Textilindustrie ereigneten sich 82 tödliche Unfälle verglichen mit 64 des Jahres 1909, in der Metallindustrie

155 gegen 152 und beim Schiffbau 11 gegen 78 in 1909.

258 tödliche Unfälle (berichtet nach den Bestimmungen 1045 des Fabriks- und Werkstättengesetzes 1901) verteilen sich wie folgt: 136 ereigneten sich auf Docks u. (1909: 117) und 92 bei der Herstellung oder der Reparatur von Gebäuden (1909: 98).

Ein Vergleich der Unfallziffern in den verschiedenen Industrien, bei welchen die Zahl der in diesen Beschäftigten in Betracht gezogen werden muß, ergibt folgendes. Die Totenrate durch Unfälle in den verschiedenen Industrien betrug in 1910 für je 10.000 Beschäftigte:

|  | Durchschnittliche Totenrate durch Unfälle der 10.000 Beschäftigten |
|--|--|
| Seeleute . . . . .   | 46.1   |
| Verarbeiter . . . . .  | 14.2   |
| Steinbrucharbeiter . . . . .   | 10.3   |
| Eisenbahnbedienstete . . . . .   | 7.1  |
| Nicht Textil-, sondern andere Fabriks- und Werkstättenarbeiter . . . . . | 2.2  |
| Textilarbeiter . . . . .   | 0.7  |

Für alle angeführten Beschäftigungsarten . . . . 6.2

Allerdings sind diese Verhältnisfiguren nur schätzungsweise, da die genaue Anzahl der Beschäftigten nicht für jedes der in Betracht kommenden Jahre ermittelt werden kann. Die Industrien, welche in der Tabelle angeführt sind, beschäftigen nahezu 6.500.000 Arbeiter.

**Staatlicher Terrorismus gegen die deutschen Eisenbahner.** Am 26. Februar fand in Berlin eine Kundgebung der organisierten Eisenbahner statt, in der der Landtagsabgeordnete Genosse Ströbel zur Geschäftsordnung einige Worte sagte, nachdem das Wort zur Sache verweigert worden war. Wegen dieses Vorfalls wurde der Vorstand vor den Eisenbahnminister von Breitenbach zitiert, der dem Leiter der Versammlung im Wiederholungsfall die Entlassung androhte und ihn darauf aufmerksam machte, daß in Zukunft zu solchen Versammlungen nur Eisenbahnern der Zutritt gestattet werden dürfe.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Ein Unfall bei einem Bahnschranken.** Am 14. November 1910 kam es auf der Station Smiric bei Königgrätz in Böhmen zu einem Unfall. Unmittelbar bei der Station befindet sich eine Weichenüberführung, über welche regelmäßig verschoben werden muß. Am 14. November 1910 stieß nun bei einer Verschiebung eine Lokomotive mit einem Wagen zusammen.

Die Untersuchung wurde vorerst gegen den Wächter Josef Hynel geführt, weil er die Schranken nicht rechtzeitig geschlossen hat. Die Anklage wurde jedoch später gegen den Stationsaufseher Wenzel Hübl erhoben, mit der Begründung, daß Hübl den Wächter Hynel von der Verschiebung nicht verständigt hat.

Bei der in Jaroměř stattgefundenen Verhandlung rechtfertigte sich Hübl damit, daß er ursprünglich zwar die Verschiebung geleitet habe, aber als nachher das Signal für den Zug von Königgrätz kam, habe er sich auf die entgegengekehrte Seite der Station begeben, um die Revision der Weichen für den einfahrenden Zug vorzunehmen. In der Zwischenzeit geschah nun der Unfall. Es war ihm unmöglich, den Wächter von der Verschiebung, die in seiner Abwesenheit vorgenommen worden ist, zu verständigen. Eine solche Verständigung ist auch nicht üblich, da der Wächter bei der Weichenüberführung ständig Wache hält und vor jeder Verschiebung die Schranken schließt.

Der Stationsvorstand Heinrich Günter bestätigte, daß Hübl damals auf der entgegengekehrten Seite beschäftigt war und daß es höchste Zeit war, die Weichenrevision vorzunehmen, so daß Hübl nicht imstande war, den Wächter zu verständigen. Daraufhin fällt der Richter ein freisprechendes Urteil.

Den Angeklagten Hübl verteidigte über Auftrag des Rechtsanwaltes Dr. Alfred Reizner aus Prag.

**Wer ist der Schuldige?** Bekanntlich enthalten sämtliche Verkehrsinstruktionen der österreichischen Eisenbahnen die Vorschrift, daß ein Zug, der auf ein bereits von einem Zug oder von Fahrzeugen besetztes oder nur bis zu einem bestimmten Punkt benutzbares Geleise einfahren soll, wenn das Personal desselben nicht bereits in einer vorgelegenen Station hiervon verständigt wurde, noch vor der Station anzuhalten und dem Zugpersonal die durch die Umstände gebotene Weisung zu erteilen ist. Das gleiche schreibt die Instruktion vor, wenn es notwendig erscheint, die Einfahrt eines Zuges mit besonderer Vorsicht vorzunehmen zu lassen. In der Station Unter-Drauburg der Südbahn scheint jedoch bis vor kurzem diese Instruktionsbestimmung keinen Anklang gefunden zu haben. Denn sehr häufig wurden Züge, die auf ein besetztes Geleise der Station einzufahren hatten, weder in der Vorstation Präbali, noch vor der Einfahrt in die Station in geeigneter Weise verständigt. Da die Einfahrtsgelände eine scharfe Kurve beschreiben, konnte die Befehlsgebung des Geleises von dem Maschinenpersonal der einfahrenden Züge auch nicht in angemessener Entfernung konstatiert werden, so daß die Situation eine überaus gefährliche war. Diese Mißstände traten in einem Strafprozeß zutage, welcher zufolge Anklage der Staatsanwaltschaft Cilli gegen den Lokomotivführer Anton Pürer kürzlich durchgeführt wurde.

Am 5. August 1910 kehrte Pürer mit seiner Maschine von einem Verschubdienst aus Präbali nach Unter-Drauburg zurück. Er sollte auf das Geleise I einfahren und dasselbe auf der Pughöhe beim Krahn anhalten. Auf diesem Geleise stand aber der aus 88 Achsen bestehende Güterzug Nr. 474 bis ganz nahe an der Pughöhe. Pürer wurde weder in Präbali noch vor der Einfahrt in die Station Unter-Drauburg von dieser Situation verständigt und konnte, zumal er mit dem Tender voraus einfuhr, erst nach Befahrung der Weiche 15 etwa auf eine Distanz von 70 Metern den Güterzug bemerken. Er fuhr mit ziemlicher Geschwindigkeit in die Station ein und stieß an den Lastzug an, dessen letzter Wagen sich gegen den vorsehenden Wagen hob und einen heftigen Anprall verursachte, wodurch der in der Bremshütte des vorsehenden Wagens postierte Kondukteur Schalek eine Gehirnerschütterung erlitt. Die Anklage legte Pürer zur Last, daß er viel zu schnell gefahren sei, so daß er um zwei Minuten zu früh in der Station ankam. Insbesondere legte sie ihm zur Last, daß er die in die Ablenkung führende Weiche 15 gegen die Spitze mit einer Geschwindigkeit von weit mehr als 10 Kilometern befahren habe, wodurch der Unfall verursacht worden sei.

Bei der am 26. Jänner l. J. vor dem Kreisgericht in Cilli unter Vorsitz des Landesgerichtsrats Dr. v. Wenediger stattgehabten Hauptverhandlung verantwortete sich der von Dr. Leopold Ras aus Wien über Auftrag des Lo-

komotivführervereines verteidigte Angeklagte dahin, daß er nicht wissen konnte, daß der Lastzug Nr. 474 so nahe an der Pughöhe stehe. Wenn auch in der Regel die durch die Instruktion vorgeschriebene Verständigung des auf ein besetztes Geleise einfahrenden Zuges unterbliebe, so sei doch in solchen Fällen, wo das Geleise so nahe dem Haltepunkt des einfahrenden Zuges besetzt war, wenigstens eine Verständigung bei der Blockhütte vor der Weichenüberführung erfolgt. Aber auch diese Verständigung sei damals ausgeblieben. Er gab zu, daß die Weiche 15 mit einer Geschwindigkeit von 15 bis 16 Kilometern befahren habe. Die als Zeugen vernommenen Stationswächter Pritownik und Hübl gaben unter Eid an, daß Pürer mit einer auffallend großen Geschwindigkeit eingefahren sei, welche sie auf mindestens 20 Kilometer geschätzt haben. Deshalb hätten sie ihm auch vor der Weiche 15 Langsamsignale gegeben, welche jedoch nicht mehr genügt haben. Zeuge Assistent Fogl erklärte, daß Pürer um zwei Minuten zu früh eingefahren sei, gab jedoch eine Differenz als möglich zu. Er bestritt die Behauptung des Angeklagten, daß eine Verständigung des einfahrenden Zuges in jener Situation notwendig gewesen sei, indem er behauptete, daß dem Personal bekannt sein mußte, daß der Zug Nr. 474 täglich auf demselben Geleise steht. Als der Vorlesende das dem Angeklagten ungünstige schriftliche Gutachten zweier Bahnfachverständiger zur Verlesung bringen wollte, legte der Verteidiger Dr. Ras dagegen Verwahrung ein, indem er betonte, daß einer der Sachverständigen dem Verkehrsamt angehört, während der angeklagte Lokomotivführer ein Recht darauf habe, daß sein Dienst lediglich von Sachverständigen aus der Zugsförderung beurteilt werde. Der Verteidiger beantragte daher die Verurteilung der Verhandlung, welchem Antrag vom Gerichtshof nach längerer Beratung zwecks Anhörung neuer Zeugen und Vernehmung von Sachverständigen aus der Zugsförderung Folge gegeben wurde.

Am 20. Februar d. J. fand die verlagte Verhandlung statt, zu welcher Herr Oberinspektor Scholz, Vorstand des Heizhauses Wien II, und Maschinenkommissär Waiß als Sachverständige beigezogen wurden. Hierbei wurde der zur Zeit des Unfalls in Unter-Drauburg stationierte Stationschef Schneider als Zeuge vernommen, welcher gleichfalls die Anschauung aussprach, daß eine Verständigung des einfahrenden Zuges nicht notwendig gewesen sei. Der Zeuge gab über Befragen des Verteidigers zu, daß die Vorschrift bezüglich der Geschwindigkeit bei Befahrung der Weiche erfahrungsgemäß nicht eingehalten werden könne. Ueber Antrag des Verteidigers wurden hierauf die Lokomotivführer von Unter-Drauburg Strödel, Walter und Ras als Zeugen vernommen. Sie gaben übereinstimmend an, daß eine Verständigung des einfahrenden Zuges in Unter-Drauburg nur dann geübt wurde, wenn das Geleise sehr nahe bis zur Pughöhe besetzt war.

Sachverständiger Oberinspektor Scholz erklärte, daß es unbegreiflich sei, weshalb die instruktionsgemäße Verständigung bei der Einfahrt in die Station Unter-Drauburg unterlassen worden sei. Er betonte ferner, daß die zu große Geschwindigkeit, welche der Angeklagte bei Befahrung des Weichels angewendet hatte, im vorliegenden Falle nicht als unerlaubt zu betrachten sei, weil die bezügliche Vorschrift nur für Güterzüge gelte, während Pürer mit einer leeren Maschine gefahren sei. Die Mißstände in der Station Unter-Drauburg erfuhren durch den Sachverständigen eine treffende Kritik. Der Sachverständige Maschinenkommissär Waiß schloß sich diesem Gutachten an.

Nach Schluß des Beweisverfahrens erklärte der Staatsanwalt Dr. Pračič, daß er die Beurteilung, ob ein Verschulden des Angeklagten vorliege, dem Gerichtshof überlassen müsse.

Verteidiger Dr. Ras führte in längerer Rede aus, daß hier von einem Verschulden des Angeklagten keine Rede sein könne. Der Angeklagte habe nicht voraussehen können, daß der Zug Nr. 474 so nahe an den ihm bestimmten Haltepunkt stehe, weil eben die rechtzeitige Verständigung in instruktionswidriger Weise durch die Station Unter-Drauburg unterlassen worden sei. Hierdurch sei der Angeklagte in Eile gezwungen worden und habe nicht ahnen können, daß mit der von ihm eingehaltenen Geschwindigkeit eine Gefahr verbunden sei. Der Verteidiger beantragte daher die Freisprechung des Angeklagten. Nach längerer Beratung verkündete der Gerichtshof ein freisprechendes Erkenntnis, dessen Begründung sich den Ausführungen des Verteidigers anschloß.

Es ist interessant, daß sofort nach dem Unfall seitens der Bahnverwaltung die Verfügung getroffen wurde, daß die auf ein besetztes Geleise einfahrenden Züge vor der Station unbedingt anzuhalten seien. Wenn diese wichtige Vorschrift der Instruktion vor dem Unfall eingehalten worden wäre, so wäre dieser sicher vermieden worden. Wer ist also der Schuldige?

## Streiflichter.

**Jubiläum eines Parteiveteranen.** Ohne besonderes Geräusch in der Öffentlichkeit, feierte man am 1. April l. J. im Sitzungssaal des Ersten Niederösterreichischen Arbeiter-Konsumvereines ein bemerkenswertes Jubiläum. Der Jubilar, zu dessen Ehre sich das zu einer imposanten Größe aufgeschwungene Institut entschloß, stand zugleich auch an der Wiege der österreichischen Eisenbahnerorganisation, bei deren Gründung er als einer von den Alten, regen Anteil nahm. Genosse Franz Körmer feierte nämlich sein 25jähriges Vorstandsjubiläum, solange steht Genosse Körmer an der Spitze der genannten Genossenschaft, die sich unter seiner Leitung aus einer bescheidenen Verkaufsstelle, die zugleich die Zentrale war, zu einem imposanten Unternehmen der Arbeiterkraft entwickelte, das heute 38 Filialen zählt, seine eigene Dampfbäckerei, Molkerei, Kaffeebrennerei, Mästerei u. i. w. besitzt, und mit einem Millionenumsatz rechnat. In der ersten Zeit der Genossenschaft stand Genosse Franz Körmer noch als Sattler in der Werkstätte der k. k. Staatsbahnen Wien I. in Verwendung. Wie mancher der damaligen Zeit, mußte er, wenn er sein Tagwerk vollbracht hatte, seine freie Zeit im Konsumverein verbringen, um dort mit den übrigen Funktionären die Bureauarbeit zu verrichten, wofür noch die nötigen Kräfte gefehlt hatten. Körmer hat auch vor seinem Funktionsantritt die erste Organisation des Arbeitervereines der Sattler, Zimmer und Tischler als Obmann geleitet, welche unter seinem Vorsitz mit Heinrich Gehrke am 22. Februar 1885 in Wien, VII., Burgrasse, wegen des über Wien bestanden Ausnahmestandes aufgelöst wurde. Das vorhandene Vermögen wurde den beiden oben genannten Genossen „geschenkt“, die dasselbe wieder auf ihre Namen angelegt hatten. Es konnte daher nie einer ohne Einverständnis des anderen das Geld hebeln, welches dem neugegründeten Vereine im Jahre 1887 als Patentgeschenk zugute kam. Die Parteiarbeit war zu damaliger Zeit um so schwieriger, als Maßregelung auf Maßregelung erfolgt ist, und worunter so mancher zu leiden hatte. So war es nicht selten, daß Körmer in einem



Abend zwei Offiziersbesprechungen einleitete, denn nur auf diese Weise konnte die Fülle von Arbeit bewältigt werden. Es wurden kontinuierlich Besprechungen im kleinen und Versammlungen im größeren Stil abgehalten. So war Genosse Körner bei der Firma Lohner in Kondition gewesen, als bald darauf eine rege Bewegung unter den Bediensteten der betreffenden Firma entstand, welche ein Komitee für die Zusammenfassung sämtlicher Forderungen eingeleitet hatten. Das Resultat dieser Bewegung war selbstverständlich die Kündigung für Körner, der trotz aller Mühe keine Arbeit in Wien finden konnte. Dies veranlaßte ihn, Wien zu verlassen und Budapest als künftige Arbeitsstätte aufzusuchen. Nachdem aber dort bedeutend schlechtere Arbeitsverhältnisse herrschten als in Wien, so mußte sich Körner wieder dorthin entschließen, nach Wien zurückzukehren, um hier als fremder und zugereister Sattlergehilfe Arbeit bei der Firma Armbruster zu erhalten. Kurze Zeit darauf gelang es Körner in die Werkstätte der k. k. Nordbahn zu gelangen, wo die Agitations- und Organisationsarbeiten mit unermüdlichem Eifer besorgt werden konnten. Ab 1876 bis 1908, also durch 32 Jahre war Körner mit drei unfreiwilligen Unterbrechungen in der Werkstätte der Westbahn bedienstet, von wo die eigentliche Vereinstätigkeit der Sattlerorganisation bis zu ihrer Auflösung (1885) währte. So war am Anfang seines Dienstalters eine Kündigung von sieben anderen ganz unbeteiligten Kollegen erfolgt, um ihn, als den im Rang nach den acht ältesten Bediensteten, zu treffen. Es war nämlich schon damals von einer Verwaltung gern praktiziert worden, einen Menschen, der nicht anderes verborgen hat, als sich politisch oder gewerkschaftlich betätigt zu haben, „wegen Arbeitsmangel“ zu entlassen. Durch die wiederholten Entlassungen hat natürlich Genosse Körner, wie so mancher der damaligen Periode, reichliche materielle Opfer für seine Ueberzeugung zu tragen gehabt. Genosse Körner, der dann als Mitbegründer der Eisenbahnerorganisation wiederholt auch hier verschiedene Funktionen bekleidete, darf somit mit gutem Rechte als ein alter, bewährter Parteibeteran, zu seinem 35jährigen Jubiläum beglückwünscht werden. Möge es ihm noch lange gegönnt sein, seine stille, aber fruchtbringende Tätigkeit fortsetzen zu können!

**Wohnungsmisere in Bielitz.** Bereits im vorigen Jahr haben wir in unserem Blatt auf die unerquicklichen Wohnungsverhältnisse auf den k. k. Staatsbahnen und der k. k. Nordbahn, besonders aber den Stationen Bielitz, Kraka und Podgorze hingewiesen.

Seit dieser Zeit haben die Bediensteten Deputation auf Deputation entsendet, die Organisation einmalig interveniert, geschehen ist aber bis heute gar nichts! Die Herren im Eisenbahnministerium, bei der Nordbahndirektion, haben ja Zeit, sie sind von der Wohnungsmisere in Bielitz nicht betroffen, und die Bediensteten? — Nun, die soll der Teufel holen, die sollen machen, was ihnen beliebt, wenn sie nur Dienst machen, dann ist es ja recht.

In der letzten Zeit bekam aber die ganze Angelegenheit ein anderes Bild und es scheint, daß bei dem Bau der Personalhäuser auch privatkapitalistische und sogar persönliche Motive mit im Spiel sind. Das gilt ganz besonders von dem Bau von Personalhäusern für Unterbeamte und Diener in Bielitz. Durch die Eingichtnahme in die Aktien und drüben sowie durch Rücksprachen bei den verschiedenen Interventionen glaubt man einen Faden gefunden zu haben, der von dem bekannten Saffar von allem, was nach Arbeit zieht, Herrn Kommerzienrat Josephi, bis nach Wien in die Nordbahndirektion führt. Hätte man sonst für die zweideutige Haltung der Nordbahndirektion in dieser Frage eine andere Erklärung?

Nach dem Bericht der k. k. Nordbahndirektion an das k. k. Eisenbahnministerium heißt es ausdrücklich, daß die Gemeinde Bielitz dem Ausbau von Personalwohnungen Schwierigkeiten in den Weg legt, angeblich darum, weil von der Kaiser Franz Josef-Straße, die vom Bahnhof in die Stadt führt und an welcher außer dem Monumentalbau des israelitischen Tempels, das „Hotel Kaiserhof“ und einige Villen, darunter auch die des Herrn Kommerzienrates Josephi, liegen, keine Kasernen erbaut werden dürfen. Nach der Eingichtnahme in die Aktien sowie nach der Rücksprache mit dem Herrn Bürgermeister von Bielitz, die am 3. März l. J. nach der großen Versammlung stattgefunden, wurde von einer Deputation von Bediensteten, an der auch die Genossen Dusek und Arbeiter teilgenommen haben, konstatiert, daß die Nordbahndirektion nie beabsichtigt hat, Personalhäuser für Unterbeamte und Diener an dieser Straße zu erbauen, sondern hierfür den der Nordbahn gehörigen Grund, welcher bei der Ausfahrt von Bielitz nach Dzieditz an dem Altbahnhof liegt, in Aussicht genommen. Nur die zwei Beamtenwohnungen, für deren Bau bereits die Bewilligung erteilt wurde, nachdem die Nordbahn versprochen hat, für entsprechende Kassabildung zu sorgen, werden erwähnt. Wie ist also der Widerspruch zwischen dem Bericht der Nordbahndirektion und den offenkundig festgestellten und durch Herrn Bürgermeister bekräftigten Tatsachen aufzuklären?

Der Grund, auf dem die Nordbahndirektion die Personalhäuser erbauen will, befindet sich bei der Ausfahrt nach Dzieditz, in Verlängerung der Kaiser Franz Josef-Straße, zirka 700 bis 800 Meter vom Bahnhofsgelände entfernt, am Fuße eines ziemlich steilen Abhanges auf einer nassen Wiese, am Ufer des Altbahnhofs gelegen. Bei Regenwetter sammelt sich das Wasser auf der Wiese und es entstehen Wasserläufe. Nachdem, wie Genosse Arbeiter in der Protestversammlung am 2. März 1911 in seinem Referat über die Finanzwirtschaft der Gemeinde Bielitz so trefflich ausgeführt, bei dem gegenwärtigen Tiefstand der Finanzen auf Jahre unmöglich sein wird, für die an dem erwähnten Grund erbauten Häuser die Straße, die Kanalisierung, die Gasbeleuchtung und Wasserleitung auszubauen, so müßten diese Personalhäuser auf Latrinen gebaut werden und ohne Wasser und Licht bleiben. Was das für die Männer bedeutet, in der finsternen Nacht in einem Meer von Not in oder aus dem Dienst nach Hause und am Bahnhof gehen zu müssen, was das für die Frauen bedeutet, ohne Wasser zu sein, das wird wohl jeder begreifen; was es aber für die Kinder der Eisenbahner bedeutet, in einer auf feuchtem Grunde erbauten Wohnung ihr Leben fristen zu müssen, bei schlechter und kalter Witterung den weiten Weg in und aus der Schule machen zu müssen, das begreift ebenfalls ein jeder Familienvater, der im Geiste schon sieht, wie seine Lieblinge dahinsinken, den Infektionskrankheiten preisgegeben sind. Nur die sehr hohe k. k. Direktion will es nicht begreifen, weil — nun weil sie einige Tausend Kronen für einen Baugrund erparrt.

Und um diesen Zweck zu erreichen, spielt sie mit dem k. k. Eisenbahnministerium als auch mit den Bediensteten eine unheilvolle Komödie. Die Direktion hat keine Ausrede, daß es an Baugrund mangelt würde, denn nicht nur an der Kaiser Franz Josef-Straße selbst gegenüber dem Bahnhof (Bahnhofvorplatz), auf den sogenannten Bahnhofsgründen, die, weil ihrer Lage wegen, etwas teurer sein dürften, sondern auch andere billigere Gründe sind zu haben; es sind dies die Wäldchengründe, die sehr günstig in der Nähe des Bahnhofes gelegen und um den Preis von 16 Kr. per Quadratmeter zu haben sind. Die Nordbahndirektion, beziehungsweise die Stadtgemeinde, die den der Nordbahn auf

der Kaiser Franz Josef-Straße gelegenen Grund zu Straßenverbreiterungszwecken eintauschen will, brachte nur zugunsten, um für die Bediensteten diese dringend notwendigen, gefunden Wohnungen herzustellen zu können.

Mit diesen Bauangelegenheiten hat sich eine im Junfthausaale abgehaltene Eisenbahnerversammlung am 2. März l. J. beschäftigt, in welcher die Genossen Arbeiter und Dusek referierten. In dieser Versammlung, die ungewöhnlich zahlreich und besonders von vielen Frauen besucht war, herrschte eine Kampfstimmung, und es sind Zwischenrufe gehört worden, welche die tiefe Erregung des Personals aufzeigten; diese Stimmung ist für die Eisenbahnerunternehmung sehr gefährlich, denn bei dem — besonders bei der Nordbahn — aufgeschauften Bündelstoff wäre es sehr leicht möglich, daß ein Feuer angefangen werden könnte, das in maßgebenden Kreisen sehr unangenehme Wirkungen auslösen könnte. Auch die beschlossene Resolution, die nicht nur der k. k. Nordbahndirektion und dem Gemeindevorstande, sondern auch dem k. k. Eisenbahnministerium übermittelte wurde, kann als warnendes Beispiel dienen. Die Resolution, die einstimmig und unter Beifall der Versammelten angenommen wurde, lautet:

„Die heute am 2. März 1911 im Junfthausaale tagende öffentliche Versammlung der Eisenbahner erhebt nach Anhörung der Referate die dringende Forderung, daß endlich der Bau der Bedienstetenwohnungen in Angriff genommen wird, damit die Leiden, denen die Eisenbahndiensteten durch die unerträgliche Wohnungsnot und den Wohnungsmangel ausgegesetzt sind, ein Ende nehmen.“

Die anwesenden Eisenbahner betonen, daß ihr Wohnungsinteresse zugleich im öffentlichen und im Interesse der Gesamtbevölkerung gelegen ist, und von diesem Gesichtspunkt ausgehend legen sie entschiedene Verwahrung dagegen ein, daß seitens der üblichen Stadtvertretung und einzelner einflussreicher Persönlichkeiten aus gesetzlich unzulässigen Gründen der Errichtung der Bedienstetenwohnungen durch das Eisenbahndar so schwere Hindernisse in den Weg gelegt werden, daß diese Bauaktion auf viele Jahre hinausgeschleppt, wenn nicht ganz unmöglich gemacht wird.

Gleichzeitig protestiert die Versammlung gegen eine eventuelle Aufführung der Bedienstetenwohnungen auf einem außerhalb der Stadt liegenden und sanitärwidrigen Grund. Die versammelten Eisenbahner sind fest entschlossen, den angenommenen Kampf um menschenwürdige Wohnungen bis zu Ende zu führen und würden auch vor dem äußersten Mittel nicht zurückschrecken, sprechen aber die Hoffnung aus, daß durch ein Entgegenkommen seitens der Gemeinde es so weit nicht kommen wird.

Wir hoffen, daß wenigstens das k. k. Eisenbahnministerium, das doch den Bielitzern das Versprechen gegeben, in Wäde entsprechende Wohnungen herzustellen, auch das Wort einlösen und die k. k. Nordbahn veranlassen wird, nach Klarstellung der Situation das Komödientpiel aufzugeben und mit Ernst und Eifer daranzugehen, der furchtbaren Wohnungsmisere in Bielitz ein Ende zu machen.

**Die Lage der Gepädträger.** Vielleicht an keiner Arbeitergruppe kann man die Gewissenlosigkeit der Christlichsozialen in der Vertretung der Eisenbahner so deutlich und klar veranschaulichen, als bei den Gepädträgern. Beinahe sämtliche Gepädträger schwuren treu zur Fahne der Christlichsozialen, sie haben bei allen Wahlen mit Aufopferung gearbeitet und diesen zum Siege verholfen. Sie haben den Christlichsozialen unzählige Male das Vertrauen ausgesprochen, sie haben ihnen das Mandat anvertraut, sie zu vertreten — aber was haben sie erreicht?

Prochazka und Kemetter, Geymann und Wueger haben schon vor zehn Jahren begonnen, den Gepädträgern die Stabilisierung zu suggerieren. Sie haben Versammlungen und Deputationen veranstaltet, Memoranden, Gesuche und Resolutionen probiert und verfaßt. Es wurden Artikel in das „Deutsche Volksblatt“ und in die „Oesterreichisch-ungarische Eisenbahnerzeitung“ lanciert, die damit prohierten, was alles für die Gepädträger errungen, wie ihnen geholfen werden muß — was aber haben die Gepädträger in der Tat erreicht?

Was heute nichts, gar nichts!

Und doch hätten die Christlichsozialen die Macht gehabt, für die Gepädträger alles das zu erreichen, was sie denselben versprochen haben, vor allem aber die Stabilisierung. Denn es ist Mittel, es ist Derzhatta, es ist weiters Wba und es ist schließlich auch Glombinski zu nennen, die den Christlichsozialen in jeder Beziehung entgegengekommen wären. Insbesondere haben sich doch die ersten drei zu dieser Frage vollkommen „wohlwollend“ geäußert. Aber es ist bloß bei dieser Weigerung geblieben. Seit Jahren schweigt es in dieser Regierungspartei, es schweigt Prochazka und Kemetter, das „Deutsche Volksblatt“ samt der „Oesterreichisch-ungarischen Eisenbahnerzeitung“. Seit Jahren schon schweigen sich Organe und „Vertreter“ grübelnd aus — nur die Gepädträger warten und hoffen. Sie warten und hoffen, ungeachtet des Umstandes, daß ihre Lage immer düsterer wird, da ihr Einkommen, in gar keiner Weise gesteigert, durch die Lebensmittelerhöhung und Mietsteigerung eher noch verringert wird. Und immer noch bleiben die Gepädträger den Christlichsozialen treu, weil — und das ist das Sonderbare — weil die Memoranden, die vielleicht längst schon unbarmherzig verstampft wurden, noch immer laufen, weil auf diese Memoranden noch kein — Bescheid zurückgekommen ist! Denn die Gepädträger haben wahrlich ein kindliches Gemüt. Sie glauben an die Programorgane der Stabilisierung mit einer Bähigkeit, so daß dies die Gewissenlosigkeit der Christlichsozialen um so krasser erscheinen läßt. Es ist in der Tat eine bewußte, mutwillige Verführung, einen solchen Glauben an eine Sache zu erzeugen, die nicht durchgeführt werden kann. Der Glaube, das Vertrauen der Gepädträger war so groß, daß sie es sogar verkauften, Vertreter in die Arbeiterausschüsse zu entsenden, so daß ihnen jedwede Gelegenheit fehlte, für die Verbesserung der Lage der Gepädträger auch nur selbst einzutreten. Auch das haben die Christlichsozialen und haben es stillschweigend geduldet. So entpuppt sich denn die ganze Unfähigkeit der Christlichsozialen, sich gewerkschaftlich zu betätigen und Erfolge zu erringen, weshalb sie darauf angewiesen sind, programmlos wie sie sind, alles zu einem wüsten Mißbrauch zu verpolitizieren und eine ins Ungeheure wuchernde Gaukelei zu treiben, ein Unternehmen, das als eine nichtswürdige Spekulation gebrandmarkt werden muß, durch welche sie allerdings die Stimmen der Gepädträger und diese selbst zu Mitgliedern des Verkehrsverbundes gewonnen haben, aber gewissenslos genug waren, für die Gepädträger nicht einmal eine Hand zu rühren!

Die Christlichsozialen haben nicht einmal vermocht, in Bezug auf die Entlohnung die Gepädträger zu ständigen, vollwertigen Arbeitern zu machen; sie haben an der unmenschlichen Arbeitszeit derselben gar nichts aussetzen oder zu verbessern gewagt; sie haben das Zerrbild, das durch das eigentümliche Verhältnis der Gepädträger zur Eisenbahn nach und nach entstand, niemals auszuweiten versucht, im Gegenteil, sie haben stets daran gearbeitet, den Gepädträgern den Irrtum aufzutrocknen, monach sich dieselben für eine höhere, bessere Kategorie dünkten, in Wahrheit aber tief unter dem Wagonsarbeiter stehen, da dieser doch längst ein geregeltes Dienst- und Lohnverhältnis hat. Die Gepädträger aber sind im Ruddle-Ruddle von Arbeitern, die selbst Stubenmädchen und Kellnerdienste verrichten müssen!

So wurden die Gepädträger von den Christlichsozialen verführt und ihre Lage präsentiert sich deshalb als eine elende, die immer mehr der Verelendung anheim fällt. Das alles kam wenigstens in der am 20. März l. J. stattgefundenen Gepädträgerversammlung im Hotel „Wesbachhof“ zum Ausdruck, sie selbst schilderten so die Lage, in der sie sich befinden. Sie haben auch beschlossen, einen Ausweg zu suchen und zu finden. Dieser Ausweg kann aber nur gefunden und betreten werden, wenn sie sich von einer Mißmachspolitik abwenden, sich rein gewerkschaftlich organisieren und das Trugbild der Stabilisierung verschleichen, indem sie sich zuerst zu ständigen, vollwertigen Arbeitern machen. Das zu erringen, ist vor allem notwendig. Dazu gehört aber Mut, Kraft, Aufklärung und Einheitslichkeit. Die Gepädträger der Südbahn mögen den Gepädträgern der Staatsbahnen zum Vorbild dienen. Ihre Lehre ist, daß die miserable Lage der Gepädträger nur durch das Eingreifen einer ehrlichen, gewerkschaftlichen Organisation gehoben und gebessert werden kann! H. S.

Nach Wiener-Neustadt. Schon lange hatte das Villacher Zugbeförderungspersonal nichts so sehnlichst erwartet, als die Entfernung des an Unkenntnis reichen und ungeredeten Heizhauschefs Dorisch. Endlich ist derselbe gegangen worden, aber auch schon zur allerhöchsten Zeit, denn hätte es auch nur noch eine kurze Zeit länger gedauert, dann wären wohl infolge des vollständig bankrotten Maschinenstandes im Verkehr Unstände erwachsen, die zu beseitigen, wohl nicht so leicht gewesen wäre. Ein Glück ist es daher für die Neustädter Kollegen, und selbstverständlich auch für die Maschinenleitung, daß das Wiener-Neustädter Heizhaus einen Werkführer besitzt, der in der Lage ist, eine Lokomotive in Stand zu setzen, sonst würden jetzt unter der Aera Dorisch die Anstände bei ihnen beginnen, so wie sich dieselben bei dem Villacher Personal trotz aller Aufmerksamkeit und Mühe ergeben haben, so daß sich das Maschinenpersonal zum Schluß fürchtete, mit einer Lokomotive aus dem Heizhaus zu fahren, da es nicht sicher war, in der nächsten Station, kaum 10 Kilometer, vom Domizilort infolge Ausschmelzen des einen in Reparatur gewesenem Lagers liegen bleiben zu müssen. Ja oft durfte man nicht einmal die Station Villach verlassen, sondern mußte eilig in das Heizhaus zurückkehren, so daß hier wohl das bekannte

„Herr Meiter, ich bin fertig, soll ich's fischen?“

am Platz gewesen wäre. Dazu kam noch, daß für diese Heizhauschlampe dieser „Vorgesetzte“ das Personal dann verantwortlich machen wollte.

Von einem richtig Schieberstellen war schon einmal gar keine Rede, trotz aller Vorstellungen seitens der Lokomotivführer und trotz aller Eintragungen im Reparaturbuch. Der Mann hat hier ruhig geachtet, wie der als Werkführer fungierende Kirchsteiger die Maschinen total verhungerte, so daß man einer Drehschlepppartie noch früher zuhören konnte als einem Auspuff einer derart „mit vereinten Kräften“ rekonstruierten — Lokomotive, die dann für den ganzen Maschinenverkehr und für alle in der Nähe befindlichen Personen gefahrbringend auf den Heizhausgleisen im „Gitzgustempo“ auf die Schieberstellung erprobt wurde.

Nun ist Dorisch nach Wiener-Neustadt versetzt, und scheint sich das Villacher Heizhaus unter dem neuen arbeitsamen und dem Anschein nach technisch tüchtigen Herrn Heizhauschef Ingenieur Willhad von dem vollständigen Maschinenreisen zu erholen. Uns aber erübrigt noch, die Wiener-Neustädter Kollegen zu bedauern. Hoffen wir, daß es ihnen besser ergehen wird.

**Die der Südbahnverbändler Hochenegger Mitglieder.** Herr Hochenegger greift bei seinen trampelhaften Bemühungen, seinem „Südbahnverband“ Mitglieder zuzuführen, zu recht gewagten Mitteln. Bei einer am Freitag den 10. März in einem Gasthaus am Margarethen Markt abgehaltenen Versammlung, bei der es Hochenegger besonders auf das Versubpersonal des Weidlinger Bahnhofes der Südbahn abgesehen hatte, versetzte er sich zu der Behauptung, er habe bei der letzten Bewegung auf der Südbahn bei der Generaldirektion die Herausgabe der Tragzeit der Tachluße für die Verschieber von 2 Jahren auf 1 Jahr durchgesetzt. Genosse Tomjisch aber habe diese Sache bei der Generaldirektion hintertrieben und in seiner Gegenwart erklärt, ihn, den Hochenegger, kümmere die Sache nichts, die Vertretung der Arbeiterinteressen sei nicht Sache des Hochenegger, sondern Aufgabe des Genossen Tomjisch. Die Generaldirektion der Südbahn, die schon die Verlautbarung dieses Zugeständnisses im Zirkularweg vorbereitet hatte, habe darauf dieses Zugeständnis zurückgezogen.

Wir erklären demgegenüber nur, daß die vom Herrn Hochenegger über ein derartiges Verhalten des Genossen Tomjisch in einer solchen Angelegenheit in die Welt gesetzte Behauptung vom Anfang bis zum Ende erlogen ist. Es kann sich bei dieser Sache nicht etwa darum handeln, daß Hochenegger falsch informiert wurde. Hochenegger behauptet, Genosse Tomjisch hätte ihm gegenüber erklärt, die Vertretung der Arbeiter kümmere ihn, den Hochenegger aber nichts. Das ist ebenso unwahr wie die ganze Sache selbst, zeigt aber, daß sich Hochenegger die Geschichte selbst erfunden hat und daß er wirklich Unwahrheiten verbreitet. Er muß es sich daher gefallen lassen, wenn wir ihn, den Herrn Hochenegger, den Präsidenten des „Südbahnverbandes“, hier öffentlich als Lügner bezeichnen. Hochenegger muß das Weidlinger Versubpersonal für ein sehr leichtgläubiges und naives Volkshalten, wenn er sich getraut, diesem mit derartigen Behauptungen zu kommen. Wenn er das Bedürfnis hat, sein Ansehen aufzufrischen, mag er nicht versuchen, dies auf Kosten anständiger Leute zu tun. Dies könnte ihm sonst noch schlecht bekommen.

**Zur Lage der Bahnerhaltungsarbeiter.** Trotzdem die Arbeiter- und die Zentralarbeitsausschüsse zu wiederholten Malen das Eisenbahnministerium sowie die Staatsbahndirektion auf die dringend notwendige Lohnaufbesserung und Regulierung der Löhne der Bahnerhaltungsarbeiter aufmerksam machten, wollen die maßgebenden Personen immer nicht begreifen, wozu ein derartiges Regime führen muß, vorausgesetzt, daß ihr Gewissen nicht rechtzeitig erwacht. Nicht zuletzt hat auch unser Fachblatt „Der Eisenbahner“ des öfteren auf die mißliche Lage dieser am schlechtesten gestellten Kategorie von Staatsbahnarbeitern hingewiesen, deren Löhne von Kr. 2.00, das Höchstmaß von 3 Kr. bei den älteren Arbeitern nicht übersteigen. Alle diese Vorstellungen konnten die Staatsbahndirektion nicht bewegen, der fast bis zur Verzweiflung führenden Not Gehalt zu bieten. Nicht genug an dem, müssen Arbeiter, wollen sie Aufnahme finden, eine Erklärung unterschreiben, nach welcher sie jederzeit entlassen werden können. Ferner müssen Leute, die auf Aufnahme reflektieren, ein Sittenzeugnis vorweisen und außerdem sich einer strengen ärztlichen Prüfung unterziehen. Also lauter gesunde, tüchtige und anständige Arbeiter verlangt man, denen man für alle diese Eigenschaften einen Schandlohn bezahlt, welchen sich kein noch so bormierter Privatausbeuter anzubieten getraut.

Wenn man nun bedenkt, daß Arbeiter nur in den Monaten März, April oder Mai Aufnahme finden, also zur günstigsten Zeit für das Arbeitsangebot in Privatbetrieben, und das mit dem Verwahrlosten arbeiten, im Herbst entlassen zu werden, so darf es nicht wundernehmen, wenn die



Staatsbahnverwaltung keine Arbeiter bekommt, die dieser anstrengenden Arbeit gewachsen sind. Verirren sich doch einige und beginnen mit der Arbeit, so sehen wir sie in einigen Tagen fluchtartig die Strecke verlassen, was gerade auf der Vorortelinie der Wiener Stadtbahn so häufig zutrifft, daß wir uns mit derselben eingehender befassen wollen.

Die genannte Strecke hat eine Länge von circa 10 Kilometern und besitzt drei Bahnhöfe mit größeren Geseleisanlagen, zu deren geordneten Instandhaltung 50 Mann nicht ausreichen würden. Statt dessen sind aber kaum 30 Mann beschäftigt, die sich folgendermaßen aufteilen: 3 Professionsisten mit 2 Helfern, 3 bis 4 Mann, die fortwährend substituitionsweise Verwendung in den Stationen finden, 8 ambulante Wächter auf systemisierten Posten, 1 Mann als Schreiber und Laufbursch und endlich 3 Mann in den Stationen zur Instandhaltung der Straßen und sonstigen Kommunikationen. Darnach verbleiben zur Instandhaltung einer doppelgleisigen Strecke von 10 Kilometern Länge kaum 15 bis 20 Mann, die, auf 3 Bahnhöfe verteilt — 1 Bahnhöflicher, 1 Vorarbeiter und 5 Mann; 1 Bahnhöflicher und 2 Mann; 1 Bahnhöflicher, 1 Vorarbeiter und derzeit 2 Mann — in der Stärke der Partien ein anschauliches Bild von der Erhaltung des Oberbaues auf dieser Strecke geben.

Man kann sich nun beiläufig vorstellen, welche kolossale Arbeitsleistung von den Leuten verlangt wird, die die Strecke so weit insland zu halten, um Unglücksfälle hintanzuhalten. Circa 60 bis 70 Kr. monatlich, das ist der Hungerlohn für diese aufreibende Arbeit und da ist es denn mehr als selbstverständlich, daß Arbeiter bei einem derartigen Lohn- und Arbeitsverhältnis, und weil sie der bittersten Not preisgegeben sind, die Arbeit verlassen, um sich anderweitig eine bessere Existenz zu gründen.

Obwohl der Bahnmeister dieser Strecke der Sektion des östlichen Vorstellens machte, daß Leute um den Lohn von Kr. 2.60 nicht zu bekommen sind und 3 Kr. für derartige Leistungen nicht zuviel wären, und obwohl man gegenwärtig auch keine Arbeiter mehr bekommt, wiewohl man 3 Kr. Anwartslohn zahlen würde, gefühlte sich Ingenieur Friedberger darin, Bahnwagenfahrern, die bis jetzt in der Nacht ausgeführt wurden, gänzlich aufzuheben, um auf diese Weise den Arbeitern noch die letzte Möglichkeit zu rauben, einige Kronen an Überstunden mehr zu verdienen und um damit Ersparnisse auf Kosten der Arbeiter zu erzielen.

Wir warnen den Herrn Ingenieur vor solchem Vorgehen, ehe es zu spät ist. Dadurch könnte ein großes Unglück heraufbeschworen werden, wo wir dann den Schuldigen gewiß finden würden. Bei dieser Gelegenheit wollen wir dem Herrn die Situation von Heiligenstadt ins Gedächtnis rufen.

Die geschilderten Umstände möge die k. k. Staatsbahndirektion untersuchen, ehestens die Lohnautomat und Arbeitsordnung herausgeben und eine neuerliche Lohnregulierung vornehmen, was gewiß nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch in dem der k. k. Staatsbahnverwaltung gelegen ist.

## Korrespondenzen.

**Hermagor.** (Von der Lokalbahn Arnoldstein-Hermagor.) Auf der Lokalbahn Arnoldstein-Hermagor haben die Oberbauarbeiter unter dem Regime des Bahnmeisters Gregoric viel zu leiden. Der Oberbauarbeiter kann sich bei seinem Lohn von Kr. 2.40 oder Kr. 2.60 nicht in der Station Hermagor eine Wohnung leisten, die 18 bis 20 Kr. monatlich kostet. Er muß sich eine Wohnung nehmen, die eine bis anderthalb Stunden von Hermagor weg ist. Es ist dann oft nicht möglich, daß der Arbeiter, wenn ein großer Schneefall eingetreten ist, um 7 Uhr früh am Arbeitsplatz sein kann. Es ereignete sich auch am 16. März, als in der Nacht über einen Meter hoch Schnee gefallen war, daß ein Arbeiter nicht um 7 Uhr früh am Platz war. Der Arbeiter mußte auf Geheiß des Bahnmeisters Gregoric acht Tage mit der Arbeit strafweise aussetzen und war so verhalten, mit seiner Familie acht Tage zu hungern. Bahnmeister Gregoric mag an die Zeit zurückdenken, wo er noch selbst Oberbauarbeiter war und sich nicht ein derartiges Strafrecht anmaßen. Eine derartige Vorgangsweise gegen die Arbeiter wird ihm keine Achtung eintragen. Die Oberbauarbeiter der Lokalbahn Arnoldstein-Hermagor aber sollen derartigen Zuständen gegenüber nicht untätig bleiben. Organisiert euch, Oberbauarbeiter der Lokalbahn Arnoldstein-Hermagor! Wenn ihr organisiert sein werdet, werden derartige Fälle gewiß nicht vorkommen.

**Komotau.** (K. k. Staatsbahn.) Am 1. Mai 1910 wurde in Komotau aus drei Lastzugpartien und der Reserve eine vierte Partie aufgestellt. Es fiel die Regiesahrt mit Zug 1032 Komotau-Ofegg und Zug 1085 a Wiesa-Komotau weg. Zug 1084 und 1079 wurden eingeschoben, ohne den Personalstand zu erhöhen. Bei drei Partien waren sieben Mann Reserve, bei vier Partien ist keine, wo doch ein Manipulationszug mehr im Turnus ist. Bei der Turnusaufstellung wurde versprochen, daß über Sommer das Stationspersonal ausliefert und für den Winterturnus vier Mann Reserve eingestellt werden. Bis Weihnachten wurde das Personal vergrößert, Reserve ist bis heute noch keine. Es mußten daher öfters leere Wagen zurückgelassen werden wegen Mangel an Reserve, obwohl die Wagen in Eisenberg dringend gebraucht wurden. Auch wird zu den Personenzügen 1014 und 1015 Ablösung und Verstärkung beigelegt. Bei dringenden Familienangelegenheiten, wie plötzliche Erkrankungen und Todesfälle, wird wohl Urlaub vom Herrn Dienstvorstand erteilt, doch kann kein Ersatz beigelegt werden. Die übliche Staatsbahndirektion wird dringend um Abschaffung dieser Unbilligkeiten ersucht, da es doch nur im Interesse der Bahnanstalt liegt, sich ein zufriedenes Personal zu schaffen. Wenn früher bei drei Partien sieben Mann Reserve sein konnten, so wird es doch auch möglich sein, bei vier Partien vier Mann Reserve aufzustellen.

**Villach.** (Nette Zustände unter dem Regime des Oberinspektors Mardl.) Villach, eine in jeder Beziehung emporstrebende Stadt, hat infolge der Erbauung der Tauernbahn einen Stationsumbau im großartigen Stile erfahren, der bis heute noch nicht vollendet ist. Dadurch gab es für jeden Bediensteten eine bedeutende Mehrarbeit, was auch von der Generaldirektion anerkannt wurde. Es bekamen vom Stationschef und vom Vauleiter angefangen bis herunter zum Verschleier jeder Mann eine „Memoration“, nur die Zugförderungsbediensteten dürften nach einem alten Ausspruch „nur ihre Pflicht“ erfüllt haben, da man für die außerordentliche Mehrarbeit, die zum Beispiel von den Wagenuntersuchern, welche über die Erdhügel bei der Untersuchung der Wagen herumtriefen mußten, geleistet wurde, keinen Heller an Remuneration übrig hatte. Als „Erfolg für die Memoration“ will Herr Oberinspektor Mardl den Wagenaufsehern bedeutende „Mehrarbeit“ aufhalsen, die bis nun von zwei Arbeitern geleistet wurde. Das ist die laufende Wagenreparatur, welche ohne Feuer gemacht werden kann, demnach alles, mit Ausnahme der Schweisung gerissener Zugachsen; und erfüllt ferner seinem Liebling Peter Wirtnil, der bis nun der Arbeit von fern mit Glacehandschuhen zusah, anderseits aber Kollegen, die ihren Dienst gewissenhaft und für ihn gemacht haben, durch falsche Angaben zu strafen verhalf, das ihm gegebene Wort und ernannte ihn zum Oberwagenmeister, womit natürlich die große Frage, einen siebenten Mann nach Villach zu geben, um den gestellten Anforderungen auch entsprechen zu können, zur Zufriedenheit seiner Herrlichkeit des Herrn Peter Wirtnil und des Herrn Oberinspek-

tors, vielleicht noch des unverantwortlichen, jeder Sachkenntnis und Selbständigkeit entbehrenden Herrn Heighausch's Ingenieurs Dorisch erledigt ist.

Ob sich aber von den zwei sogenannten Vorgesetzten einer die Frage vorgelegt hat, ob das, was man ab 1. März 1911 von den Wagenaufsehern verlangt, auch geleistet werden kann, ist eine andere Frage, und da sind nun die Wagenaufseher der Ansicht, daß das, was man von ihnen verlangt, schon mehr ins Ufgrauhe geht. Ein Zug kann eben nicht im Lauffschritt untersucht werden und ein Wagen ist nicht so geschwind repariert als ein Hase geschossen.

Daß es Herrn Dorisch nicht einfällt, über etwas nachzudenken, ob es möglich ist oder nicht, ist ja heute jedermann bekannt, auch kennt jedermann seine Praxis in der Straferteilung, und da ist es kein Wunder, wenn man, da man auch beim Inspektorat kein Verständnis findet, sich einfach gleich an die Maschinendirektion wendet, und da es eben nicht anders möglich ist, durch die Presse. Es ist schon lange her, wo man sich, um den Dienst verantwortlich leisten zu können, an das Inspektorat um einen siebenten Mann und Verbesserung des Turnusses wendete.

Nun wird der Revisionsposten in Unter-Drauburg aufgelöst, der eine Mann wäre da. Was macht nun das Inspektorat? Es ernannt sein Liebkind zum Oberwagenmeister, es bleiben wieder nur sechs Mann zur Arbeit, verlangt aber, daß die bis nun von zwei ständigen Arbeitern geleistete laufende Wagenreparatur von den Wagenaufsehern in der Dienstzeit, was eben vollständig unmöglich ist, geleistet wird. Wann und wie können nun bei dem kolossalen Verkehr in der Nebergangstation Villach, wenn auch noch die Wagenreparaturen gemacht werden sollen, die ankommenden und abfahrenden Züge ordnungsgemäß und verantwortlich untersucht werden?

Wie aber schaut es noch dazu mit dem jeder gesetzlichen Grundlage entbehrenden Dienstturnus aus? Bisher versahen sechs Mann den Dienst nach folgendem Turnus:

12 Stunden Dienst, 18 Stunden frei, 4 Stunden Dienst, 4 Stunden frei; 12 Stunden Dienst, 24 Stunden frei; 12 Stunden Dienst, 20 Stunden frei; 16 Stunden Dienst, 24 Stunden frei. Ab 1. März 1911 müssen statt sieben Mann wieder nur sechs Mann folgenden Dienst leisten:

12 Stunden Dienst, 12 Stunden frei; 6 Stunden Dienst, 6 Stunden frei; 12 Stunden Dienst, 12 Stunden frei; 12 Stunden Dienst, 30 Stunden frei; 18 Stunden Dienst, 24 Stunden frei. Der siebente Mann geht über Tags nach Erledigung der Rapporte (!) spazieren, hat keinen Nachtdienst, kurz und gut, er ist der Bevorzugte auf Konto der übrigen.

Da es nun bei einem Verkehr, wie der in Villach, unmöglich ist, das Verlangte zu leisten — es verkehren von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends nicht weniger wie folgende regelmäßige Züge an und ab (gesperrt gedruckt sind Lastzüge): 456; 456; 441; 422; 413; 408; 470; 467; Transit o; 415; 451; 414; 412; Fabrikzug; Transit d; 448; 459; 452; 417; 411; 418; 416; Transit e; 487 — so lehnen die Wagenaufseher jede Verantwortung ab, im Falle nicht die Direktion den Auftrag der Wagenreparaturenleistung zurückzieht und nicht mindestens einen Mann mehr für Villach einstellt.

**Vorderberg.** (Zur Berichtigung.) Der Herr Maschinenmeister Karl Finger hat es für notwendig gefunden, unsere Darstellung in Bezug auf Entlassung und Arbeitsniederlegung der Werkstättenarbeiter zu berichtigen. Unsere Darstellung beruht selbstverständlich auf Wahrheit. Es ist ganz nebensächlich, wenn Herr Finger berichtet, daß nicht er der Anordner der Sonntagsarbeit war, die Hauptsache ist, daß sie angeordnet wurde, was Herr Finger in der Berichtigung selbst nicht bestritt. Sondern er ist der Punkt 2 in der Berichtigung. Herr Finger sagt nämlich:

„Unwahr ist, daß die Arbeit für Sonntag ohne Dringlichkeit angeordnet wurde, wahr jedoch, daß weder Werkmeister Herr Soukup noch ich von der Veranstaltung eines Festes etwas wußten.“

Zu deutsch übersetzt heißt das: Finger behauptet, daß die Sonntagsarbeit dringlich war, weshalb sie angeordnet wurde; wenn aber Finger oder Soukup von der Veranstaltung eines Festes gewußt hätten, wäre die Sonntagsarbeit nicht angeordnet worden. Hiermit gibt Herr Finger schon im zweiten Punkt zu, was er im ersten bestritt, nämlich, daß er die Anordnung der Sonntagsarbeit nicht getroffen, beziehungsweise ganz ohne Kenntnis davon war, weil er nicht anwesend war. Es steht somit weiters aufrecht, daß die angeordnete Sonntagsarbeit nicht so sehr dringlich gewesen war, weil die beiden Maschinenmeister dann, wenn sie vom Fest etwas gewußt hätten, die Sonntagsarbeit nicht angeordnet hätten. Aber das alles ist ja nur eine Ausrede. Gerade deshalb, weil beide im Wunde mit Muzullini und Norbert Kastner von der Veranstaltung des Festes wußten, gerade deshalb wurde ja die Sonntagsarbeit angeordnet und für dringlich ausgegeben, die nicht dringlich war, wie die Berichtigung beweist!

Das schönste leistet sich jedoch die Berichtigung im vierten und fünften Punkt. Da wird bestritten, daß Psaab entlassen wurde und behauptet, daß Psaab vom Werkmeister bloß korrigiert wurde. Und er wurde nicht etwa deshalb korrigiert, weil er und alle anderen Arbeiter am Sonntag nicht gearbeitet haben, sondern weil er die Denunzianten geschmäht hat. Was für ein Feingefühl muß dieser Herr Finger haben. Die Abwesenheit der Arbeiter von der Sonntagsarbeit hat er, ohne daß er ihnen zürnte, ruhig „konstatiert“, aber die Schmähung, die, wenn sie am Ende gefallen ist, mit Recht gefallen ist, hat ihn entrüstet, er mußte also den Psaab „korrigieren“.

Die Berichtigung bestritt die Entlassung Psaabs und behauptet, daß Psaab erst dann entlassen worden sein soll, als er und einige andere Arbeiter den Norbert Kastner mißhandelten. Dieser Punkt ist ganz und gar unwahr. Die Entlassung Psaabs datiert von dem Moment, als Muzullini und Kastner behaupteten, Psaab hätte die Arbeiter von der Sonntagsarbeit abgeredet. Die berechnete Entrüstungs- und Verurteilung der Arbeiter gegen Kastner geschah einige Tage nach der Entlassung Psaabs.

Es muß also unsere erste Darstellung vollinhaltlich aufrechterhalten bleiben.

**St. Pölten.** (Bahnerhaltungssektion.) Am 24. März l. J. wurden sieben Mann Oberbauarbeiter entlassen. Grund wurde, wie üblich, keiner angegeben. Der Bahnmeister Büchler, welcher diese sieben Leute (durchwegs Deutsche) zur Entlassung beantragt hatte, obwohl sie bereits zwei Monate bei der Bahnerhaltungssektion in Arbeit standen, hat es übers Herz bringen können, die deutschen Arbeiter aufs Pflaster zu werfen. Es ist charakteristisch, daß die Deutschen so lange gebraucht werden konnten, bis die bestellten Kroaten eintrafen. Also Mangel an Arbeit kann nicht die Ursache der Entlassung sein. Andernfalls steht die Frage offen, warum hat man sie zwei Monate arbeiten lassen, wenn sie eventuell für die Arbeit nicht taugten? Oder konnte der Herr Bahnmeister Büchler nicht früher beurteilen? Letzteres können wir nicht gut glauben, weil Herr Büchler schon ein alter Bahnmeister ist. Wahrscheinlich ist diese Maßregel der Dank für den Durchfall, welchen Herr Büchler bei der Wahl in die Lokalkommission der Krankenkasse erlitten hat. Büchler ist ein Märtyrer seiner Beliebtheit unter den Bahnerhaltungsarbeitern und Oberbauarbeitern geworden. Er ist durchgefallen mit Pauken und Trompeten und hätte er nicht einen so gut entwickelten Stütz, so hätte er sich wahrscheinlich bei dem schrecklichen Sturz stark verletzt. Also kaum sind die Deutschen fortgeschickt, kommt ein Transport Kroaten, 62 Mann stark, von welchen bei der

ärztlichen Untersuchung 10 Mann als mit Trachom behaftet vom Bahnarzt Dr. Boudschka nicht angenommen werden. Welche Gefahr für die hiesige Bevölkerung durch diesen Import entstehen kann, kann man sich leicht ausmalen. Es fragt sich: Ist nicht die Möglichkeit einer Ansteckung vorhanden durch jene Kroaten, welche als gesund befunden wurden, jedoch mit den Kranken vor oder eventuell nachher in Berührung kamen? Was sagt zu dieser Sache der Reichsbund? Dann wenn wir ihm vorhalten, daß die importierten Kroaten per Tag 3 Kr. Lohn erhalten, hingegen die hiesigen deutschen Arbeiter bloß Kr. 2.20 bis Kr. 2.40 per Tag bekommen? Es gibt hier deutsche Arbeiter, welche bereits zwei bis sechs Jahre bei der Bahnerhaltungssektion arbeiten und erst Kr. 2.40 Tagelohn haben, während die Fremden sofort 3 Kr. erhalten. Ueberdies muß die Bahnerhaltungssektion den kroatischen noch mit dem gleichen Tagelohn entlohen; auch muß ihnen eine Parade aufgestellt werden und wird ihnen das Holz billiger als den hiesigen Oberbauarbeitern gerechnet. Alles dieses nimmt die Bahn in Kauf, wahrscheinlich aus Liebe zu den Deutschen. Ebenso rührt sich keiner von den fast durchwegs deutschen Beamten, welche der Kern der Ortsgruppe des Reichsbundes sind. Hier könnte der Reichsbund sich ein Verdienst erwerben, wenn er dafür eintreten würde, daß bei der Bahnerhaltungssektion St. Pölten nur dann deutsche Arbeiter entlassen werden dürfen, wenn wirklich Mangel an Arbeit ist. Aber auch hier ist es wie überall. Obwohl sie sich in ihren Konventikeln sowie im Dienst als Deutsche gebärden, so reicht doch ihr deutscher Mut für Taten nicht aus. Außer wenn es gilt zu verleumern (siehe den Artikel im „Deutschen Eisenbahner“ „Wie werde ich Magazinmeister?“). Trotz alledem geht es beim Reichsbund doch nicht vorwärts. Bei allem Wirken als Vorgesetzter kann die Schaar der „Botananten“ nicht vermehrt werden. Die allzu große Freundlichkeit, mit der man die Leute einfangen will, macht so manchen Stuß und die meisten sind doch nur deshalb beim Reichsbund, weil sie die Rache ihrer Vorgesetzten fürchten. Die Anhänger des Reichsbundes, insofern sie noch ein denkfähiges Hirn haben, verlassen bereits den Post der Deutschen, um sich den roten Vaterlandslosen Gesellen anzuschließen, wo man nicht marktreiferische Necke macht, auch keine Beamteneigenschaft erwirbt, aber eheilig im Kampfe den geraden aber einzig richtigen Weg geht.

**Mauthausen.** Oberösterreich. (Mißglückter Gipfelfang.) Frohen Mutes und voll Freude, nun endlich Gelegenheit zu haben, eine wahre Tat vollbringen zu können, fuhr kürzlich an einem Sonntag ein Herr Strunz, Ortsgruppenleiter des christlichen Verkehrsverbandes in Steyr, nach Mauthausen, um hier auf Grund von Vereinbarungen mit einem vermeintlichen Gefinnungsgegnossen eine Eisenbahnerversammlung abzuhalten. Der edle Mann verfolgte mit dieser Fahrt keinen geringeren Zweck, als die hiesige starke sozialdemokratische Eisenbahnerorganisation zu vernichten und an ihre Stelle eine unbefriedigbare Mameludenorganisation des Verkehrsverbandes zu setzen.

Solche Pläne im Herzen tragend, betrat Herr Strunz das Versammlungslokal bei den „drei Kronen“, wo ihm manch auffällige Dinge, die von Menschen, welche ihre fünf Sinne beisammen haben, nicht übersehen werden können, zu bedenten hätten geben müssen. Herr Strunz aber bemerkte in seiner überschwänglichen Freude nichts von diesen Dingen.

Als sich nun bis circa 10 Uhr vormittags eine ziemlich große Anzahl Eisenbahner eingefunden hatte, eröffnete der hier schon ausserordentlich Kollege Koppeler die 2. Versammlung. Nachdem er — ganz selbstverständlich — auch zum Vorsitzenden gewählt worden war, erteilte er zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Zweck und Nutzen des Verkehrsverbandes“, Herrn Strunz aus Steyr als Referenten das Wort, der gleich eingangs seiner Ausführungen sagte, daß er kein gewiegter Redner sei, was er aber hier vorbringe, meine er recht aufrichtig. Es sei notwendig, auch hier endlich einmal zu sagen, was der Verkehrsverband schon alles geleistet hat für die gesamten Eisenbahner, obwohl es noch weitere zehn Vereine der Eisenbahner gibt, die aber alle nichts ausrichten. Am wenigsten leistete die rote Organisation. Dann kam die allen christlich-sozialen Rednern gefällige Schimpfrede über die Sozialdemokraten und das überflüssigste Lob über den Verkehrsverband. Nachdem Herr Strunz so ungefähr eine halbe Stunde alles mögliche tolle Zeug dahergeschwätzt hatte, schloß er seine „Rede“ mit der Aufforderung an die Anwesenden, recht zahlreich dem Verkehrsverband beizutreten. (Ironischer Beifall.)

Ueber Aufforderung des Vorsitzenden meldete sich Genosse Schart zum Wort, welcher unter lautem Beifall der Versammelten mit Herrn Strunz und den Christlichsozialen gründlich abrechnete. Nach dieser Strafpredigt beilegte sich Herr Strunz, den Saal zu verlassen, wobei ihm als Abschied brausendes Händeklatschen und Gelächter über seine wirklich ungläubliche Dummheit und mißlungenen Schimpfsang nachtönte. Nichts für ungut, Herr Strunz, wenn noch recht oft über Ihren Ausfall herzlich gelacht wird!

**Frankensfeste.** (Todesfall.) Herr Bahnarzt Doktor Johann Beer aus Brigen ist, nachdem er sich innerhalb einiger Monate zweimal einer Magenoperation unterzogen hat, am 23. März in Innsbruck seinen Leiden erlegen. Nabegu bis zur letzten Stunde aktiv, dürfte der Dahingegangene für seine eigene Person wenig Zeit erübrigt haben. Sein Leben galt nur anderen; sicher die ideale Leistung, welche ein Sterblicher zu vollbringen vermag. Das Bahnpersonal des Sanitätsbezirktes Brigen verliert in Dr. Beer einen Arzt, wie ihm ein zweiter vielleicht nicht wieder beiseiden sein dürfte. Doktor Beer war tüchtig und erfahren in seinem Berufe und er kannte keinen Unterschied bei den Patienten. Ihm war jeder Kranke eben nur ein Kranke, und als Maßstab für die angewandte Sorgfalt in der Behandlung Kranke galt nicht etwa die dienstliche Stellung des Patienten, sondern einzig nur die Art der Krankheit. Dabei verlangte er auch nicht, daß der Bedienstete, um von ihm als krank anerkannt zu werden, fozusagen schon auf dem Sterbebette liege. In dieser Erkenntnis ließ sich Dr. Beer auch durch niemand irren machen, und noch viel weniger konnte er sich dazu verleihen, etwa die Art der Erkrankung eines Bediensteten oder die Dauer der Krankheit durch jemand anderen bestimmen zu lassen. Wenn Doktor Beer in letzter Zeit seine Aufgaben nicht mehr so ganz zu erfüllen vermochte, so wissen die Eisenbahner dies ganz folgerichtig auf sein hohes Alter sowie auf sein schweres Leiden zurückzuführen. Gewiß ist jedoch, daß der Großteil der in Betracht kommenden Bahnbediensteten dem Dahingegangenen, der ihnen durch sein Mitgefühl zum wahren Freunde geworden, ein ehrendes Andenken bewahren wird. Möge er, der den Leidensbecher zur Gänze geleert, im Schoße der Ruher Erde die wohlverdiente Ruhe finden.

**Brannowitz.** In der Station Brannowitz steht ein Regieschloßschuppen, welcher so ungünstig angelegt ist, daß er zu einer Menschenfalle werden kann. Um zu diesem Schloßschuppen zu gelangen, muß man fünf Geleise überschreiten. Bei diesem Schuppen findet zweimal des Monats die Kohlenfassung statt, wobei sich circa 30 bis 40 Pensionisten oder deren Angehörige und circa 20 bis 30 Eisenbahnbedienstete beteiligen. Die Kohle muß in Körben oder Säcken über sämtliche fünf Geleise getragen werden, um zur Zufahrtsschleife zu gelangen zu können. Nur einem glücklichen Zufall ist es zu danken, daß noch keiner durch Sturz über die Schienen verletzt oder von einem einfahrenden Zug überfahren worden ist.

Die Bediensteten bitten um baldige Verlegung dieses Kohlenschoppens auf die Zufahrtsschleife, wo genügend Platz vorhanden wäre, um dieser Menschenfalle zu entgehen.



**Bünauburg. (R. I. Staatsbahnen.)** Ein Stationsleiter wie er nicht sein soll, ist Herr Lorenz in Bünauburg. Dieser kleine Herr, welcher Stationsmeister geworden ist, an einem Tag, wo jemand nicht zu Hause gewesen sein muß, scheint sich der Direktion gegenüber auf eine recht kleinliche Weise bemerkbar zu machen, indem er das ihm unterstellende Personal in der niederträchtigsten Weise behandelt. Wie viele anständige und tüchtige Leute, welche sich wirklich Dienstleistungen erworben hatten, mußten seiner Eitelkeit halber ihren Dienstposten verlassen, um nicht ihre Zukunft bei der Bahn zur Wange zu verscherzen. Es ist so weit, daß er überhaupt niemand mehr belommt. Es kommt einem so vor, als wollte Lorenz tatsächlich nur solche Leute haben, welche zu allem fähig sind. Im Winter hatte die Station keine Kohle und die Arbeiter waren gezwungen, selbe von den Parteien zu stehlen, damit der Herr Leiter mit seiner Gemahlin und einigen anderen Herren und Damen in der Dienstkanzlei nicht erfroren. Und dabei sah die Kanzlei sehr oft einer Kneipe, aber keiner Kanzlei ähnlich. Die Fremdlinge amüsierten sich meist damit, daß sie die Dienstbücher studierten, und daß der Herr Stationsmeister nicht im Kartenspiel gestört war, beauftragte man Damen, Signale zu geben. Auch ist hier eine Firma, welche ein eigenes Recht hat, und zwar kann dieselbe Güter zu jeder Stunde bringen und aufgeben, und können im Magazin kommandieren nach Belieben. Daß sich Herr Lorenz um seine Station kümmern würde, gibt es nicht. So kommt es häufig vor, daß kein Petroleum da ist. Aber nun kommen wir zu einem Punkt, welcher an Niedrigkeit nichts mehr übrig läßt. Früher ging immer ein Bediensteter vom Magazin abhieren. Zum neuen Jahr kam die Schwägerin des kleinen Wernegroß, welche die Abisierung übernehmen mußte, diese bekam für ein Abisjo nach Wella 60 Heller, die Leute bekamen 6 Heller. Wie kommt denn das? Dies haben sich die Leute bis jetzt gefallen lassen, als dieselben aber sahen, daß man sie sogar betrügt, dann können auch wir nicht mehr ruhig zusehen.

So ist uns ein Schriftstück zugegangen, laut welchem eine Firma am 24. Dezember 1910 dem Herrn Lorenz 10 Kr. mit der Weisung übergab, dieselben an sein Personal zur Verteilung zu bringen. Jedoch haben die Leute bis heute noch keinen Heller erhalten. Sieht es denn von der Direktion niemand, daß ein solcher Mensch auf einen derartigen Vertrauensposten nicht gehört? Höchstens ist es, daß hier Nemedur geschafft wird.

**Willing. (Ein deutscher Agitator)** Weller Gattung die Gegner und Schädiger unserer Organisation sind, zeigt deutlich folgende Begebenheit. Am 18. März gedachte der als deutschnationale Rede bekannte Herr Krauger, Expositurleiter in Willing, mit dem ebenfalls treudeutschen Lokomotivführer Fereberger im Gasthaus Matting in Wilmshaus bei Willing. Um circa 1 Uhr nachts kamen der Lampist der I. I. St. W. Walner und der Magazinsaufseher Kristof hinzu, und ließen dort den Grammophon spielen. Darauf begannen Herr Krauger und Fereberger abwechselnd mit der Tür zu schlagen, und schließlich trug Herr Krauger den Grammophon ins Estradimmer, worüber sich Walner und Kristof aufhielten, da sie für mehrere Stühle schon bezahlt hatten. Auf dieses schrien Krauger gewarnt zu haben. Er sprach auf Walner zu und versetzte ihm wichtige Schläge auf Nase, Augen und Kopf unter den gemeinsamen Beschimpfungen. Die Schläge mußten mit einem harten Gegenstand geführt sein, weil Walner grüßlich zugerichtet war. Kristof wurde hinausgestoßen und dann erst mit den Füßen bearbeitet. Unter anderem hat Kristof eine starke Verletzung des Armes erlitten. Walner und Kristof wurden noch in der Nacht vom Arzt Doktor Ragoj verbunden.

Ein ehrendes Faktum für alle Expositurleiter, Maschinen- und Lokomotivführer, aus deren Mitte Herr Krauger hervorging. Wir finden es an der Zeit, daß Herr Krauger, der ohnehin viel Wut am Kopf hat, endlich von Willing entfernt wird und dadurch wieder sichere Zustände geschaffen werden.

**Czernowit. (Bahnerhaltung.)** In diesen Zeiten wollen wir diesmal die traffen Zustände im Bahnerhaltungsdienst in der Bukowina streifen. Eine einmalige verstärkte spezielle Auflage des „Eisenbahner“ würde nicht ausreichen, wenn man die wichtigsten Straffsysteme und Schikanierungen der Streckenwächter durch mittelbare und unmittelbare Vorgehens der I. I. Bahnerhaltungsektion, I. I. Exposituren und I. I. Betriebsleitungen beschreiben sollte.

Im Jahre 1910 wurde durch die I. I. Betriebsleitung Czernowit ein Strafverlaß herausgegeben, in welchem es heißt, daß beim Verschleßen der Züge die Streckenwächter mit folgenden Strafen belegt werden: und zwar beim erstenmal mit 2 Kr., beim zweitenmal mit 6 Kr., beim drittenmal mit 10 Kr. und beim viertenmal mit Disziplinaruntersuchungen. Vergessen wir nicht, daß mit jeder Ordnungsstrafe auch die Schnellzugspämien (2 Kr. monatlich) dem Streckenwächter genommen werden. Hier in diesem Falle hat ein spezielles Interesse der Herr Inspektor Wolaf, Bahnerhaltungsvorstand in Czernowit.

Erlasse werden doch herausgegeben, um ein Verständnis im Dienst zwischen Personal und Vorgesetzte auf vernünftige Weise herbeizuführen. Das Verfassen eines Erlasses ist deshalb keine leichte Sache, wenn man allen Anforderungen entgegenkommen soll. Wir verstehen, daß sich der Verfasser eines Erlasses nicht nur mit Kommando und Strafen befassen soll, er muß auch dabei bedenken, daß der Erlaß vernünftig und erzieherisch auf denjenigen wirken soll, für welche der Erlaß geschrieben wird.

Im oben zitierten Erlaß hat man alles, welches moralisch und erzieherisch auf die Streckenwächter wirken sollte, vernommen, dagegen Tür und Tor allen Eitelkeiten, Denunziationen und Schlechtigkeiten geöffnet. Sehr trasse Fälle haben wir schon gehabt, wo der Streckenwächter ganz ungeschuldig gestraft wurde, weil es die Nachkontrolle wollte und überhaupt hatte. In solchen Fällen nützt auch die stichhaltigste Rechtfertigung nichts, auf dem hektographisch geschriebenen Strafzettel ist ein Abjaß ersichtlich, wo es heißt: „Rechtfertigungen werden nicht berücksichtigt.“ In puncto Strafen ist der Herr Inspektor Wolaf in Czernowit sehr richtig und hat sich auf diesem Gebiete große Verdienste erworben. Sein Lieblingskind, der Gebäudemeister Schneider, treibt es ins Unglaubliche bei den Nachkontrollen, und will auf diese Weise Karriere machen; wir werden ihm auch zur Karriere helfen, aber auf eine andere Art.

Wir werden in Zukunft mit einem ausführlichen Material herausdrücken, um der Welt zu zeigen, welche Ungerechtigkeiten bei uns in der Bukowina noch Platz haben, die Standale, welche daraus entstehen werden, das wird das Verdienst einzelner Vorgesetzter im Bahnerhaltungsdienst sein.

**Meran. Die Meraner Zugbegleiter** wurden am 22. März mit einem neuen Turnus überrascht, welcher bereits am 23. März in Kraft tritt. Nachdem diese Dienstverteilung jedem Menschlichkeitsgefühl Hohn spricht und auch für das reisende Publikum eine Gefahr bedeutet, wenn dasselbe mit Bögen fährt, wo ein überanstrengtes Personal Dienst machen muß, ist es notwendig, daß die Öffentlichkeit es erfahre, um, wenn ein Unfall passiert, diejenigen zur Verantwortung ziehen zu können, die eine solche Dienstverteilung schaffen. 1. Tag: Von 7 Uhr 34 Minuten früh bis 7 Uhr 48 Minuten abends. 2. Tag: Von 8 Uhr 8 Minuten früh bis 9 Uhr 30 Minuten abends. 3. Tag: Von 7 Uhr 16 Minuten früh bis 10 Uhr 55 Minuten abends. 4. Tag: Von 7 Uhr

früh bis 10 Uhr abends. 5. Tag: Von 6 Uhr 50 Minuten früh bis 12 Uhr 20 Minuten abends. 6. Tag: Von 8 Uhr 55 Minuten früh bis 9 Uhr 28 Minuten abends. 7. Tag: Von 4 Uhr 40 Minuten früh bis 4 Uhr 10 Minuten nachmittags. 8. Tag: Von 4 Uhr 40 Minuten früh bis 7 Uhr 15 Minuten früh. Nun beginnt es wieder von vorne, so daß ein eigentlicher Feiertag überhaupt nicht vorgesehen ist. Wo sind da die geistlichen Vorschriften geblieben und wie kann man erwarten, daß ein so ausgebeutetes Personal den ohnehin strengen Dienst anstandslos versehen könne. Wir wenden uns an die Öffentlichkeit, da man bei der I. I. Staatsbahn kein Gehör findet, und hoffen auf diesem Wege einen Fahrtturnus, der direkt eine Gefahr für das Personal und die Reisenden bedeutet, aus der Welt zu schaffen.

**Friedel-Mistel.** Die Turnuszustände der Heizhausleitung Friedel-Mistel haben sich unter der Leitung des jetzigen Zugförderungsinspektors Herrn Winteritz so verschlechtert, daß sich die Notwendigkeit ergibt, die verfehlte Sparwirtschaft dieses Herrn einer Kritik zu unterziehen. In der Station Friedel-Mistel war ein Versuchslokomotivpersonalturnus (Verschiebturnus) mit drei Personal, welche einen Dienst von 12 Stunden und darauffolgende 24 Stunden frei hatten; weiters ein Versuchslokomotivpersonalturnus, welche das Verschieben in Tscheden verrichteten. Dieser Turnus war folgender: Die Lokomotive fährt um 4 Uhr 5 Minuten früh leer nach Tscheden, besorgt dort das Verschieben und fährt als Vorspann, beziehungsweise Nachschub mit Zug 2284 abends retour. Herr Winteritz dachte, hier könnte man das Friedel-Mistel und Tscheden Verschieben in einen Versuchslokomotivturnus geben und ein Personal wäre erspart. Personal hat dieser Herr wohl erspart, aber dafür mußte er die Lokomotive, welche früher mit Zug 2284 als Vorspann, beziehungsweise Nachschub benützt wurde, leer nach Hause senden, wodurch die Lokomotive um 9490 Kilometer im Jahre leer mehr macht; dadurch hat dieser Herr keine Ersparnisse gemacht, sondern einen Schaden verursacht, denn wenn Zug 2284 Nachschub braucht, so muß eine Lokomotive von Friedel nach Tscheden leer fahren. Also, eine Maschine fährt leer nach Tscheden, die andere fährt leer nach Friedel; so werden bei dem ständigen Mangel an Lokomotiven dieselben unnötig herumgejagt und das Personal mit einem mörderischen Turnus beteiligt, was aus dieser Zusammenstellung zu ergeben ist: Nach 12stündigem Verschieben folgen 24 Stunden frei; dann sind nach 12stündigem Verschieben 21 Stunden frei; dann nach 17stündigem Verschieben 10 Stunden frei; zum Schluß wieder 12 Stunden Verschieben. Das Lokomotivpersonal erklärt, bei so einem Turnus keine Verantwortung übernehmen zu können, was auch dem Herrn Heizhausleiter mitgeteilt wurde. Derselbe hat das der I. I. Nordbahndirektion berichtet, aber der Herr Zugförderungsinspektor Winteritz berichtete: „Es geht tabellös.“ Da von seiten der Direktion keine Milderung erfolgte, forderte das Personal den Vertrauensmann auf, bei der Direktion diesbezüglich zu intervenieren. Der Vertrauensmann erklärte der Direktion, daß man dadurch keine Ersparnisse erzielt, sondern nur Schaden zufügt; wenn man schon sparen will, so soll man die Lokomotive und ein Personal nach Tscheden ständig versetzen, da dort ein Heizhaus, Wasser, Kanal vorhanden ist. Durch diesen Vorgang wäre dann nicht nur ein Personal erspart, sondern noch 18.980 Kilometer leer. Die Herren versprachen, den neuen Turnus sobald als möglich durchzuführen. Anders war es mit dem Herrn Oberinspektor Winteritz. Der bekam wahrscheinlich eine Nase und war fürchterlich über unseren Vertrauensmann erbost, der die Unkenntnis dieses Herrn bei der I. I. Direktion bloßlegte. Dafür, daß der Vertrauensmann ein Personal und 18.980 Kilometer leer ersparen wollte, bekam er vom Zugförderungsinspektor eine Rüge. So einen Dank bekommt man, wenn man zweckentsprechend sparen will.

**Kornitz. (Mährische Westbahn.)** In der „Lidové Noviny“ erschien am 14. März ein Artikel, betitelt mit den Worten „Anarchie auf den Staatsbahnen“, wo man an der Schreibweise des betreffenden Artikels den Oberamtschiffen und Berichtsfatter der „Lidové Noviny“ (Organ der tschechischen Separatisten in Mähren) in Kornitz und seine Helfershelfer in Koiteile herausfindet. Diese Strauchritter haben sich zur Aufgabe gemacht, das Kameradschaftsgefühl der dortigen Bediensteten zu vernichten und sie gegeneinander auszuspielen. Wir haben uns die Mühe genommen und Erläuterungen über die unwürdigen Verhältnisse in Kornitz eingegossen und wollen einige trasse Fälle zur Beurteilung der Öffentlichkeit übergeben, um den guten Ruf des Personals der Station Kornitz zu wahren. Die Station Kornitz hat einen Personalstand von 16 Bediensteten, von der mehr wie die Hälfte der tschechischen Nation angehören. Seit Bestehen der Bahn haben sich diese Bediensteten, wo vielleicht der ganze Stand an Bediensteten drei- bis viermal durch Versetzungen erneuert wurde, stets rechtchaffen und zum Wohle und Nutzen der Bahn betragen. Niemals wurden Beschwerden bei der vorgesetzten Behörde über ungebührliches Benehmen gegenüber dem Publikum sowie dem unterstellten Personal geführt. Jetzt, nachdem der Herr Meister Schnahder die Station Kornitz mit seiner Persönlichkeit präsentiert, ist das gute Einvernehmen unter dem dortigen Personal verschwunden und an dessen Stelle ist nationaler Haß, Zwist und Parteilichkeit getreten. Als Gradmesser seiner angeblichen Bildung hat er sich den Streckenwächter Müller auserkoren, an dem er sich noch wegen dessen Indifferentismus gar manches erlauben kann. So hat er ihm im Wartesaal III. Klasse gegenüber dem anwesenden Publikum gedroht: „Man wird Sie festhalten“ oder „Man wird Ihnen den Kragen umdrehen“. Wir haben damals auf seinen Geisteszustand Rücksicht genommen, um ihn nicht mit den Vorgesetzten in Unannehmlichkeiten zu bringen. Wir können Herrn Schnahder nur raten, daß er sich zum Seffieren und Kragenumdrehen solche Leute aussuchen soll, die die Bezeichnung „Bratr“ tragen, an allen anderen dürften seine nationalen Fäuler starken Widerstand finden.

Daß unter solchen Verhältnissen das Dienstmachen in Kornitz zu einer unerträglichen Qual geworden ist, muß jeder rechtlich Denkende zugeben. So haben jene, die am meisten unter der nationalen Parteilichkeit gelitten haben, andere Hilfe in Anspruch genommen, nachdem sie das Vertrauen zum Vorstand als objektiv gerechter Vorgesetzter verloren haben. Auch bemerkt man, daß Bedienstete, die vor kurzer Zeit nach Kornitz versetzt wurden, die herrschende Parteilichkeit bis zur Genüge kennen gelernt haben und trachten, sobald als möglich der Station Kornitz den Rücken zu kehren. Auch legen wir hier dem Kondukteur „Bratr Dostal“ ans Herz, nicht in jedem Arbeiter einen Tschechenkreiser zu vermuten. An uns Arbeiter, die wir auf den Standpunkt der Internationale stehen, dürften ihre nationalen Gefälligkeiten den Vorauskommen und können sie sich bei den Genossen bedanken, daß sie so einsichtsvoll und nachsichtig waren, sie nicht vor die Schranken des Gerichtes zu zerren, wegen was, dürften sie wohl sehr gut wissen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß hier wieder das frühere gute Einvernehmen Platz greifen möge und der nationale Haß vollständig verschwinden wird. Dem „Bratr Michal“ teilen wir mit, daß er die Zerküpfung unserer Organisation nicht erleben wird und wenn er ein Methusalemalter erreichen würde.

**Abonnieren die „Arbeiter-Zeitung“.**

## Verjammlungsberichte.

**Bnaim.** Am 17. März wurde im Arbeiterheim eine gut besuchte Magazinsarbeiterverjammlung abgehalten, wo über Unterdrückung und Antreiberlei lebhaft geklagt wurde. Die trostlosen Zustände können auf die Dauer nicht mehr ertragen werden, und selbst der geduldige Arbeiter muß bei der unmenschlichen Behandlung und schlechten Entlohnung zur Erkenntnis seiner Lage kommen. Daß die gegenwärtige Erregung unter den Magazinsarbeitern nicht das Werk einzelner Heger ist, werden wohl auch jene Herren einsehen müssen, die immer bei derartigen Vorkommnissen von verbehten Arbeitern sprechen. Die I. I. Staatsbahndirektion würde gut tun, wenn sie den Bnaimer Magazinsarbeitern eine anständige Entlohnung und eine menschliche Arbeitsordnung bewilligen möchte, denn mit dem System der eifernen Faust wird sich die Bewegung unter den Bediensteten diesmal nicht unterdrücken lassen.

**Wiener-Neustadt.** In letzter Zeit fanden hier eine Anzahl von Verjammlungen der einzelnen Kategorien statt, wo über die statgefundenen Konferenzen Bericht erstattet wurde. So am 26. März eine Verjammlung der Magazinsarbeiter. Referent: Arbeiterausschußmitglied Nowa.

Am 27. März eine Verjammlung der Heizhaus- und Werkstättenarbeiter. Referent: Grassler.

Am 2. April eine Verjammlung der Kohlenarbeiter in Langenleichen, wo Genosse Schönherz referierte.

Sämtliche Verjammlungen waren gut besucht und wurden die Referate mit Beifall aufgenommen.

**Bischofshofen-Brigida.** Am 26. v. M. fand im Gasthaus „zur Dichtelsäge“ eine § 2-Verjammlung der Eisenbahner statt, die außerordentlich gut besucht war; auch von Außerselben waren Kollegen erschienen. Der Referent Genosse Mählberger brachte ein ausführliches Referat, das sehr begeistert aufgenommen wurde. Nach dem Referenten berichtete Bahnrichter Klaushofer über die Zugzustände an die Oberbauarbeiter, forderie zum Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation auf und gedachte in seinen weiteren Ausführungen auch der Schädlichkeit des Alkoholenusses, der die Kampffähigkeit des Arbeiters bedeutend vermindere. Genosse Celebini sprach über die Bestrebungen der Gegner, insbesondere über das Verhalten eines hiesigen Bahnrichters und seines Sohnes, eines Partieführers. Die Vollmachten zur Generalverjammlung am 25. v. M. mußten nämlich alle dem Bahnrichter Rangegger gegeben werden. Dieser Herr sagte schon im Vorjahre: Wer ihm die Vollmacht nicht gibt, kann sich bei eventuellen Abgängen bei der Lebensmittelförderung sein Recht suchen wo er will. Damit sich die Leute nicht organisieren, wurde im Herbst ein Gesangsverein vom hiesigen Lehrer Hysch gegründet, und wo die Kollegen durch den Sohn des Bahnrichters hingetrieben wurden. Dieser Sohn ist ein Vorarbeiter. Ehrenmitglieder dieses Vereines sind Herr Bahnmeister Bekar und Herr Signalmeister Gruber. Zum Schluß der Verjammlung brachte einige Genossen noch verschiedenes vor, worauf noch Genosse Mählberger zu einer theoretischen Abhandlung das Wort ergriff. Um 6 Uhr abends wurde diese interessante Verjammlung mit einem kräftigen „Vorwärts“ geschlossen.

**Bernhardthal.** Am 26. März 1911 fand in Bernhardthal eine Verjammlung der Blockwächter, Streckenbegeher und Schrankenwächter statt, in welcher gegen das Entziehen der dienstfreien Tage, welche bei der ehemaligen Nordbahn, und bisher auch bei der I. I. Staatsbahn, diesem Personal gewährt wurden, Stellung genommen wurde. Das Streckenpersonal erhebt Protest dagegen, und verlangt, daß ihm die bisher gewährten dienstfreien Tage insoweit unbenommen bleiben, bis der Dienstturnus (12 Stunden Dienst, 18 Stunden frei) auf allen Hauptbahnhöfen eingeführt ist.

Das Personalkommissionsmitglied Genosse Geller war durch Krankheit verhindert, in der Verjammlung zu erscheinen, und wurde sein, der Verjammlung eingehender Bericht über seine Tätigkeit in dieser Frage des Streckenpersonals, befriedigend zur Kenntnis genommen.

Bei dieser Verjammlung war deutlich zu erkennen, daß endlich auch dem Streckenpersonal ernstlich daran liegt, den Weg in die Organisation zu suchen. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute den 26. März 1911 in Donis Gasthaus in Bernhardthal versammelten Blockwächter, Streckenbegeher und Schrankenwächter erheben Protest gegen die Entziehung der dienstfreien Tage und drücken einstimmig das tiefste Bedauern aus, daß sie noch immer keinen menschenwürdigen Dienstturnus haben, trotz aller Vorstellungen, und Anträgen der Personalkommission, unter Hinweis auf den dichten Verkehr, die zahlreichen Betriebsausfälle und Verkehrsunfälle in der Strecke Floridsdorf-Lundenburg.“

Die Versammelten stellen an die I. I. Nordbahndirektion das dringende Ersuchen, den Dienstturnus (12 Stunden Dienst und 18 Stunden frei), auf allen Hauptbahnhöfen ehebaldig durchzuführen und den bestehenden Turnus, 16 und 12 beziehungsweise 16 und 8 Stunden sowie die Verwendung der Streckenbegeher und Schrankenwächter zum Grasputzen, Schneeschaukeln u. s. m. sofort abzuschaffen.

**Böckstein.** Am 26. März fand in Moitingers Gasthaus die Jahresversammlung der Zählstelle Böckstein des Allgemeinen Reichstages und Gewerkschaftsvereines statt. Nach Kenntnisnahme des Obmann- und Kassensberichts wurden die Neuwahlen vorgenommen. Ebenso wurde die Aufstellung von Kandidaten zu den demnächst stattfindenden Wahlen in die Arbeiterausschüsse vorgenommen. Sodann schloß der Vorsitzende Genosse Reith die Verjammlung. Anschließend an die Generalversammlung fand eine § 2-Verjammlung statt, in welcher Genosse Kaufmann aus Salzburg in einem einstündigen Referat über die neuen Militärlasten und die Besteuerung des arbeitenden Volkes referierte. Die anschließende Diskussion zeigte, auf welch fruchtbaren Boden die Worte des Referenten fielen. Auch diese Verjammlung zeigte, daß es keinen Winkel mehr gibt, wo nicht die Sozialdemokratie ihre Anhänger hat.

**Aussch. Am 25. März** sprach hier in einer gut besuchten Eisenbahnerverjammlung Genosse Hammerstorfer über: „Arbeit und Kapital“.

**Wien. (Oesterreichische Nordwestbahn.)** Am 25. März I. J. fand in Karlistags Restauration, XX., Naufersstraße 5, eine Magazinsarbeiterverjammlung statt, in welcher Genosse Stephan Fuchs als Delegierter der Magazinsarbeiterkonferenz den Bericht erstattete. Von der Zentrale war Genosse Franz Smoboda erschienen. Es wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die versammelten Magazinsarbeiter erklären sich mit den Beschlüssen der Magazinsarbeiterkonferenz voll und ganz einverstanden, fordern die Abschaffung des Affords und protestieren gegen die geplante neuerliche Ausdehnung des Affordsystems.“

## Aus den Organisationen.

**Frankenau.** Bei der am 3. April stattgefundenen Generalversammlung wurden gewählt: Anton Just, Obmann, Richard Sperl und Franz Dahm, Stellvertreter; Gustav Scharm, Schriftführer, Rudolf Scholz, Stellvertreter; Emil Zehl, Kassier, Wenzel Bauer, Stellvertreter; Rudolf Reichert, Bibliothekar, Wilhelm Zisch, Stellvertreter; Ignaz Rindermann, Revisor, Franz Hoffmann II, Stellvertreter; Heinrich Rohal, Albert Gitzel, Johann Meisner, Franz Leeder, Johann



Wiesner und Josef Trich, Ausschüsse; Karl Schleif, Franz Burda, Wenzel Taube, Reinhold Bischof, Josef Stierand und Anton Krupauer, Ersatzmänner; Substanz: Johann Sieber für die Straßengasse, Anton Krupauer für das Heilhaus Trautmann und Josef Trich für die Bahn-erhaltung Trautmann.

Die Monatsversammlungen werden wie bisher jeden Montag nach dem Ersten eines jeden Monats abgehalten.

Sämtliche Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind an den Obmann Genossen Anton Just, Bahnhof Nr. 12, zu richten.

**Budweis.** Bei der Generalversammlung der Ortsgruppe, welche am 26. März 1911 stattfand, wurden folgende Funktionäre gewählt: Wenzel Kysela, Wagenaufseher, Obmann; Franz Bödl, Kassier; Josef Jindra und Franz Schödl, Schriftführer. Sämtliche Zuschriften sind an den Schriftführer Josef Jindra, Schillerstraße 652, in Weidangelegenheiten an den Kassier Franz Bödl, Neugasse 47a, zu richten. Laut Beschluss finden die Mitgliederversammlungen jeden Samstag nach dem Ersten im Monat statt. Ausschüsse werden jeden Dienstag nach dem 15. im Monat.

**Pullau.** Infolge Verlegung des Genossen August Lantel nach Lindenberg verlor die Zahlstelle Pullau ein tätiges und aufopferndes Mitglied.

Sämtliche Genossen der Zahlstelle Pullau wünschen ihm viel Glück in seiner neuen Domizilation und rufen ihm nochmals ein „herzliches Adieu!“ zu.

**Wien.** Sonntag den 12. März fand im Vereinslokal die ganzjährige Generalversammlung unserer Ortsgruppe statt. Aus den Berichten der Funktionäre ist zu entnehmen, daß im abgelaufenen Vereinsjahr 1 Generalversammlung, 11 Monatsversammlungen und 4 Ausschüsse abgehalten wurden; die Einnahmen der Ortsgruppe betrugen Kr. 783.85, die Ausgaben Kr. 742.36, es verbleibt hiermit ein Kassensaldo von Kr. 41.49. Der Mitgliederstand 1910 war 53, im Vereinsjahr beigetreten 5, verstorben und ausgeschieden 5, bleibt somit wieder ein Stand von 53 Mitgliedern. Die Wahl der Ortsgruppenleitung ergab folgendes Resultat: Josef Zelenta, Obmann, Robert Boy, Stellvertreter; Karl Zimmermann, Schriftführer, Wenzel Bodrasla, Stellvertreter; Franz Horn, Kassier, Adolf Seifert, Stellvertreter; Wenzel Aschenbrenner und Franz Scholz, Bibliothekare; Wenzel Kudl und Franz Martinek, Revisionen; Josef Hoshet und Heinrich Wejvancinsky, Beisitzer.

Weiters wurde beschlossen, die Monatsversammlungen wieder den ersten Sonntag im Monat abzuhalten, die Ausschüsse nach Bedarf; die Beiträge leisten die Ortsgruppe ihren Mitgliedern nach vierwöchigem Krankenstand und nach vierwöchiger Waisenabgabe. Die Mitglieder, welche zwei Monate im Rückstand sind, haben keinen Anspruch auf eine Unterweisung, daher jedes Mitglied seinen Verpflichtungen nachkommen soll. Auch wurde die Anregung gegeben, jeden Mittwochmittag einen gemeinsamen Spaziergang der dienstfreien Mitglieder zu pflegen, um Lebensstände im Dienstverhältnis zu besprechen.

Alle Zuschriften an die Ortsgruppe sind an Genossen Josef Zelenta, Pullau, Bahnhofstraße 241, in Weidangelegenheiten an Genossen Franz Horn, Wien, Ugeß 22, zu richten.

**Böckstein.** Bei der am 26. März abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Franz Seidl, Obmann; Laurenz Sager, Kassier; Walthar Gruber, Schriftführer; Heinrich Reith und Jakob Danko, Revisoren; Substanz: Witz für Badgastein, Preimes für Hofgastein, Oberkirchner für Durgastein, und Johann Seidl für Kollarn. Alle Zuschriften sind an Franz Seidl in Böckstein zu richten. Nach der Wahl hielt Genosse Kaufmann einen beifälligen aufgenommenen Vortrag. Die Substanz haben bis längstens 7. im Monat mit dem Kassier der Zahlstelle abzurechnen, darum sind die Monatsbeiträge von den Mitgliedern bis spätestens 6. im Monat einzulassen.

**Furti i. B.** Bei der am 5. März 1911 abgehaltenen Generalversammlung wurde nach dem Jahresbericht zur Wahl des Ausschusses geschritten. Gewählt wurden folgende Genossen: Josef Krumpal, Zahlstellenleiter; Franz Haiden, Schriftführer; Wenzel Benno und Hermann Krämmer, Ausschussmitglieder; Franz Ketal, Bibliothekar. Sämtliche Zuschriften sind an die Adresse Josef Krumpal, Weidengasse, Furti i. B. zu richten. Als Vertreter des Exekutivrats trat Genosse Bucher anwesend, welcher über „Die Situation der Eisenbahner in der Zukunft“ unter großer Aufmerksamkeit sämtlicher Anwesenden referierte. Zum Schluss seines Referats erwähnte er sämtliche Genossen, in eine heilige Agitation für den Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein einzutreten. Die Mitgliederversammlungen werden nach Bedarf abgehalten und werden von Zeit zu Zeit im „Eisenbahner“ oder schriftlich bekanntgegeben. Die Mitglieder in Furti i. B. bekommen das Fachblatt durch die Zahlstellenleitung zugesandt.

**Stadlau.** Am 22. März 1911 fand in Sants Gasthaus die diesjährige Generalversammlung der Ortsgruppe Stadlau statt. Aus dem Bericht des Obmannes Genossen Babowsky und des Kassiers Genossen Schwarzeneder ist zu entnehmen, daß im abgelaufenen Jahr die Arbeit der Funktionäre eine rechtliche war und daß in paneter Regiergung, Unterstützung und Begünstigungen in materieller Beziehung viel geleistet wurde. Auf Antrag des Kontrollors Genossen Josef Schmid wurde dem scheidenden Ausschuss das Abschlussummum erteilt. Bei der Neuwahl wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Franz Babowsky, Obmann, Wigan, Stellvertreter; Johann Gahgeb, Kassier; Dondl sen., Wacho und Georg Pautert, Substanz; Hutter und Schwarzeneder, Kontrolle; Stindl, Bibliothekar; Drexler und Hamel, Lokomotivführer, Spielvogel und Johann Nowy, Lokomotivbeizer, Emmerich Schmid und Friedrich Stepina, Werkstätte, Karl Schmid, Magazinsmeister, Karl Dobrovolsky, Franz Schmid, Schacht, Appelt und Polster, Stationspersonal, Wladislav, Wächter, und Josef Nowadell, Bahnverwaltung, Wippl, Bogl und Karl Müller, Zugbegleiter, Ausschussmitglieder.

Johann hielt Genosse Duxet von der Zentrale einen sehr lehrreichen Vortrag über „Das neue Strafgesetz und die Eisenbahner“.

Nachdem noch einige Redner gesprochen und Obmann Genosse Babowsky einige an ihn gerichtete Anfragen beantwortet hatte, schloß er um 11 Uhr 30 Minuten nachts mit einem Appell an die Anwesenden, zu agieren und die Funktionäre durch Mitarbeit zu unterstützen, die Versammlung.

Zuschriften sind zu richten an Genossen Franz Babowsky, XXI/5, Wagnhagengasse 11, II. Stock, Tür 20, in Weidangelegenheiten an Genossen Johann Gahgeb, XXI/5, Bangobardengasse 35, I. Stock, Tür 11.

**Wien.** Bei der am 15. März abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Andreas Böckl, Obmann, Franz Bailer und Franz Jähnel, Stellvertreter; Nathan Rosenfeld, Schriftführer, Adalbert Hucet, Stellvertreter; Franz Erben, Kassier, Eugen Kadur, Stellvertreter; Franz Svejda, Substanz; Karl Koeßler, Kassier für Heilhaus; Josef Dula und Johann Flach, Kontrolle; Stanislaus Dobrovolsky, Johann Kolomaznik und Anton Hangel, Bibliothekare. Beim dritten Punkt referierte Genosse Böckl über „Zweck und Nutzen der Organisation“. Zuschriften sind zu richten an den Obmann Andreas Böckl, Kondukteur in Wagnm, Staatsbahnstraße 6; in Weidangelegenheiten an den Kassier Franz Erben, Oberkondukteur in Wagnm, Landgasse.

**Görs III.** In der am 17. März 1. J. stattgefundenen Generalversammlung der Ortsgruppe Görs III wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Friedrich Steiner, Obmann, Karl Kremler, Stellvertreter; P. Raab, Schriftführer, Gabriel Löt und Käfer, Stellvertreter; Seraia, Kassier.

Stalovnik, Substanz; Weidenthaler und Burhalek, Kontrolle.

Zuschriften sind zu richten an Friedrich Steiner, Via dietro il Castello 23c, Görs.

**Wien.** Montag den 27. März fand in Simonitschs Gasthaus die Generalversammlung unserer Ortsgruppe statt. Die Berichte des Obmannes sowie des Kassiers und der Kontrolle wurden mit Beifall aufgenommen. Nach diesen erstattete Genosse Kopač ein anderthalbstündiges Referat über „Die Wahrzeichen der Zukunft“, welches mit großem Beifall aufgenommen wurde. Bei der vorgenommenen Wahl des Ausschusses wurden folgende Genossen wieder, respektive neugewählt: A. Jleisch, Obmann, J. Brunflicker, Stellvertreter; A. Klagar, Kassier; S. Kosmaly, Schriftführer, N. Pach, Stellvertreter; J. Bueat, Kontrolle; B. Bervardy, St. Zimmerlich, J. Emersie (Werkstätte), J. Zug (Oberbau), Ausschüsse; B. Eisinger, Bibliothekar.

**Geiersberg.** Die Generalversammlung der Ortsgruppe fand unter zahlreicher Beteiligung am 25. März statt. Als Funktionäre wurden folgende Genossen gewählt: Josef Kralouset, Obmann, Josef Kosek, Stellvertreter; Adolf Novotny, Schriftführer; Josef Krahulec, Kassier; Josef Banek, Josef Zidek, Franz Bucherna und Wenzel Seidl, Ausschüsse; Josef Seistal und Franz Juglitz, Revisoren.

Versammlungen werden nach Bedarf abgehalten. Sämtliche Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind an Josef Kralouset, Kondukteur in Geiersberg, in Weidangelegenheiten an Josef Krahulec in Geiersberg zu richten.

**Wien.** (Österreichische Nordwestbahn.) Montag den 3. April d. J. fand im Vereinslokal, Karligtys Restauration, Wien, XX., Kaufhofstraße 5, die Generalversammlung statt. Obmann Genosse Schwabe eröffnete die Versammlung um 8 Uhr abends. Die Berichte der Funktionäre wurden mit Beifriedigung zur Kenntnis genommen und dem scheidenden Ausschuss einstimmig das Abschlussummum erteilt. Die Neuwahl der Ortsgruppenleitung ergab folgendes Resultat: Josef Schwab, Obmann, Josef Tilkou und Eduard Bartels, Stellvertreter; Anton Panke, Schriftführer, Gustav Anders, Stellvertreter; Gustav Soudek, Kassier, Josef Kineil und Stephan Fuchs, Stellvertreter; Adolf Feigl, Bibliothekar; Anton Jatloufal und Jldor Schaberl, Revisoren; Franz Sowa, Wenzel Elabet, Josef Grün, Anton Wierlach, Leopold Weningner, Johann Hurst, Franz Sachs, Friedrich Paulis, Karl Wadara, Franz Faus, Lambert Durian, Jldor Dabel, Paul Veliet, Georg Wiberhofer, Wenzel Kucera, Leopold Kold, Franz Wid, Leopold Suchy, Josef Appelfeld, Karl Urbanita, Josef John und Anton Buchapf, Ausschüsse und Vertrauensmänner.

Anschließend an die Neuwahl hielt Genosse Gürlich vom Unterrichtsausschuss einen Vortrag, der reichlich Beifall fand. Sodann referierte Genosse Schwab über die Wohnungs-fürsorgeaktion, der bevorstehenden Personalkommissions- und Arbeiterausschüssen sowie über die abgeschlossenen Zentral-tranferentiausschüsse.

Die Mitgliederanfragen und Einzahlungen finden im Vereinslokal jeden 1. und 16. des Monats, um halb 8 Uhr abends statt. An diesen Vereinsabenden werden auch die Vorträge und Versammlungen veranstaltet und werden die Bibliotheksbücher ausgeliehen und retourniert. Fällt an diesem Tag ein Sonntag, Sonn- oder Feiertag, so findet der Vereinsabend am nächstfolgenden Wochentag statt.

Es ist im Interesse der Mitglieder gelegen, die Versammlungen zahlreich zu besuchen, um die Einigkeit der Organisation zu dokumentieren sowie auch über allgemeine Ereignisse informiert zu sein.

Die Mitglieder werden ersucht, ihre Rückstände zu begleichen, damit in der Zustellung der Fachblätter keine Unterbrechung eintritt. Abwesenänderungen sind sofort dem Kassier bekanntzugeben.

## Verschiedenes.

### Magelied eines Stationsexpedienten.

Sklaverei hat aufgehört  
In Europas Landen.  
Nur der arme Expedient  
Schmachtet noch in Banden.

Täglich sechzehn Stunden Dienst  
Hat er zu verrichten.  
Mühselig und fürwahr  
Seine Dienstpflichten.

Den Gesamtdienst anstandslos  
Muß allein er führen.  
Weß dem weißen Sklaven dann,  
Dür er sich mal irren.

„Sechzehn“ Dienst und „sechzehn“ frei,  
Immer gleich der Reigen.  
Keinen freien Tag im Jahr ...  
Soll er da noch schweigen?

Liebe, die im Herzen war,  
Ist längst fortgerochen  
Und bei diesem Sklavenstand,  
Strächen ihm die Knochen.

In die Kirche kann doch nie  
Solch ein Sklave kommen,  
Wenn er nicht für diesen Gang,  
Urlaub hat genommen.

Selbst die Dienstzeitung gar  
Raubt ihm noch den Glauben.  
Kann ein solcher Sklave dann  
An den Herrgott glauben?

Jeder aus Erfahrung weiß,  
Brauch nicht vorzugeben,  
Daß des Expedienten Los  
Ist ein Hundeleben.

Weiter kann es nimmer geh'n!  
Auf zum Kampf Genossen!  
Und um unser gutes Recht  
Kämpfer unverbrochen.

## Literatur.

**Freie Glocken.** Halbmonatsschrift für Freiheitertum und monistische Weltanschauung. Die sieben erscheinende Nummer 6 hat folgenden Inhalt: Einen Mann ergreift der Zorn. Von Heinrich Heine. — Staat, Kirche und Schule. Antwort von Professor Doktor Friedrich Jodl (Wien). — Die Dogmen. Von Dr. jur. N. Simon. — Die Hand. — Neues aus den Wissenschaften: Eine neue Theorie über die Entstehung des Lebens. — Neuer Märchen und Anekdoten auf die Entwicklung des Räteswesens. — Rundschau: Ein aufgedeckter Pfaffenwindel. — Abonnementspreis: Vierteljährlich (sechs Hefen) 1 Mt. Einzelne Hefen 25 Pf. — Verlag „Freie Glocken“, Leipzig, Bäckerstraße 4.

## Eingefendet.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

### Gift im Blut und Blutreinigungsturen.

Nicht nur Hautkrankheiten rühren von unreinem Blute her, sondern die meisten Krankheiten überhaupt!

Ist das Blut mit Giftstoffen geschwängert, so zeigt sich das durch irgendeine Erkrankung, und es hat in solchem Falle keinen Zweck, nur direkt den Sitz des Leidens zu behandeln, sondern das ganze Blut muß verbessert werden, es muß eine gründliche Kur erfolgen.

Zu jeder Jahreszeit sind Blutreinigungskuren am Platze, denn fortwährend häufen sich schädliche Giftstoffe besonders stark im Blute an und es ist deshalb für Leute, die an irgendeiner Krankheit leiden, diese sie wie sie wollen, von größter Wichtigkeit, jetzt eine solche Blutreinigungskur vorzunehmen.

Nur sollte man sich von der veralteten und wissenschaftlich ganz unaltbaren Ansicht losmachen, als sei ein beliebiges abführendes Mittel auch ein Blutreinigungsmittel. Abführmittel können höchstens eine hartnäckige Verstopfung vorübergehend beseitigen, aber sie können nicht, wie es erforderlich ist, die chemische Zusammensetzung des Blutes verbessern.

Man kann nämlich ruhig behaupten, daß etwa 9/10 aller Krankheiten, und zwar alle Stoffwechselkrankheiten, alle entzündlichen Zustände innerer Organe, alle durch Blutstauung hervorgerufenen Leiden eine schlechte Blutmischung, mit anderen Worten „Gift im Blut“ als Ursache haben. Solche Leiden sind unter anderem Gicht, Rheumatismus, Zuckerkrankheit, Skrophulenz, sogenannte Blutarmut, die meisten Hautkrankheiten, Gallen- und Leberleiden, Herzleiden, Wassersucht, Nierenkrankheiten, Knochenwund, Hämorrhoiden, Asthma, Welterklemmungen, Kopfschmerz, kalte Füße, Neigung zu Katarrhen, Entzündungen der Atmungs- und Verdauungsorgane und viele andere.

Wer einwenden wollte, daß unmöglich so viele verschiedene Krankheiten aus einer Ursache entstehen könnten, dem wäre zu entgegnen: Wenn das Blut nicht die richtige chemische Beschaffenheit hat, wenn ihm die so notwendigen Blutstoffe fehlen, so kann es in der Lunge nicht genügend Sauerstoff aufnehmen, kann infolgedessen der Organismus nur ungenügend damit versorgen, daher alle Stoffwechselkrankheiten. Es kann ferner aus demselben Grunde die schädlichen Stoffe, vor allem die giftige Harnsäure, nicht hinausbefördern, dieselbe häuft sich im Blute an und macht es schwerflüssiger. Daher die Stauungskrankheiten, die Entzündungen und Herzstörungen. Jeder Arzt muß das bestätigen.

Wird das Blut verbessert, „gereinigt“, so verschwinden diese Beschwerden.

Welche wunderbaren Wirkungen eine solche Blutreinigungskur hat, wollen wir an einigen Beispielen zeigen. Das beste und bekannteste Blutreinigungsmittel und Blutnährsalz ist Dr. med. Schröders „Menascin“ (geschildert). Viele Tausende Dankschreiben beweisen es. Einige solcher Dankschreiben lauten:

Ich kann Ihnen Mitteilung machen, daß meine Krankheit nach vierwöchigem Gebrauch von „Menascin“ gänzlich verschwunden ist. Ich litt bereits vier Jahre an schlechter Verdauung und Katarrh, alle ärztliche Hilfe war erfolglos. Nur Ihnen kann ich es verdanken, daß ich davon geheilt bin.

Theodor Meister in St. Michaelsdamm.

Da ich bereits zwei Jahre mit Rheumatismus und Blutanbrand befallen war und nichts helfen wollte, war ich veranlaßt, Ihr Präparat „Menascin“ auch zu probieren. Wo ich nun drei Schachteln genau nach Vorschrift verbraucht habe, sind meine Schmerzen von Tag zu Tag verschwunden. Spreche Ihnen hiermit meinen besten Dank aus.

Wilhelm Grimm, Gr.-Quenstedt.

Es hat also daselbe Mittel bei Rheumatismus, schlechter Verdauung und Katarrhen in günstigem Sinne gewirkt, ein Beweis, daß alle diese Leiden die gleiche Ursache hatten: das unreine Blut.

Dieses Mittel kann um so mehr mit gutem Gewissen empfohlen werden, als ein Versuch nichts kostet und für guten Erfolg Garantie geleistet wird. Wenn man einfach unter Verweisung auf diese Mitteilung seine Adresse an Dr. med. S. Schröder, G. m. b. H., Berlin 35, Postfach 8. 453, einwendet, so erhält man nicht nur eine Probepackung des Mittels gratis, sondern gleichfalls gratis auch ein äußerst interessantes und lehrreiches Buch über Entstehung und Verbreitung vieler Krankheiten. Es ist aber ratsam, von dieser Vergünstigung sofort Gebrauch zu machen, da natürlich der Andrang groß sein wird. Ein Mittel, welches Tausenden geholfen hat, kostenlos versuchen zu können, das ist schon eine positive Wert! Die genaue Adresse ist Dr. med. Schröder, G. m. b. H., Berlin 35, Postfach 8. 453.

Eine gute Taschenuhr ist für jeden Menschen ein Bedürfnis, denn eine genaue Zeit bringt Ordnung und Sicherheit in unsere Lebensweise. Sie erhalten eine gute und billige Uhr zu original Fabrikpreisen in der ersten Wiener Uhrenfabrikage Max Böhm, Wien, V. Margarethenstraße 4.

erst 1 1/4

stöhnt der Nervöse, wenn er vor Schlaflosigkeit sich nachts ruhelos auf seinem Lager wälzt. Er hat am Tage Kaffee getrunken und das darin enthaltene Pflanzengift Coffein raubt ihm den Schlaf.

Der kurz vor Kaffee genannte Bohnenkaffee ist co... und stört in keiner Weise die Nachtruhe, da ohne schädliche Nebenwirkung auf den gesamten Organismus.



Nr. 27/9, welche nur gut regulierte und exprobierte Uhren mit dreijähriger schriftlicher Garantie verkauft. Man verlange den Hauptkatalog mit 5000 Abbildungen, welcher jedermann franco umsonst ohne jeden Aufwands zugesendet wird. Geschäftsgründung im Jahre 1840.

**Yoghurt.** Das rühmlichst bekannte „Natura-Beut“ der Firma Gebrüder Siller in Gratz bringt „Yoghurt“ in verschiedenen, sehr praktischen Formen auf den Markt. Man kann nach den Erzeugnissen der Firma Yoghurtmilch in fester Form, also Tabletten, sowie in Pulverform mit Malz und Vegetin bequem nehmen. Ebenso wird „Yoghurt“ — unter welchem Namen dieses berühmte Produkt in Bulgarien bekannt ist — als Ferment abgegeben, wodurch sich jedermann die Yoghurtmilch leicht selbst erzeugen kann. Die Therapie des Yoghurt beruht auf den vielhundertjährigen Erfahrungen, die mit der Yoghurtmilch in Bulgarien gesammelt wurden und die neuerdings durch den berühmten Professor Dr. Metchnikoff bekanntgemacht wurden. Professor Dr. Metchnikoff behauptet, daß die lebenserhaltende Kraft und das hohe Alter vieler Bulgaren auf den Genuß der Yoghurtmilch zurückzuführen sind.

## Mitteilungen der Zentrale.

**Zentralauschussung am 30. März 1911.** Fortsetzung der Beratung über die provisorische Tagesordnung der diesjährigen Delegiertenversammlung der Zentrale. — Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichsratswahlen wird die Delegiertenversammlung der Zentrale erst in der Zeit vom 25. bis 29. Juni 1911 stattfinden. — Bekanntgabe des Resultats der Wahlen in den Zentralauschuss der Betriebskrankenkasse der k. k. Staatsbahn. — Erledigung des vorliegenden Einlaufs.

**Verwaltungsausschussung am 31. März 1911.** — 141 Unterstützungsanfragen; hiervon für 115 Fälle Nr. 2680, bewilligt; 22 Fälle abgewiesen; 4 Fälle an die betreffenden Ortsgruppen rückgeleitet. — Rechtschutz: 54 Fälle; hiervon 52 Fälle bewilligt; 1 Fall zurückgezogen, 1 Fall abgelehnt. — Erledigung administrativer Angelegenheiten und des vorliegenden Einlaufs.

## Mitteilungen der Administration.

Witwen- und Waisenfonds:  
Dr. H. F. Fröhlich (Wien) S. 8.

## Sprechsaal.

Die Nummer 8 des heutigen Jahrganges des „Eisenbahner“ ist vollständig vergriffen. Diejenigen Genossen, die unserer Administration Exemplare dieser Nummer zur Verfügung stellen können, werden dringend ersucht, diese Exemplare an die Administration einzusenden.

## Eisenbahner der k. k. Staatsbahndirektion Pilsen!

Am 24. April d. J. findet die Generalversammlung des Lebensmittelmagazins für Eisenbahnbefriedigung in Pilsen statt. Wir ersuchen euch, an derselben persönlich so zahlreich wie möglich teilzunehmen, Vollmachten zu sammeln und diese bis längstens 20. April an unseren Vertrauensmann Wenzel Wursch, Lobesgasse Nr. 677 in Pilsen, einzusenden.

## Achtung, Arbeiter des Villacher Direktionsbezirk!

Die Direktion hat den Arbeiterausschuss für Mai zu einer Sitzung berufen und muß derselbe die Anträge bis längstens 1. Mai eingebracht haben. Der Arbeiterausschuss ersucht nun alle Arbeiter des Direktionsbezirk, etwaige Anträge bis längstens 20. d. M. an den Obmann des Arbeiterausschusses, Wendfen Leopold Dampfort, Dreyer in der Werstätte am Mittelfeld zu senden.

## Offene Anfragen.

### An die k. k. Staatsbahndirektion Prag.

Bei der gräßlich weisphaichen Domäne in Krumm und sechs Angestellte vom Forstpersonal mit Legitimationen versehen, welche dieselben berechtigen, die Bahn außerhalb der öffentlichen Wegüberführungen zu überqueren. Nachdem nun die betreffenden Forstleute die Bahnstrecke öfters als Fußweg benutzen, so bitten die Wächter in der Strecke Klein-Majna-Johannstein eine löbliche k. k. Staatsbahndirektion um genaue Information.

### An die k. k. Staatsbahndirektion in Villach.

Das Heizhauspersonal in St. Michael hat im September 1910 ein Gefuch im Dienstweg um Zulassung und Vergütung des in der Kaserne befindlichen Aufschades eingebracht. Da bis dato keine Erledigung erfolgt ist, so bitten die Gefuchsteller um eine baldige Erledigung.

### An die k. k. Staatsbahndirektion in Triest.

Die Bediensteten der Station Görz erlauben sich die höfliche Anfrage zu richten, ob einer k. k. Staatsbahndirektion bekannt ist, daß im Heizhaus der k. k. Staatsbahn freies Mangel an Brennholz herrscht, weshalb die Bediensteten auf den Weg von Brennholz zu Regiepreisen verzichten müssen. Der Mangel an Brennholz geht so weit, daß selbst die Maschinen nicht kalt gemacht werden dürfen, da kein Holz zum Andorren vorhanden ist. Um baldige Abhilfe wird gebeten.

### An die Direktion der Böhmisches Nordbahn.

Die Zugbegleiter der Station Trautau erlauben sich die Anfrage zu stellen, warum mit der Herausgabe der Turnisse so lange gezögert wird, da die Nachbarkationen dieselben schon vor vier bis fünf Wochen zur Einsichtnahme erhalten haben. Die Zugbegleiter.

### An die Direktion der k. k. Oesterreichischen Nordwestbahn.

Die Wächter der Strecke Böhmisches-Leipa-Weißwasser haben am November 1910 ein Gefuch um Einführung des 16stündigen Dienstes eingebracht. Da bis dato kein Bescheid über die gewöhnliche Dienstleistung gekommen ist, so erlauben sich die Gefuchsteller um eine ehebaldige Durchführung ihres Gefuches zu bitten.

### An die k. k. Staatsbahndirektion in Villach.

Die Oberbauarbeiter von St. Georgen a. d. Mur erlauben sich die höfliche Anfrage, warum für die Wartezeit von 8 1/2 Stunden in der Station Thalheim keine Ueberstunden geschrieben werden. Da nun nachweisbar nur einzelnen Arbeitern für diese Wartezeit Ueberstunden verrechnet werden, so bitten die deutschen Arbeiter, daß auch ihnen für die 3 1/2 stündige Wartezeit in Thalheim Ueberstunden geschrieben und bezahlt werden.

## An die Baudirektion der Südbahn.

Die Bediensteten und Arbeiter der Station Franzensbrunn erlauben sich die höfliche Anfrage, wann eigentlich mit dem Bau des Personalauswerkes in Franzensbrunn begonnen wird.

## Allgemeiner Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein für Oesterreich.

**Zahlstelle Stillfried.** Die Monatsversammlung findet Sonntag den 23. April 1911 um 1/3 Uhr nachmittags in H. J. Tomig's Gasthaus in Angern statt. Zahlreiches Erscheinen notwendig. Gäste willkommen. Referent aus Wien.

**Ortsgruppe Markersdorf.** Den Genossen von Rehamwinkel diene zur Kenntnis, daß Donnerstag den 20. April um 1/8 Uhr abends in Schmal's Gasthaus der erste Vereinsabend abgehalten wird. Um zahlreichen Besuch ersucht die Vereinsleitung.

**Ortsgruppe Oberleutensdorf.** Die Mitglieder des Sterbefonds werden aufgefordert, für die verstorbenen Mitglieder Frau Müller und W. Schenckner die Beiträge umgehend zu bezahlen, damit die Sterbequote an die Hinterbliebenen abgegeben werden kann.

Gleichzeitig wird bekannt gegeben, daß Genosse Josef Maiz, Bremser, als Streckenarbeiter bestimmt wurde.

**Ortsgruppe Hannsdorf.** Die nächste Vereinsversammlung wird am 19. April um 7 Uhr abends bei Herrn Weith in Geyersdorf abgehalten. Bei dieser Versammlung sind die Mitgliedsbücher und Interimslisten behufs Abstempelung an den Kassier abzugeben.

**Ortsgruppe Gänserndorf.** Die diesjährige Generalversammlung findet am 18. April um 8 Uhr abends mit Vortrag statt. Zahlreicher Besuch notwendig. Gäste sind herzlich willkommen.

**Ortsgruppe Scharding.** Die Generalversammlung wird Sonntag den 23. April um 1/6 Uhr abends in Herrn Sallentmeiers Gasthaus abgehalten.

Die dienstlichen Kollegen werden ersucht, bestimmt und zahlreich zu erscheinen.

**Ortsgruppe Bozen II.** Die Generalversammlung findet am 22. April um 8 Uhr abends im Gewerkschaftshaus (kleiner Saal) statt. Die Genossen werden ersucht, zu dieser wichtigen Versammlung zahlreich zu erscheinen und die Mitgliedsbücher behufs Kontrolle an den Kassier Genossen Seckermayer abzugeben.

**Ortsgruppe Rudweis.** Die nächste Mitgliederversammlung wird am 8. April um 8 Uhr abends im Vereinslokal „zum roten Berg“ abgehalten. Referent aus Prag. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

**Ortsgruppe Salzburg I.** In der diesjährigen Generalversammlung wurde neuerdings angeregt, auf die Einzahlung der Fondsbeiträge besondere Sorgfalt zu legen. Es sind von jedem Mitglied per Jahr 84 S. einzubringen und werden die Subkassiere ersucht, diesen Betrag von den Mitgliedern nach Zuzahlung einzubringen. Derselbe kann auch in kleineren Beträgen im Laufe des Jahres eingeleistet werden.

**Ortsgruppe Celtschen.** Am 17. April um 10 Uhr vormittags findet im Arbeiterheim die Generalversammlung der Ortsgruppe mit sehr wichtiger Tagesordnung statt. Die dienstlichen Kollegen werden ersucht, bestimmt zu erscheinen. Gäste willkommen.

**Ortsgruppe Bodenbach.** Die Mitglieder werden freundlichst ersucht, ihre Monatsbeiträge regelmäßiger zu entrichten; diejenigen, welche mit ihren Beiträgen länger als drei Monate im Rückstand sind, werden aufgefordert, dieselben bis längstens 15. April zu begleichen, da wir sonst gezwungen wären, nach § 6, 7 und 9 vorzugehen.

**Ortsgruppe Rudweis.** Am 16. April findet in Golan (Bahnhofrestaurant) eine öffentliche Eisenbahnerversammlung für die Bediensteten der Strecke Rudweis-Satna statt. Anfang um 3 Uhr nachmittags. Referent aus Rudweis.

**Ortsgruppe Auzig a. d. Elbe.** Eisenbahner der A. L. E. Achtung! Die organisierten Zugbegleiter werden aufmerksam gemacht, daß ab 1. April 1911 an Stelle des Genossen Kauscher Genosse Döner als Subkassier fungiert und die Monatsbeiträge an denselben abzuführen sind.

**Zahlstelle Oberhollabrunn.** Am 17. April um 2 Uhr nachmittags findet in Jechetz Gasthaus die Generalversammlung statt. Referent von der Zentrale. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

## Inhalt der Nummer 10 vom 1. April 1911.

**Artikel:** Die Budgetberatung in nationaler Beleuchtung. Vergleichende Lohnstatistik. Die Arbeitsarbeit in den Eisenbahnverwaltungen I. Reichskonferenz der Signal-, Block-, Telegraphen- und Zentralstellenmeister sämtlicher Bahnen Oesterreichs. Die Forderungen der Portiere. Aus dem Eisenbahnausschuss.

**Feuilleton:** Aus der Lokomotive.

**Enland:** Vor der Parlamentsauflösung. Die Scharfmacher gegen die Eisenbahner. Die österreichischen „Gelben“.

**Russland:** Ein Reformjahr der preussischen Eisenbahnverwaltung. Die Eisenbahnerorganisation in Australien.

**Aus dem Gerichtssaal:** Ein verurteilter Kläger.

**Beleuchtung von Vertrauensmännern der Südbahnzugbegleiter.** Rentenerhöhung. Ein wichtiges Gutachten der Generalinspektion.

**Streiflichter:** Die Demagogie an der Arbeit. Eine absichtliche Verleumdung. Von der Generalversammlung des christlichen „Verkehrsbundes“. Für das Kind“. Vorpresse des Reichspersonals der k. k. Staatsbahnen im Eisenbahnministerium. Von der k. k. De. R. W. B. Lohnaufbesserungen bei den k. k. Staatsbahnen. An die k. k. Staatsbahndirektion Linz.

**Aus den A. M. S. Blättern:** Jahrbegünstigungsbescheide.

**Korrespondenzen:** Kundenburg, Marinka, Währisch-Schönberg, Knittelsdorf, Triest, Gmundnerberg, Wien-Pörsching, Vorderberg, Gmünd, Tsching, Wien, Gmünd, Franzdorf, Währisch-Schönberg, Währisch-Schönberg, Mitteldorf, Floridsdorf, Gmünd, Währisch-Schönberg, Schwarzbach-St. Veit, Jägerndorf.

**Verammlungsberichte:** Maschinenversammlung der Staatsbahnarbeiter. Währisch-Straus-Oderfurt, Olmütz, Bozen, Brunn, Salzburg, Währisch-Schönberg, Gehrung.

**Aus den Organisationen:** Franzensbrunn, Weißkirch, Linz, Wilschendorf, Grubbach, Wien XIV, St. Pölten, Osowiec, Leoben, Bruck an der Mur, Leob. Feldtisch, Olmütz, Bruck an der Mur, Wien X.4, Kuffstein, Bieditz, Waidhofen an der Ybbs, Strahof, Bozen, Böhmisches-Leipa, Biersdorf, Prag.

**Nach Schluß des Blattes:** Paul Singer. Der Reichsrat — aufgelöst.

**Technisches:** Weibäder zum Härten des Stahles.

**Mitteilungen der Zentrale:** Zentralauschussung, Zentralauschussung.

**Mitteilungen der Administration.**

**Sprechsaal:** Achtung, Vertrauensmänner der Bahn-erhaltungsarbeiter in Wien.

**Offene Anfragen:** An die k. k. Staatsbahndirektion Prag, Wien, Villach, die Direktion der k. k. De. R. W. B.

**Freie Eisenbahnerversammlungen:** Kitzlebiener Wiens.

**Allgemeiner Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein für Oesterreich:** Währisch-Schönberg, Wien XVI, Oberleutensdorf, Teplitz, Siegmundshergberg, Seitzthal, Komotau, Braunau am Inn, Spittal an der Draa, Bruck an der Mur II, St. Valentin, Wenging, Wien II, Driedig, Klostergrab, Triest II, Reichenberg, Perzogenburg, Landstraße, Landed, Pörsching, Kreis an der Donau, St. Lucia, Lollmann.

## Gegen bequeme

**Teilzahlungen**  
Liefen wir **Photogr. Apparate** all. Systeme in allen Preislagen, ferner Original-**Goetz' Trieder-Binocles** f. Reise, Jagd, Militär, Sport etc. Illustrierter Katalog gratis.  
**Dial & Freund**  
Wien 26 Mariahilferstr. 103

## Direkt ab Fabrik ohne Anzahlung

5 K monatl., 3 Jahre Garantie, 3 Tage z. Probe  
laut Katalog-Bedingungen erhalten Sie die modernsten, besten Sprechmaschinen mit und ohne Zylinder, auch Platten ohne Anzahlung zu selbst Zahlungsbefugnisse. Katalog Nr. 100 gratis.  
Einziges Sprechmaschinenfabrik Oesterreichs  
**Leop. Kimping**  
Wien, VII. Kaiserstrasse 65.  
Kein Cassienabend! Vorführungsstätte der Fabrik!

**Achtung!** Der Konsum einer größeren Klammerkleiderfirma veranlaßt mich zu einem kühnen Anlauf von Herren- und Damenkleidern jeder Art für Frühjahrs und Sommer und ich bin daher in der Lage, diese Waren zu tief reduzierten Preisen abzugeben: **Wabenanzug** von 12 bis 14 Kr., **Modellierhose** von 7 bis 10 Kr., **Damenanzug** von 12 bis 14 Kr., **Knabenanzug** von 7 bis 10 Kr., **Winteranzug** von 8 bis 10 Kr., **Imprägnierte Regenmäntel** von 18 bis 20 Kr., **Gras-, Gmölting- und Saisonanzug** von 16 bis 18 Kr. Auch aus **Verlagern** elegant (je nach Herren- und Damenkleidern) aller Art stammend billig und doch elegant.  
**Ch. Dickler**  
k. k. handelsgerichtl. beider Schlichter und Sachverständiger  
Wien III, Löwengasse 26. Keine Filiale.  
Korrespondenz per Nachnahme.

## Männerkrank.

Leiten und Nervenschwäche von Spezialarzt Dr. Kummer. Außerst lehrreicher Ratgeber und Wegweiser zur Verhütung und Heilung von Gicht- und Rheumabkrankungen, Geschlechtskrankheiten, Folgen nervenrunder Krankheiten und Exzesse und aller sonstigen geheimen Leiden. Für jeden Mann von „erwachsen“ unheilbarem gesundheitlichem Schaden. Für Krone 1.00 Briefmarken franco von Dr. med. Kummer, Genf 181 (Schweiz).

**Neue aufseherregende**  
banbar blühende Pflanzen und Blumenstöcke  
wie: 80 Sorten Begonien mit Blütenstücken bis 40 cm Durchmesser 1.40 bis 3.00 Kr., **Dahlia** 2.00 bis 3.00 Kr., 16 Farben Begonien, blaue Gladiolen, Galla, Geranienblumen, Galla, Topf- u. Rand-Ratzen, Geranien, Auberger, Ruchler, Pelargonien, beste Blumenstöcke und Zierpflanzen, Begonien, Rhododendron, Kaimen, Reiten, Rosen, Silber- u. Gold-Catalpa, Eiben, Farne, Schlingpflanzen, Samen etc. **Sicher blühbar!** — Verlangen Sie Illustr. Katalog umsonst von  
**Joel Guza, Pottenstein, Böhmen**

## Seltene Gelegenheit! Nur 1 K Gernsbart

ähnlicher, garantiert feinsten Edelstein, neu, welches Haar, samt schönem Metallstück, nur Kr. 1.00, 2.00 und 3.00, solange der Vorrat reicht. **Guter Gernsbart** ähnlicher Edelstein, neu, mit edler Silberkette, k. k. patentiert, 15 Bim., nur 5 Kr. Haar u. Kette garantiert naturecht.

**Rehtimmerer** 1 Stück Kr. 2.00, Größe genau wie Abbildung, sehr schön geformt, samt Kette und Ringen 15 mm Kr. 2.50, 17 mm Kr. 3.00, 20 mm Kr. 3.50 per Paar. **Nur Nachnahme.**  
**Sedlatz, Juwelier**  
größte Gernsbartbinderei in Kroatien bei Graz Nr. 16.

**Eisenbahner-Versicherungs-, Spar- und Vorschußinstitut „FLUGRAD“, v. G. m. b. H., Wien, IV. Kleine Neugasse 8.**

## 11. ordentliche General-Versammlung des Eisenbahner-Versicherungs-, Spar- u. Vorschußinstitutes „FLUGRAD“

findet Donnerstag den 27. April 1911 um 8 Uhr abends in der Restauration des Herrn Peger, V. Margaretenplatz Nr. 7 (Bühnenstrasse) statt.

**Tagesordnung:** 1. Berichterstattung des Protokolls über die letzte Generalversammlung, 2. Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr und Vorlage der Bilanz per 1910, 3. Bericht des Aufsichtsrates, 4. Festsetzung des Jahreslozes für das Jahr 1911, 5. Wahl des Aufsichtsrates, 6. Anträge u. Anfragen.  
Wien, am 7. April 1911.

**Der Vorstand.**

Die p. l. Mitglieder werden gebeten, ihre genaue Wohnungsadresse dem Institut bekanntzugeben, damit ihnen die Jahresberichte zugesendet werden können.

**Beste Bezugsquelle:**  
**Billige Bettfedern**  
1 Kilo neue graue, gefüllene Bettfedern Kr. 2.00, bessere Kr. 2.40, halbbeste Kr. 2.80, weiße Kr. 4.00, bessere Kr. 6.00, **Perfektischleif**, schneeweiß Kr. 8.00, Daunen, grau Kr. 6.00, 7.00 und 8.00, Daunen, weiß Kr. 10.00, **Brustkissen** Kr. 12.00, **Kissenkissen** Kr. 14.00 — von 5 Kilo an franco.  
**Fertige Betten**  
aus dickstofftem roten, blauen, gelben oder weißen Manting, eine Zudeck 180x110 cm samt zwei Kissen, diese 20x55 cm genügend gefüllt mit neuen, grauen, dauerhaften Bettfedern Kr. 16.00, **Halbbetten** Kr. 20.00, **Daunen** Kr. 24.00, **Zudeck allein** Kr. 18.00, 14.00 und 16.00, **Kopfkissen** allein Kr. 3.00, 3.50 und 4.00, **Zudeck** 180x140 cm groß Kr. 15.00, 18.00 und 20.00, **Kopfkissen** 90x70 cm groß Kr. 4.50, 6.00 und 8.00, **Unterbett** 180x110 cm groß Kr. 13.00, 15.00 und 18.00, **Kinderbetten, Vertikale** (fertig genäht oder Stoff), **Leinwand, Kissen, Bettdecken, Steppdecken, Matrasen** u. i. v. billigt besendet gegen Nachnahme, **Bestellung** gratis von Kr. 10.00 an franco.  
**Josef Blahut in Deschenitz 109 (Böhmerwald).**  
Nichtpassendes umgetauscht oder Geld zurück. — Verlangen Sie die ausführliche illustrierte Preisliste gratis und franco.



